



# DIE BEDEUTUNG DER QUARTIERSARBEIT

FÜR DIE REINTEGRATION  
DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT

**Brost**  
Stiftung

**BA PP**  
BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK

## **IMPRESSUM**

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonn, Dezember 2019

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,  
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: [bapp@uni-bonn.de](mailto:bapp@uni-bonn.de)

[www.bapp-bonn.de](http://www.bapp-bonn.de)

Facebook: [www.facebook.com/bapp.bonn](http://www.facebook.com/bapp.bonn)

Twitter: [www.twitter.com/BonnerAkademie](http://www.twitter.com/BonnerAkademie)

### **Redaktion**

Dr. Stefan Brüggemann (V.i.S.d.P.)

Sandra Butz

Taner Ekici

Lucas Scheel

### **Layout und Satz**

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

### **Recht**

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

# DIE BEDEUTUNG DER QUARTIERSARBEIT

**für die Integration der Mehrheitsgesellschaft**

*Zwischenpublikation im Rahmen des Projekts  
„Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft  
Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge  
und alte Menschen im Ruhrgebiet“*

# INHALT

- **VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH** SEITE **06**
  
- **EINLEITUNG**  
DIE BEDEUTUNG DER QUARTIERSARBEIT FÜR DIE REINTEGRATION  
DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT SEITE **08**
  
- I. ERFAHRUNGEN AUS DEM PROJEKT**
  
- DAS QUARTIER ALS SOZIALRAUM –  
ERFAHRUNGEN AUS DER PROJEKTBEGLEITUNG IM RUHRGEBIET  
**LUCAS SCHEEL, M.A.** SEITE **11**
  
- INTERVIEW MIT REINHOLD SPANIEL,  
SOZIALDEZERNENT UND STADTDIREKTOR A.D.  
**MARCO JELIC, M.A** SEITE **21**
  
- II. DIE KOMMUNE, DIE STÄDTE, DAS QUARTIER**
  
- HEIMAT GEMEINSAM GESTALTEN – WOHNUNGSBAU,  
STADTENTWICKLUNG UND KOMMUNALPOLITIK ALS FUNDAMENT  
FÜR DAS DEMOKRATISCHE GEMEINWESEN  
**INA SCHARRENBACH** SEITE **26**
  
- PARTIZIPATION DURCH NACHBARSCHAFTSNETZE?  
POTENTIALE UND SOZIAL-RÄUMLICHE DISPARITÄTEN  
**DR. FABIAN BECKMANN, PROF. DR. ROLF G. HEINZE**  
UND **DR. ANNA-LENA SCHÖNAUER** SEITE **32**
  
- GEMEINSAM IM QUARTIER – MITEINANDER IM ALLTAG  
SCHAFFT VERTRAUEN UND EIN POSITIVES INTEGRATIONSKLIMA  
**BETTINA BUNDSZUS** SEITE **42**

### III. BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN

- 1. LOKALFORUM RUHRGEBIET: „ZWISCHEN STRUKTURWANDEL UND GESELLSCHAFTLICHER TRANSFORMATION – BESTANDSAUFNAHME IM RUHRGEBIET“ AM 29. MÄRZ 2019 SEITE **46**
- WORKSHOP: „ANGST – EINE DEUTSCHE GEFÜHLSLAGE“ MIT DEM HAUS DER GESCHICHTE AM 09. MAI 2019 SEITE **48**
- PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „SOZIALER KLEBSTOFF? DIE ROLLE DES FUSSBALLS IN DEUTSCHLAND“ AM 16. MAI 2019 SEITE **50**
- WORKSHOP: „IDENTITÄT UND SOZIALER ZUSAMMENHALT – ZUR GESELLSCHAFTLICHEN BEDEUTUNG DES FUSSBALLS IM RUHRGEBIET“ IM DEUTSCHEN FUSSBALLMUSEUM IN DORTMUND AM 4. JULI 2019 SEITE **52**
- PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „JUGEND IN BEWEGUNG“ AM 09. OKTOBER 2019 SEITE **54**
- 2. LOKALFORUM RUHRGEBIET: „DIE BEDEUTUNG DER QUARTIERSARBEIT FÜR DIE INTEGRATION DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT“ AM 11. OKTOBER 2019 SEITE **56**

# VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH



**Prof. Bodo Hombach**  
Präsident der  
Bonner Akademie

## LOB DER NÄHE

Auf Paketen mit fragilem Inhalt steht oft: „Bitte nicht stürzen!“ Sollte man nicht auch Menschen mit einem solchen Aufkleber versehen? Sie sind es wert und sie haben es nötig. Auf der Evolutionsuhr ging die Altsteinzeit gerade erst zu Ende. Die technische Zivilisation produziert nicht nur Waren und Güter. Sie produziert auch Revolutionen, welche die Spannkraft des Homo sapiens aufs Äußerste fordern. Früher nahmen sie sich zwei, drei Generationen Zeit, um sich einzugewöhnen. Heute überholt ein disruptiver Sprung den anderen, „Hals über Kopf“, mit dem pubertären Charme einer Naturgewalt. Risikoabschätzung findet kaum statt.

Das Internet konnte sein Versprechen auf Demokratisierung von Wissen und Herrschaft in einem weltweiten Selbstgespräch der Menschheit bisher nicht einlösen. Im Gegenteil. In den falschen Händen bläst es zum Generalangriff auf die Privatheit des Menschen und damit auf einen Kernbereich seiner Würde.

So erweist sich die Globalisierung nicht als sensationelle Möglichkeit, den „Wohnraum Erde“ zu humanisieren, sondern nur als vergrößertes Jagdgebiet der heutigen Sammler und Jäger. Ein Dummkopf, der eine Weltreise tut, kommt eben als weitgereister Dummkopf zurück.

Gleichzeitig beobachten wir die enge Vernetzung praktisch aller Faktoren im globalen System. Scheinbar lokale Ereignisse auf fernen Kontinenten können soziale Tsunamis auslösen, und politische, wirtschaftliche Nachbeben lostreten. Dieses komplexe Gewebe ist nicht mehr die uralte Verkettung von Ursachen und

Wirkungen. Es ist ein System kommunizierender Röhren, eine Art globaler Wetterkarte mit Hoch- und Tiefdruckzonen, aus denen sich Luftströme ergeben, die uns hier ein Sonnenbad spendieren oder uns dort kalt erwischen, die uns die Häuser abdecken und die Ernte verhageln oder anderswo für friedliche Windbestäubung sorgen. Alles fließt. Die klassischen Milieus mit ihrer Fähigkeit, abzufedern, einzuhegen (gewiss auch einzuengen) lösen sich auf.

Im Nahbereich gibt es eine Chance zur freiwilligen Selbstkontrolle. Von Angesicht zu Angesicht ist man eher bereit, sich zu beherrschen. Ethische und kommunikative Mindeststandards kommen zur Geltung. Vielleicht liegt es auch an der wohltuenden Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Abläufe.

Die Betonung der Nähe ist eine Art Reset-Taste. Sie beseitigt nicht die Komplexität unserer Welt, kann aber ihre Kompliziertheit vermindern. Sie rückt manches zurecht und entdeckt vielleicht, dass der Kaiser keine Kleider anhat. In der nahen Lebensumgebung entsteht der Glaube an die Beherrschbarkeit des Chaos. Man kennt Fakten und findet Kriterien, die sinnvolles Handeln ermöglichen. Eine Region ist schließlich mehr als ihre geografischen, topografischen, klimatischen Eigenschaften. Sie ist auch das offene und geheime Buch ihrer Geschichte, ihrer Ängste und Träume. Jede Generation, die hier lebte, arbeitete, Feste feierte, hinterließ etwas von ihrer Gegenwart, und das Beste davon bleibt gegenwärtig für alle Zeit, denn es formuliert eine gültige Antwort oder eine richtige Frage.

Man fahre im Regionalzug von Unna bis Duisburg. Im Abteil sind die Leute, um die es geht: Gesichter und Schicksale, Interessen, Prägungen, Leidenschaften, Temperamente. Was ist ihr Lebensgefühl? Welches Bild haben sie von der Welt? Was treibt sie um? Der Kündigungsbrief im Postkasten, der Lottobescheid, die jüngste Geburts- oder Todesanzeige, der DAX, das „Tor des Monats“? – Zu viele „hängen rum“, sind entbehrlich, nehmen nicht mehr teil und hören die Uhr ticken. An den Häuserwänden flotte Sprüche: „Hol dir!“ „Kauf dir!“. Grelle Bilder verordnen Jugend, Gesundheit, Schönheit, Erfolg. Jetzt und hier. Wehe dem Leistungsverweigerer oder Konsum-Muffel. Wehe dem Langsamen, Umständlichen, Behinderten! Wie viele werden heute außer Atem kommen?

Das Lokale, das Alltägliche, die sogenannten „kleinen Verhältnisse“: Vor hundert Jahren tat man das hochnäsige ab. Das war „Provinz“, also provinziell. Das sprach Dialekt, war begriffstutzig und ahnungslos. Wer auf sich hielt, lebte in der Hauptstadt und sah jeden Abend eine Uraufführung. – Das ist vorbei.

Die Bindung an den Ort wird immer wichtiger. Nur hier entstehen die unkündbaren Beziehungen, die ein gedeihliches Dasein ermöglichen. Ohne Ortsgefühl gibt es keinen Rückhalt. Wer mir vertraut, für den bin ich verantwortlich. Die meisten Leute verbringen den allergrößten Teil ihres Lebens im lokalen und regionalen Bereich. Was vor ihrer Haustür geschieht, betrifft sie

direkt und unabweisbar. Hier sind sie die „Fachleute“, erst recht, wenn es wehtut, was ihnen geschieht. Die Weltprobleme werden zwar zur Kenntnis genommen, sie sind jedoch „zweidimensional“. Sie sind Umrisszeichnungen, flach und abstrakt. Erst wenn sie sich im lokalen Bereich auswirken, werden sie dreidimensional, haben plötzlich Perspektive, Farbe und Geruch. Und wo wäre das „angesagter“ als im Ruhrgebiet mit seiner hochdifferenzierten Gemeindestruktur.

Die hier vorgelegte Publikation reagiert. Ihre Autor\*Innen sind nicht reaktionär, sondern die Modernen von übermorgen. Sie setzen auf genaues Hinschauen, auf besonnene Analyse und auf das Lob der Nähe. Das Quartier, der Stadtteil, der Kiez, der Bezirk – es gibt viele Bezeichnungen für das unmittelbare soziale Umfeld. Der urbane Nahbereich gewinnt ständig an Bedeutung; nicht als biedermeierliches „Mir san mir“, sondern als das definierte Stück festen Untergrunds, das nötig ist, um einen Schritt oder gar einen Sprung zu wagen. Das Lokale ist der Schlüssel zu erfolgreicher Integration, nicht nur von Migranten und Flüchtlingen, sondern aller Gruppen mit eingeschränkter Teilhabe an den Gütern und Entscheidungswegen der Gesellschaft.

Die Zukunftskommission NRW von 2009 bescheinigte dem Revier „ein oft fehlendes Selbstbewusstsein.“ – Es wäre schön, sie hätte sich demnächst geirrt. ■

Professor Bodo Hombach

„DIE BINDUNG AN DEN ORT WIRD IMMER WICHTIGER.  
NUR HIER ENTSTEHEN DIE UNKÜNDBAREN BEZIEHUNGEN,  
DIE EIN GEDEIHLICHES DASEIN ERMÖGLICHEN.  
OHNE ORTSGEFÜHL GIBT ES KEINEN RÜCKHALT.  
WER MIR VERTRAUT, FÜR DEN BIN ICH VERANTWORTLICH.  
DIE MEISTEN LEUTE VERBRINGEN DEN ALLERGRÖSSTEN TEIL  
IHRES LEBENS IM LOKALEN UND REGIONALEN BEREICH.  
WAS VOR IHRER HAUSTÜR GESCHIEHT, BETRIFFT SIE DIREKT  
UND UNABWEISBAR.“

# INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT

## ***Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet***

*Ein Forschungsprojekt der Bonner Akademie in Kooperation mit der Brost-Stiftung unter der Schirmherrschaft von Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration.*

## **DIE BEDEUTUNG DER QUARTIERSARBEIT FÜR DIE REINTEGRATION DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT**

Nach einer umfangreichen Bestandsaufnahme, die mit 25 qualitativ, leitfadengestützten Experteninterviews begonnen hat, ist es nicht nur gelungen, einen breiten Sachstand über die projektrelevanten Strukturen und Protagonisten im Ruhrgebiet zu gewinnen, sondern darüber hinaus auch ein erstes Verständnis von den Herausforderungen, Bedarfen und Problemen – aber vor allem auch positiven Errungenschaften – zu erlangen. Denn auch wenn die Analyse der Problemfelder aufzeigt, dass die Herausforderungen und Problemlagen auf verschiedenen Ebenen breit gestreut zu existieren scheinen, wird eins bereits schnell deutlich: das Ruhrgebiet ist in Bewegung und ihre zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort sorgen Tag für Tag dafür, dass gesellschaftliche Teilhabe auch dort stattfindet, wo sie häufig längst abgeschrieben wird.

Im zweiten Schritt der ersten Projektphase galt es, nach erfolgreicher Identifikation wichtiger Akteure und Multiplikatoren vor Ort, neu gewonnene Partner bei Ihrer praktischen Arbeit zu begleiten. Die Konzentration lag hier besonders in den zuvor ausgewählten Schwerpunktquartieren der Ruhrgebietsmetropolen Duisburg, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen. Diese Städte haben sich während der Bestandsaufnahme in der ersten Projektphase aufgrund ihrer unterschiedlichen Entwicklungen und Problemlagen als besonders signifikant herausgestellt. Die Auswahlkriterien hierfür sind breit gefächert. So spielen neben einfachen demografischen Maßzahlen, wie die der Einwohneran-

zahl und Bevölkerungsentwicklung oder der geografischen Verteilung vom westlichen bis zum östlichen Ruhrgebiet, besonders die sozioökonomischen Verhältnisse eine bedeutende Rolle bei der Analyse und Bewertung einzelner Quartiere. Gerade dort, wo der wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandel das Ruhrgebiet bis heute nachhaltig prägt, scheint sich eine Summierung und Manifestierung verschiedener Problemlagen zu häufen, die in besonderen Maßen die alltäglichen Lebensbedingungen der Menschen beeinflusst. Nicht selten leben genau in diesen Schwerpunktquartieren die Teile der Mehrheitsgesellschaft, die (vor)schnell als die sogenannten „Abgehängten von der Gesellschaft“ abgestempelt werden. Sie werden als Modernisierungsverlierer, Globalisierungskritiker, politisch Abgehängte oder gar „Ewig Gestrigte“ bezeichnet – die Liste ließe sich nahezu endlos fortsetzen. Doch die zumeist negativ konnotierten Begriffe, die es sich zur Aufgabe machen, komplexe Problemlagen vereinfacht zu erklären, greifen zu kurz. Ausgangspunkt dieser Narrative bildet die Vorstellung, dass es sich um eine homogene Gruppe von Menschen handelt, die durch die Unzufriedenheit mit sich und ihrem Umfeld geeint ist. Dabei wird jedoch wenig bis gar nicht zwischen den tatsächlichen Lebensrealitäten unterschieden. Denn bei näherer Betrachtung stellt sich schnell heraus, dass die eigentlichen Ursachen ähnlich komplexen Ursprungs sind, wie die der zu bewältigten Problemlagen. Vielmehr stellen sie eine Mischung aus ökonomischen, sozialen und kulturellen Verwerfungen

dar, die sich im Zuge des Strukturwandels – nicht exklusiv im Ruhrgebiet sondern bundesweit – in Teilen der Mehrheitsgesellschaft verfestigt haben. In den vom Projektteam untersuchten Städten äußert sich dies innerhalb der projektrelevanten Quartiere vor allem durch starke Segregationserscheinungen mit hohen Armutsquoten, Langzeitarbeitslosigkeit, einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, dem Rückbau der öffentlichen Infrastruktur (z.B. in Form des oftmals schlecht ausgebauten ÖPNVs), etc.

Die Auswirkung dieser Entfremdung spiegelt sich nicht zuletzt auch bundesweit in der breiteren Wählerschaft wider – verstärkt besonders dort, wo verschiedene Problemlagen aufeinandertreffen. Mit dem stetigen Rückgang traditioneller und identitätsstiftender Institutionen wie z.B. Parteien, Gewerkschaften, Vereine und der Kirche hat ein Trend eingesetzt, der mit einfacher Politikverdrossenheit nicht mehr zu erklären ist. Vielmehr sorgt diese Entwicklung mitunter zu einer Abspaltung vieler Menschen von der Mitte und der daraus resultierenden Stärkung der politischen Ränder. Gerade im Ruhrgebiet, wo die Abstiegsängste im Zuge des Strukturwandels besonders groß sind, ist die Gefahr, dass ein relevanter Teil der Gesellschaft sich ausgeschlossen fühlt, besonders groß. Erste gesellschaftliche Spaltungstendenzen machen sich hier bereits durch starke Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien erkennbar. So ist es z.B. der AfD in keiner anderen Region Nordrhein-Westfalens gelungen, höhere Ergebnisse zu erzielen als in den strukturschwachen Gebieten des Ruhrgebiets – dabei fallen besonders die Schwerpunktstädte Städte Duisburg, Essen und Gelsenkirchen auf.

Doch welche Möglichkeiten bestehen, um diese wachsende Unzufriedenheit und zunehmende Entfremdung breiter Gesellschaftsschichten einzufangen – und möglicherweise greifbare Ansätze zur Reintegration in das politische und gesellschaftliche Leben umzusetzen? Auf Grundlage einer fundierten Analyse der Situation vor Ort soll in diesem Band schließlich der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung die Quartiersarbeit für die Reintegration von sogenannten „abgehängten“ Gesellschaftsschichten haben kann

## DIESER BAND

Diese Publikation versucht auf diese und weitere Fragen aus der praxisorientierten Perspektive heraus Antworten zu finden. Eine zentrale Rolle spielt dabei die wissenschaftliche Auswertung und Analyse der Projektbesuche in den Städten Duisburg, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen. Die im Rahmen des Projekts von Sandra Butz, Taner Ekici und Lucas Scheel durchgeführten teilnehmenden Beobachtungen gewähren einen Einblick in die tägliche Arbeit von Praktikern und Experten und bilden gleichzeitig das Fundament für die Beantwortung der zentralen Fragestellungen des Forschungsprojekts.

Die Beiträge aus der Praxis und der Wissenschaft geben dabei einen Überblick, welche Möglichkeiten aber auch Hürden sich bei der Quartiersarbeit und –entwicklung ergeben. So betont **Ina Scharrenbach**, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, dass Wohnen die Basis für gemeinschaftliches Miteinander sei. Dementsprechend sei es unerlässlich, dass sich das Ministerium

„DIESE PUBLIKATION VERSUCHT AUF DIESE UND WEITERE FRAGEN AUS DER PRAXISORIENTIERTEN PERSPEKTIVE HERAUS ANTWORTEN ZU FINDEN. EINE ZENTRALE ROLLE SPIELT DABEI DIE WISSENSCHAFTLICHE AUSWERTUNG UND ANALYSE DER PROJEKTBESUCHE IN DEN STÄDTEN DUISBURG, ESSEN, DORTMUND UND GELSENKIRCHEN.“

für den Neubau von Wohnraum einsetze, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Doch gleichzeitig warnt sie, dass der Stadtteil aus mehr nur als der eigenen Wohnung bestehen müsse, sondern dass die Lebensqualität im Quartier maßgeblich durch das erweiterte Wohnumfeld geschaffen werde – eine lebendige und engagierte Stadtteilgesellschaft könne dementsprechend die politische und gesellschaftliche Teilhabe der Bewohner ermöglichen. Auch im Beitrag von **Bettina Bundzus**, Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wird das zivilgesellschaftliche Engagement als Garant für die Stärkung von Nachbarschaft und Quartier hervorgehoben. Anhand ausgewählter Beispiele von Bundesprojekten legt sie dar, wie das Ministerium Netzwerke vor Ort erstellt, die Jugend und deren Engagement unterstützt und gemeinsam mit den Bewohnern lebenswerte Quartiere schafft.

Die wissenschaftliche Einordnung der Bedeutung von Quartiersarbeit und -entwicklung wird durch **Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Fabian Beckmann** und **Anna-Lena Schönauer** vorgenommen. Diese fokussieren sich in ihrem Beitrag auf die Definition und die wissenschaftliche Debatte rund um die Begriffe Quartier, Nachbarschaft, Wohnumfeld sowie Sozialraum. Aufbauend auf eigene Erhebungen im Ruhrgebiet zeichnen sie nach, wie zufrieden die Menschen mit ihrem Nahraum sind und welche Gruppen sich wie aktiv im Stadtteil einbringen. Diese Analyse ist eingebettet in die Frage, welche Chancen der sozialen Integration im Quartier vorliegen, aber auch wo sich Grenzen der Teilhabe vor Ort auftun.

Das Projektteam der Bonner Akademie um **Sandra Butz, Taner Ekici** und **Lucas Scheel** gibt einen Zwischenstand zum Projekt, wobei vor allem die bisherigen Erkenntnisse aus der Begleitung der Partnerprojekte im Mittelpunkt stehen. Zusätzlich werden die Parameter für eine erfolgreiche Reintegration der Mehrheitsgesellschaft definiert. Welche Herausforderungen sich dabei für die Akteure vor Ort ergeben, wird anschließend anhand der Verdichtung der bisherigen Projektbesuche aufgezeigt. Abgerundet werden die Beiträge durch das Interview mit **Reinhold Spaniel**, langjähriger Sozialdezernent der Stadt Duisburg, das **Marco Jelic** vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn vor dem Hintergrund des Projektkontextes am 3. Juni 2019 geführt hat. Hierbei standen vor allem Fragen zu den Gründen dafür, dass sich anscheinend immer mehr Menschen

von den etablierten Strukturen und Institutionen hin zu populistischen Alternativen abwenden, im Zentrum des Experteninterviews. In diesem Zusammenhang wird der Duisburger Fall genauer beleuchtet und auch auf der Realisierbarkeit und Wirkung von (stadtteilorientierten) Lösungsansätzen gegen das Misstrauen eingegangen. Somit liefert das Gespräch einen wichtigen Beitrag zur Problemanalyse und den potentiellen Lösungsansätzen, die auch im weiteren Projektverlauf – in der Praxis – ausgetestet werden sollen.

## DAS PROJEKT

In dem auf drei Jahre angelegten Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ will die Bonner Akademie in Kooperation mit der Essener Brost-Stiftung die Lebensrealitäten der Menschen im Ruhrgebiet analysieren. Im Kern der Untersuchungen stehen dabei die Ursachen, die dazu geführt haben, dass sich ein großer Teil der Mehrheitsgesellschaft von politischen und gesellschaftlichen Institutionen vernachlässigt fühlt und sich letztendlich von ihnen entfernt hat. Im Rahmen des Projektes sollen nicht nur das Verständnis für die Sorgen und Ängste dieser Menschen verbessert, sondern auch praxisnahe Ansätze zur (Re-)Integration dieser ‚abgehängten‘ Bevölkerungsschicht in das politische und gesellschaftliche Leben entwickelt und umgesetzt werden.

Besonders wichtig ist dabei der konkrete Praxisbezug, da nur durch die fundierte Beobachtung und Analyse von Angeboten vor Ort zielgruppengerechte Ansätze entworfen und mit Leben gefüllt werden können. Aufbauend auf einer fundierten Untersuchung der Situation im Ruhrgebiet und der Evaluation ausgewählter Bildungs- und Teilhabeangebote, die gleichzeitig auch das im Ruhrgebiet bestehende Angebot in seinen verschiedenen Facetten darstellen sollen, können Vorschläge entwickelt werden, die in konkrete Projekte für junge und alte Menschen einfließen werden. Hierbei ist es uns wichtig, nicht nur auf unser theoretisches Verständnis von Integrationskenntnissen zurückzugreifen, sondern mit den Menschen vor Ort erfahrungsorientiertes Wissen zu sammeln und weiterzuverarbeiten. Der besondere Fokus liegt hierbei auf der Fragestellung, welche Angebote benötigt werden, um eine intergenerationale und interkulturelle – und somit gesamtgesellschaftliche – Integrationspolitik zu gewährleisten. ■

# I. ERFAHRUNGEN AUS DEM PROJEKT

## DAS QUARTIER ALS SOZIALRAUM –

*Erfahrungen aus der Projektbegleitung im Ruhrgebiet*



**Lucas Scheel, M.A.**

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Bonner Akademie für Forschung  
und Lehre praktischer Politik*

Im Zuge unseres abgeschlossenen Forschungsprojekts „Wie viel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ lautete eine der Thesen in Bezug auf die Integration der Mehrheitsgesellschaft, dass es „nahezu keine Angebote – weder auf der strukturellen noch auch auf der kulturellen Dimension – gibt [...] für die Mehrheitsgesellschaft, obwohl auch hier ein großer Bedarf liegt“.<sup>1</sup> Im seit 2018 laufenden Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft“ soll genau diese These genauer untersucht werden und die Integrationsangebote für die Mehrheitsgesellschaft herausgestellt werden. Dieser Beitrag wird deshalb erläutern, wie sich der Stadtteil definieren lässt, warum Integration gerade auf der lokalen Ebene so wichtig ist und welche Erfahrungen im laufenden Projekt als Zwischenstand bisher gesammelt werden konnten.

### DIE RENAISSANCE DES STADTTEILS

Seit den 70er-Jahren lässt sich eine Renaissance der Innenstädte feststellen, die sich bis zum heutigen Tage nicht nur auf Großstädte, sondern auch auf Mittelstädte (Städte von 20.000 bis 100.000 Einwohnern) übertragen lässt. Galt es unter den Wohlhabenderen

bis in die 70er Jahre als en vogue, sich in den ruhigeren Vorstädten niederzulassen, während die Innenstädte eher Migranten (v. a. Gastarbeiter), junge Menschen und Studenten anlockten, so änderte sich dies mit „der Abkehr von der suburbanen Langeweile der Jugendlichen“.<sup>2</sup> Dass diese Gentrifizierung durch die Revitalisierung des Stadtteils Mietpreissteigerungen und damit häufig auch eine Verdrängung von oft ausländischen Mitbürgern nach sich zog, wurde dabei in der gängigen städteplanerischen Praxis zugunsten der Aufwertung dieser Stadtteile ausgeblendet. Mit diesen Entwicklungen hat sich ebenfalls das Interesse an den innerstädtischen Quartieren gesteigert, da sie zumeist eine bessere Infrastruktur und ein ausgeprägtes kulturelles Angebot vorweisen können.

Mittlerweile ist das Quartier als Integrations- und Analyseebene wieder in den Fokus von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft geraten. Von politischer Seite zeugen mehrere Initiativen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren von der gesteigerten Relevanz der lokalen Ebene: Im nationalen Integrationsplan von 2007 etwa wurde dem Thema „Integration vor Ort unterstützen“ ein eigener Unterpunkt eingeräumt.<sup>3</sup> Allerdings bezog sich eine Vielzahl der Bemühungen von politischer Seite auf die Integration von Migranten in den jeweiligen Stadtteilen, was durch die sogenannte Flüchtlingskrise



Wie kann der Stadtteil aber bei der (Re-)Integration der Mehrheitsgesellschaft behilflich sein? Integration in diesem Kontext bezieht sich vor allem auf die Ermöglichung von Teilhabe, sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Sinne. Allerdings ist sie weniger greifbar als etwa die Integration von Migranten, die sich an konkreten Faktoren, wie beispielsweise der Erlernung der deutschen Sprache festmachen lässt. Vor allem der Integration durch politische Teilhabe kommt hier eine besondere Rolle zu, da politische Partizipation eine starke Symbolwirkung im Sinne der Zugehörigkeit zu einer größeren Gemeinschaft ausübt.<sup>12</sup> Gerade hier bietet die kommunale Politik wirksamere Möglichkeiten, Änderungen für die Menschen sichtbar zu machen, als übergeordnete politische Ebenen dies oftmals können. Durch die lokale Nähe kann die Kommunalpolitik zudem die Produktionsfaktoren und die Arbeit vor Ort kontrollieren und damit schneller „Antworten geben auf den Strukturwandel“.<sup>13</sup> Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr, dass staatliche Aufgaben in Bezug auf Sozial- und Gesellschaftspolitik von der Bundespolitik in die Hände der Zivilgesellschaft, also der Bürger und Vereine, gelegt werden. Allerdings sollte dabei bedacht werden, dass die Kommunalpolitik und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort aufgrund mangelnder finanzieller und zeitlicher Ressourcen die Aufgaben des Sozialstaats oftmals weder übernehmen können, noch sollten.<sup>14</sup> Zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement spielen zwar eine wichtige Rolle bei der Integration der Mehrheitsgesellschaft, allerdings bedarf es auch der Strukturen von oben: Die politischen Entscheidungsträger verfügen zumeist über die notwendigen Ressourcen, um einen längerfristigen Plan zur Stadtteilarbeit zu erstellen, allerdings bedarf es dann der Menschen vor Ort, diesen Plänen mit ihrem persönlichen Engagement Leben und Authentizität einzuhauchen. Gerade deshalb ist ehrenamtliches Engagement eine nahezu unersetzbare Ressource in der Quartiersarbeit.

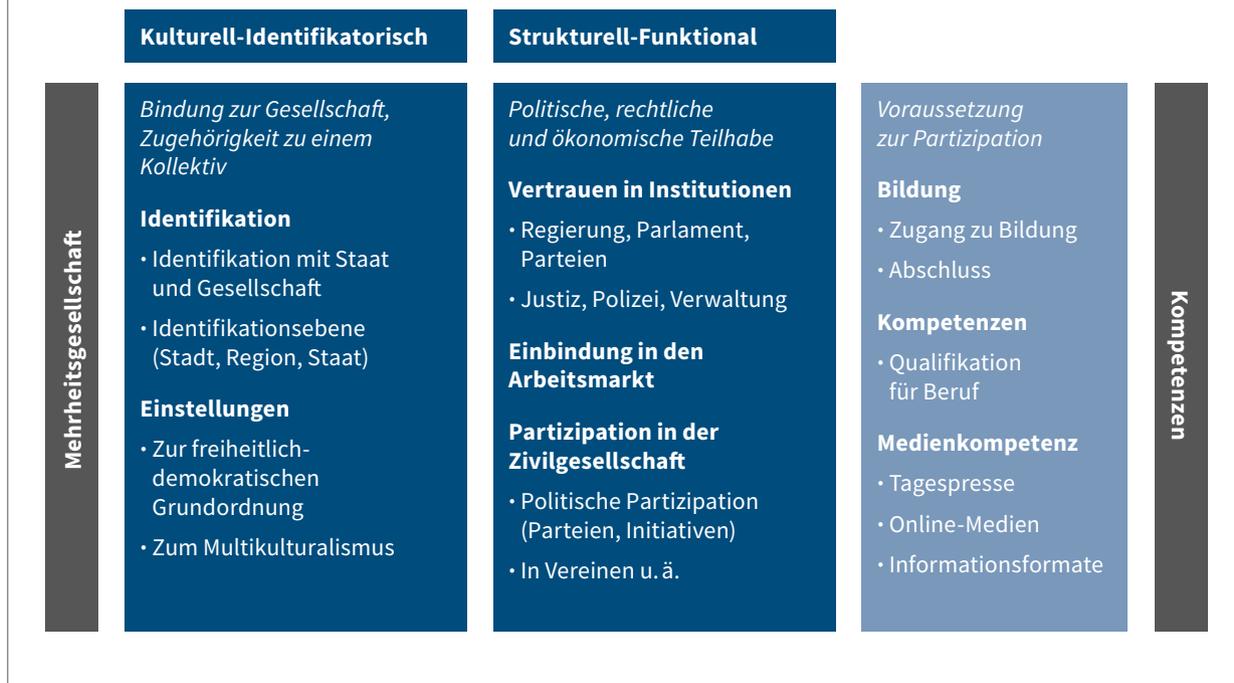
## BEDARFE IM QUARTIER

Die Integration in den Quartieren verläuft grob anhand von zwei Kerndimensionen, die als notwendige Parameter verstanden werden können: Auf der einen Seite beschreibt die (a) kulturell-identifikatorische Ebene die Bindung an die Gesellschaft allgemein bzw. das Vertrauen in demokratische Prozesse, den Rechtsstaat und deren Institutionen. Die relevanten Kriterien sind hierbei die Identifikation mit der Stadt, der Region und dem Staat insgesamt, allerdings kann gerade auf der lokalen Ebene ein intensives Vertrauensverhältnis hergestellt werden. Die hohen Stimmanteile, die rechtspopulistische und -extreme Parteien insbesondere im Ruhrgebiet einfahren konnten, lassen allerdings darauf schließen, dass ein Vertrauensverlust in allen Strukturen, sowohl auf Bundes- als auch auf Lokalebene, vorliegt, der u. a. auch zu diesen Wahlerfolgen führte.<sup>15</sup> Neben der Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung definiert sich die kulturell-identifikatorische Ebene auch über die Akzeptanz des Multikulturalismus, dem im häufig als „Schmelztiegel“ bezeichneten Ruhrgebiet eine besondere Rolle zukommt. Hierbei gilt es, durch freundschaftliche Kontakte zwischen Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft und Migranten herzustellen, um Vorurteile und Ängste abzubauen.<sup>16</sup>

Bei der zweiten Ebene handelt es sich um die (b) strukturell-funktionale Ebene, die sich in der politischen und ökonomischen Teilhabe widerspiegelt. Durch die eigene Teilhabe und/oder das Verständnis unserer politischen und staatlichen Institutionen kann ein gewisses Vertrauen hergestellt werden, was sich wiederum positiv auf die Bindung an die Gesellschaft auswirken kann. Gerade die Partizipation in der Zivilgesellschaft, also in Vereinen, Parteien oder anderweitigen Initiativen, trägt dazu bei, die Potentiale eines Stadtteil aber letztendlich auch des Menschen für sich selbst zu entdecken und zu fördern. Für eine solidarische

„VOR ALLEM DER INTEGRATION DURCH POLITISCHE TEILHABE KOMMT HIER EINE BESONDERE ROLLE ZU, DA POLITISCHE PARTIZIPATION EINE STARKE SYMBOLWIRKUNG IM SINNE DER ZUGEHÖRIGKEIT ZU EINER GRÖßEREN GEMEINSCHAFT AUSWIRKT.“

## PARAMETER ERFOLGREICHER INTEGRATION DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT



Gemeinschaft ist ehrenamtliches Engagement daher unverzichtbar.<sup>17</sup> Ebenso wichtig ist die Einbindung in den Arbeitsmarkt, da durch die Arbeit nicht nur die finanzielle Lebensgrundlage gesichert, sondern auch ein Selbstwertgefühl vermittelt wird. Gerade im Ruhrgebiet als urbaner Ballungsraum finden sich aufgrund des Strukturwandels ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Hartz-IV-Empfängern und Langzeitarbeitslosen. Auch viele Jugendliche hadern mit ihrer beruflichen Perspektive, was wiederum schnell zu einem Ausklinken aus einer Gesellschaft führen kann, die sich selbst als Leistungsgesellschaft versteht und bei der die Arbeit einen so hohen Stellenwert hat. Dementsprechend ist die Einbindung in die Arbeitswelt ein integraler Bestandteil, wenn man die „abgehängten“-Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft re-integrieren zu versucht.

Diese Kriterien und Parameter können sich zum Teil überschneiden, daher ist eine Fokussierung auf nur einen Aspekt zumeist nicht ausreichend. Aber auch von Seiten der Mehrheitsgesellschaft bedarf es gewisser Kompetenzen, die als Voraussetzung zur Partizipation gelten. Bildung und auch gesondert politische Bildung

spielen eine unerlässliche Rolle für das Vertrauen in die Demokratie an sich und das Verständnis für die politischen Prozesse. Hierbei kommt auch Schulen als erstem Anlaufpunkt für die Bildung der jungen Generationen eine wichtige Aufgabe zu. Ebenso müssen Kompetenzen für den späteren Beruf vermittelt werden, wenn man die Arbeitsmarktintegration vorantreiben möchte. Durch eine solche Qualifikation kann gewährleistet werden, dass die Menschen sich einfacher in ihrem Beruf zurechtfinden, wodurch auch dem Szenario der Langzeitarbeitslosigkeit entgegengewirkt wird.<sup>18</sup> Eine häufig unterschätzte Voraussetzung zur Partizipation stellt zudem die Medienkompetenz dar, die stark mit der politischen Bildung in Verbindung steht. Durch den Überfluss an Informationen, der uns tagtäglich zur Verfügung steht, ist es notwendig, sich zuverlässig informieren zu können – auch dies ist ein wichtiger Faktor für die Bindung an die Demokratie, da das Verständnis für demokratische Entscheidungen erhöht werden kann. Der Politikwissenschaftler Roth ist gar der Auffassung, dass der politischen Integration ein noch höherer symbolischer Wert als der Arbeitsintegration zukommt, da sie eine klare Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft symbolisiert.<sup>19</sup>

## DIE ANGEBOTSLANDSCHAFT IM RUHRGEBIET

Wie sieht die Angebotslandschaft in den Quartieren im Ruhrgebiet nun aus? Ausgehend von der Arbeit des Projektteams lässt sich feststellen, dass es eine große Anzahl von Initiativen und Projekten auf der Stadtteilebene gibt, die sich in Umfang, finanzieller Ausstattung und Zielen äußerst unterschiedlich gestalten. Dazu wurden seit dem Frühjahr 2019 acht der Projektpartner, bei denen das Quartier als zentrale Handlungsebene im Mittelpunkt steht, in unterschiedlicher Intensität begleitet, indem deren Abläufe und Angebote nicht-teilnehmend und nicht-wertend beobachtet wurden. Unter den Partnern sind zum einen Initiativen „von oben“, also kommunale oder vom Land/Bund ausgeschriebene Projekte, die häufig der klassischen Stadtplanung zugeordnet werden müssen. Beispiele wären hierbei unter anderem das 2013 ausgelaufene Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ der deutschen Städtebauförderung und der Länder, welches auf die Verbesserung der physischen Lebensbedingungen der Menschen abzielte, oder das Bundesprojekt „Demokratie Leben“, bei dem die politische Bildung und die Bindung an die freiheitlich-demokratische Ordnung durch sogenannte Demokratiewerkstätten im Quartier gestärkt werden sollen. Zum anderen kommen bottom-up Initiativen aus der Zivilgesellschaft heraus, die versuchen, ihren jeweiligen Stadtteil aufzuwerten und somit lebenswerter zu machen. Diese können sich monothematisch mit nur einem bestimmten Aspekt im Stadtteil befassen oder aber eine Vielzahl von Themenkomplexen, mit denen sich die Bewohner eines Stadtteils befassen, angehen. Auch professionelle, häufig kirchliche Sozialträger wie Caritas oder Diakonie bieten oftmals vielfältige Angebote an, die von Kinderbetreuung bis hin zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen reichen können.

Die Begleitung von Partnern im Rahmen des Integrationsprojekts hat gezeigt, dass es einer Balance dieser top-down und bottom-up Ansätze bedarf: Die Struktur, die von oben erarbeitet wird, können die Initiativen, die aus der Bürgerschaft selber entstehen, häufig effektiver mit Leben befüllen und somit auch Authentizität schaffen. Ausgehend von den Parametern der erfolgreichen Integration der Mehrheitsgesellschaft ist einerseits die Möglichkeit der Partizipation in Vereinen, die sich für den Stadtteil einsetzen, notwendig, um ein Verständnis für die Prozesse im Quartier zu gewinnen und um das eigene Lebensumfeld aktiv mitzugestalten

zu können. Andererseits können städtebauliche Maßnahmen o. ä., die von den Kommunen initiiert werden, die Bindung an den Stadtteil und somit auch an ein größeres Kollektiv stärken – zudem bilden sie einen strukturellen Rahmen für die Initiativen.<sup>20</sup>

Vor die größten Schwierigkeiten werden die Projekte und Initiativen dabei zumeist bei der Finanzierung gestellt. Gerade die bottom-up-Angebote haben häufig mit einer fragilen finanziellen Lage zu kämpfen, was häufig auch zur sogenannten ‚Projektitis‘ führt. Projektitis bedeutet in diesem Fall, dass die Initiativen bei der Akquirierung von Ressourcen (u. a. Finanzierung, Personal oder Betriebsmittel) oftmals konkurrieren und daher gezwungen sind, viel Zeit für das Schreiben von Förderanträgen aufwenden – dabei bleibt die eigentliche Arbeit vor Ort oftmals auf der Strecke. Diesem Umstand unterliegen interessanterweise auch viele top-down-Angebote – allerdings weniger aus der Notwendigkeit der Mittelakquise, sondern vielmehr aufgrund der Verpflichtung des Arbeitgebers, alle Ausgaben und Maßnahmen akribisch zu dokumentieren. Gerade bei kleineren Vereinen, die nicht über den Grad der Professionalisierung oder die nicht über eine breite Personaldecke verfügen, wäre eine unbürokratischere und schnellere Hilfe ‚von oben‘ erstrebenswert.

Eine zweite Hürde vor die das Engagement im Quartier gestellt wird, ist die Zielgruppenerreichung. Zwar sind die angesprochenen Zielgruppen von Initiative zu Initiative unterschiedlich, jedoch versuchen die meisten quartiersorientierten Projekte die jeweilige Stadtteils-gesellschaft, oder zumindest einen Teil dieser, anzusprechen. Wie sich während der bisherigen Projektbegleitung herausgestellt hat, lassen sich die Bewohner der Stadtteile relativ erfolgreich für stadtteilspezifische

„DIE BEGLEITUNG  
VON PARTNERN IM RAHMEN  
DES INTEGRATIONSPROJEKTS  
HAT GEZEIGT, DASS ES EINER  
BALANCE DIESER TOP-DOWN  
UND BOTTOM-UP  
ANSÄTZE BEDARF.“

Themen aktivieren; sowohl politische Angebote, bei denen den Bürgern eine Stimme bei der Mitsprache im Stadtteil gegeben werden soll, als auch eher Kultur- und Freizeitangebote werden wahrgenommen. Jedoch erweist es sich als durchaus schwierig, die eher sozial isolierten Bewohner zu erreichen, also diejenigen, die sich von sich aus nicht engagieren wollen und die man über ihre sozialen Kontakte nicht erreichen kann. Auch bei der migrantischen Gruppe, die für eine gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik ebenso miteinbezogen werden muss, gibt es Probleme bei der Zielgruppenerreichung. Hier muss man allerdings zwischen politischen- und Freizeitangeboten differenzieren: Während die Initiativen, die über einen politischen Hintergrund verfügen, bei Migranten – ebenso wie bei jüngeren Menschen im Allgemeinen – eher selten aufgesucht werden, so sind Stadtteilinitiativen, die eine Freizeitgestaltung und soziale Verknüpfung vor Ort anbieten, durchaus beliebt. Wiederum andere können auf verlässliche Zielgruppen zugreifen, etwa wenn die Projekte von städtischen Ämtern initiiert wurden und in diesem Rahmen an Schulen gehen oder wenn Projekte zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen mit dem Jobcenter zusammenarbeiten.

## PRAXISBEOBACHTUNGEN – DIE KRITISCHEN ERFOLGSFAKTOREN

Im Zuge der Projektarbeit wurden bereits eine Vielzahl von Partnern in den Zielstädten begleitet, wobei viele Partnerinitiativen einen dezidiert stadtteilorientierten Ansatz verfolgen. Im Folgenden sollen die kritischen Erfolgsfaktoren anhand zweier ausgewählter Beispiele abstrahiert werden – die jeweils sowohl die kulturell-identifikatorische als auch die strukturell-funktio-

nale Ebene abdecken. Dabei handelt es sich einerseits um die Diakonie in Dortmund, welche unter anderem mit einem besonderem Kiosk für soziale Vernetzung und somit für ein Gemeinschaftsgefühl in der Dortmunder Nordstadt sorgt, und andererseits um das Rotthäuser Netzwerk, bei welchem die Bürger des Gelsenkirchener Stadtteils Rotthausen sich aktiv in die Quartiersarbeit einbringen können, indem sie u.a. ihre eigenen Anliegen vortragen können. Dabei wird das Auseinandersetzen mit und das Verstehen von politischen Prozessen auf lokaler Ebene immens gefördert.

Die Diakonie Dortmund stellt ein weitreichendes Angebot in der Dortmunder Nordstadt zur Verfügung und ist somit häufig eine der zentralen Anlaufstellen für die Menschen in diesem Quartier. So gibt es unter dem Namen „Passgenau“ etwa eine eigene Werkstatt in der Nähe des Nordmarktes, in welcher Langzeitarbeitslose an Maßnahmen teilnehmen können, die die Diakonie in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Dortmund anbietet. So gibt es unter anderem eine Holzwerkstatt, in der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter geringem Druck, einer regelmäßigen Beschäftigung nachkommen. Daran angebunden ist ein Second-Hand-Laden, in dem Langzeitarbeitslose ebenfalls für eine spätere Beschäftigung vorbereitet werden sollen. Während der Besichtigung konnte das Projektteam beobachten, wie die dort beschäftigten Mitarbeiter ihren Aufgaben nachkamen. Sowohl im Gespräch mit der zuständigen Sozialarbeiterin als auch in den persönlichen Gesprächen wurde schnell ersichtlich, dass die speziellen Rahmenbedingungen für die Langzeitarbeitslosen von enormer Wichtigkeit sind. Als kritischer Erfolgsfaktor kann hierbei der geringere Leistungsdruck gewertet werden, der es den Teilnehmern erlaubt je nach ihren Fähigkeiten und in ihrem eigenen Tempo zu arbeiten.



*In der Kleidercke finden man gut erhaltene gebrauchte Kleidung, Textilien und Schuhe für Erwachsene und Kinder.*



*Der Kiosk bietet die Möglichkeit der Kommunikation und der Kontaktaufnahme für alle Nutzer des Nordmarkts.*



*Monatliche Sitzung des Rotthausener Netzwerks.*

Die Diakonie verfolgt damit das Ziel, den Teilnehmern durch die Regelmäßigkeit der Arbeit zu einer persönlichen Alltagsstruktur zu verhelfen, wodurch sie dann auch auf den späteren Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Doch nicht nur die Vermittlung des Gefühls, gefragt zu sein und seinen Teil zur Gesellschaft beizutragen, sondern auch das Knüpfen und Pflegen sozialer Kontakte am Arbeitsplatz spielt eine wichtige Rolle bei der Wiedereingliederung der Menschen. Wie wichtig ihnen diese spezielle Art der Arbeit ist, zeigt sich darin, dass viele sogar auf eine Erhöhung des Stundenlohns verzichten würden, solange dies bedeutete, weniger Stunden absolvieren zu dürfen, um nicht die zulässige Grenze für Nebenverdienste beim Erhalt von Arbeitslosengeld zu übersteigen. Für die strukturell-funktionale Reintegration ist somit vor allem das gesteigerte Selbstwertgefühl der Menschen, die sonst häufig unter der Stigmatisierung von Arbeitslosen leiden, wichtig, was vor allem durch die ihnen gewährten Freiheiten und durch den geringen Leistungsdruck ermöglicht wird.

Nur wenige Meter weiter, auf dem Nordmarkt betreibt die Diakonie einen Kiosk, der als weitere Anlaufstelle im Quartier, welches in den Medien auch als sozialer Brennpunkt, No-Go-Area oder Problemviertel betitelt wird, dient. Inmitten auf dem Platz, auf dem zweimal die Woche ein Markt stattfindet und der von Altbauten aus der Gründerzeit umgeben ist – auf dem am Abend allerdings auch Prostitution und Drogenhandel zum Alltag gehört –, können sich die Menschen bei einer preiswerten Tasse Kaffee oder Tee zusammensetzen und soziale Kontakte pflegen. Das Besondere an dem Kiosk ist, dass einerseits kein Alkohol und keine Zigaretten verkauft werden und dass andererseits die Möglichkeit zur niedrigschwelligen Kontaktaufnahme mit



*Das Rotthausener Netzwerk schafft mit seinen vielfältigen Veranstaltungen ein stärkeres Stadtteilbewusstsein.*

den Sozialarbeitern und/oder zu mobilen Ärzten des Gesundheitsamts Dortmund besteht. Somit können die Besucher des Markts bei Bedarf unkompliziert und vertraulich an Hilfe gelangen. Insgesamt ließ sich beobachten, dass sich der Kiosk als Treffpunkt für einen Teil der Stadtteilbewohner etabliert hat. Für die Kunden, die oftmals selbst Langzeitarbeitslose sind oder sich in einer schlechten Lebenslage befinden, bietet sowohl die niedrigschwellige Bereitschaft von Hilfspersonen als auch der Kontakt zu den Mitmenschen ein integratives Element. Insgesamt bedient die Diakonie Dortmund mit ihren vielfältigen Angeboten einen Bedarf, der in der Dortmunder Nordstadt auf erhöhten Anklang stößt, indem sie sich hauptsächlich der Gruppe der Langzeitarbeitslosen annimmt und versucht, diesen ihr Selbstwertgefühl und eine konkrete Zukunftsperspektive zurückzugeben.

Ein Angebot anderer Art hat das Rotthausener Netzwerk vorzuweisen; auch dieses erfüllt einen wichtigen Beitrag zur Integration der Mehrheitsgesellschaft vor Ort. Als eingetragener Verein versammeln sich die Mitglieder sowie alle interessierten Stadtteilbewohner einmal monatlich bei einer Netzwerksitzung, in der aktuelle Themen sowie der Stand der jeweils für ein Jahr gesteckten Agenda besprochen werden. Zu diesen Sitzungen, die normalerweise für alle zugänglich in lokalen Restaurants stattfinden, werden regelmäßig politische sowie städtische Vertreter eingeladen, die zusammen mit den Bürgern über kommunale Themen diskutieren. Doch neben den für jede Sitzung vorgegebenen Schwerpunktthemen gibt es auch einen Diskussionsraum für die konkreten Sorgen, Wünsche und Anregungen der anwesenden Rotthausener. Diese Ideen, wie z.B. die Umsetzung einer Buslinie in den benachbarten Stadtteil, werden dann falls praxistauglich auch zusammen

mit den politischen und kommunalen Entscheidungsträgern umgesetzt. Insofern bietet das Netzwerk eine gewisse Alternative zu klassischen Teilhabemöglichkeiten wie Parteien und kommunalen Angeboten.

Neben den Netzwerksitzungen konnte das Projektteam auch einen Eindruck vom Quartiersbüro erlangen, welches das Netzwerk für die Rotthausener sichtbar machen soll. Deshalb ist es auf der zentralen Einkaufsstraße des Stadtteils gelegen, an welchem täglich viele Menschen auf ihrem Weg zum Einkaufen vorbeischiendern. Bemerkenswert ist vor allen Dingen, dass die Stadt lediglich der Juniorpartner des Quartiersbüros ist, welches als direktes Produkt des Engagements der Bürger entstanden ist. Es handelt sich um eine Kooperation zwischen dem Rotthausener Netzwerk, dem Jobcenter der Stadt Gelsenkirchen und der Rotthausener Post – einer revitalisierten Stadtteilzeitung, die vor allem über die positiven Seiten des Quartiers berichtet –, die vor allem darauf abzielt, den Rotthausenern ein möglichst umfangreiches Portfolio an Leistungen zu liefern. Von den Synergieeffekten profitieren dabei alle drei Beteiligten, die aktiv auf die Menschen im Stadtteil zugehen und somit eine höhere Zielgruppenerreichung vorweisen können. Während die Netzwerksitzung vorzugsweise von bereits engagierten Bürgerinnen und Bürgern besucht werden, bietet das Quartiersbüro eine niedrigschwellige Möglichkeit, sich über stadtteilspezifische Themen auszutauschen und die eher informelle Beratung des Jobcenters in Anspruch zu nehmen – ohne den Gang zum Amt antreten zu müssen. Dabei wurde beobachtet, dass sich die Menschen dort wohler fühlen als im Amt, welches häufig mit Sanktionen, Zahlungen oder anderen negativen Assoziationen verbunden wird. Generell erweisen sich Quartiersbüros wie das des Rotthausener Netzwerks als effektives Mittel, die Stadtteilbewohner zur unkomplizierten Teilhabe vor Ort zu bewegen und um der eige-

nen Sache zu mehr Aufmerksamkeit bei der Zielgruppe zu verhelfen.

Dieser integrative Ansatz zeigt allerdings, wie ressourcenintensiv diese Art der Quartiersarbeit ist. Während ein Integrationseffekt im Sinne der Zielgruppenerreichung erkennbar ist, so profitiert das Netzwerk in besonderem Maße von dem Engagement des Vorstands, welcher die Akteure im Stadtteil im Auge behält und für eine Vernetzung zwischen Politikern, Vereinen, Verwaltung, anderen Stadtteilinitiativen und den Bürgerinnen und Bürgern sorgt. Dafür braucht es motivierte Leute, die sich im Stadtteil auskennen, die Vernetzungschancen suchen und nutzen können – und zusätzlich das Vertrauen der Stadtteilbewohner genießen.

Welche Faktoren haben sich insgesamt integral für den Erfolg solcher Initiativen hervorgetan? Zunächst einmal braucht es organisierte und motivierte Ansprechpartner mit viel Eigeninitiative, an die sich die Stadtteiltern wenden können. Da viele Menschen sich vor Orten, die mit Ämtern, Parteien oder offiziellen Stellen in Verbindung stehen, erweisen sich vor allem ‚neutrale‘ Quartiersbüros als Mittel der Wahl, um die Stadtteilbewohner zum Gespräch und eventuell sogar zum Mitmachen einzuladen. Dabei ergänzen diese Büros in manchen Stadtteilen – in manchen Fällen sogar durch direkte Kooperation mit den Behörden – die Aufgaben von kommunalen Dienstleistern und sorgen somit zu einer stärkeren Bindung an den Stadtteil und deren Ressourcen. Unerlässlich ist hierbei auch eine gewisse Professionalität, die wiederum einen Einsatz von Zeit und Geld für die häufig ehrenamtlich Tätigen bedeutet. Zudem müssen die Initiativen und deren Persönlichkeiten über Authentizität und Rückhalt im Quartier verfügen. Dementsprechend hat sich während der Beobachtung auch gezeigt, dass das Gelingen vieler Projekte von einer Person bzw. einem kleinen Personen-

„WELCHE FAKTOREN HABEN SICH INSGESAMT INTEGRAL FÜR DEN ERFOLG SOLCHER INITIATIVEN HERVORGETAN? ZUNÄCHST EINMAL BRAUCHT ES ORGANISIERTE UND MOTIVIERTE ANSPRECHPARTNER MIT VIEL EIGENINITIATIVE, AN DIE SICH DIE STADTTEILPARTNER WENDEN KÖNNEN.“

kreis steht und fällt. Persönlichkeiten, die im Stadtteil vernetzt sind und die Authentizität vermitteln können, sind eher in der Lage, erfolgreiche bottom-up-Projekte in Bewegung zu setzen

Aber auch die Angebote selber müssen gewissen Kriterien unterliegen, damit sie die Menschen im Stadtteil begeistern können. Zunächst einmal ist es wichtig, dass die Teilhabeinstrumente vielfältig sind, d.h. sie müssen eine Vielzahl von Bedürfnissen, die sich von Quartier zu Quartier stark unterscheiden können, abdecken. Dies umschließt sowohl die kulturell-identifikatorische Ebene, bei der z.B. auf den Stadtteil zugeschnittene politische Bildungsangebote die Identifikation mit Politik und Gesellschaft erhöhen kann, genauso wie die strukturell-funktionale Ebene, auf der u.a. Initiativen gegen Arbeitslosigkeit die arbeitslosen Menschen in lokale Jobs vermitteln können. Zudem müssen die Angebote niedrigschwellig und zielgruppengerecht sein. Gerade Formate, die für möglichst viele Menschen zugänglich sind, können den Dialog zwischen Menschen verschiedenster Couleur im Stadtteil eröffnen und somit ein Gemeinschaftsgefühl herstellen. Konkret heißt das, dass etwaige Sitzungen oder Veranstaltungen in Räumlichkeiten stattfinden sollten, die den Anwohnern des Stadtteils vertraut sind – sei es in einem festen Ort wie einem Quartierszentrum oder in wechselnden Örtlichkeiten wie Restaurants oder Kneipen. Auch inhaltlich und konzeptionell sollten so viele Menschen wie möglich mitgenommen werden, indem wieder auf die Vielfalt der Angebote geachtet wird. Zuletzt sollten die Teilhabeinstrumente auch ‚echt‘ sein, also die Teilnehmer sollten merken, dass – z.B. bei Initiativen, bei denen die Stadtteilentwicklung mithilfe der Ideen der Bewohner im Mittelpunkt stehen – ihre Anregungen und Wünsche auch tatsächlich in die Tat umgesetzt werden. Gerade bei top-down-Ansätzen herrscht häufig Skepsis darüber, ob und wie die Wünsche und Ängste der Stadtteilbewohner ernst genommen und in das Projekt eingefüttert werden. Auch hierbei kommt es natürlich maßgeblich auf die involvierten Personen und deren persönliches Engagement an, den Projekten eine gewisse Authentizität einzuhauchen.

## FAZIT

Alles in allem kann das Quartier eine wichtige Rolle bei der Reintegration der Mehrheitsgesellschaft spielen. Dadurch, dass sich die Lebenswelt der Menschen im Lokalen am stärksten widerspiegelt, ist dies auch eine

geeignete Ebene, um die Menschen zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation zu bewegen. Zwar lassen sich nicht alle Probleme, die dazu führen, dass Menschen sich als abgehängt wahrnehmen, durch die Quartiersarbeit lösen, jedoch bieten sich praktische Ansätze, diese Menschen zu motivieren, selbst tätig zu werden.

Ausgehend von der eingangs erwähnten These, es existierten nicht genügend Integrationsangebote, die sich an die Mehrheitsgesellschaft richten, lässt sich widerlegen, dass tatsächlich eine Vielzahl von top-down- und bottom-up-Initiativen und -Projekten im Ruhrgebiet existieren, die in den jeweiligen Stadtteilen mit unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten, Zielsetzungen und Professionalisierungsgraden arbeiten. Jedoch scheint diese Angebotsvielfalt nicht immer von der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen zu werden – ein weit verbreiteter populistischer Vorwurf lautet schließlich, dass für „uns“ nichts getan werde –, wohl auch, da sich an Migranten gerichtete Angebote leichter als solche erkennen lassen. Gleichzeitig kämpfen viele Projekte mit dem Problem, dass ein intergenerationaler oder –kultureller Austausch nur in den seltensten Fällen stattfindet. Die Zielgruppenerreichung bleibt damit eine der wichtigsten Fragen der quartiersbezogenen Initiativen und Projekte.

Auch in Bezug auf die weiteren Hürden und Problematiken, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, will das Projektteam in Zukunft nach vielversprechenden Ansätzen Ausschau halten und neue Konzepte zusammen mit den Partnern entwickeln. Dabei wird es besonders darauf ankommen, die sozialen Akteure im Quartier zu vernetzen und so gemeinsame Anknüpfungspunkte zu finden, wie man die Mehrheitsgesellschaft nachhaltig re-integrieren kann. Wie bereits festgestellt wurde, hängt der Erfolg häufig von dem Engagement einzelner, gut vernetzter Personen sowie von der Authentizität der jeweiligen Projekte ab. Hier gilt es also zu beobachten, auf welche Weise diese „Quartierskümmerer“ ihr soziales Kapital einsetzen, um das Vertrauen zu den Bewohnern des Stadtteils aufzubauen und um tiefgreifende Strukturen aufzubauen.

Die bereits begleiteten Leuchtturmprojekte konnten bereits interessante Anhaltspunkte aufbringen, wie man Menschen zu politischer und gesellschaftlicher Partizipation bewegen kann – ob dies in anderen Fällen auch gelingt und wo Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Initiativen bestehen, wird Teil der Projektarbeit sein. ■

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Kronenberg, Volker/Sandhaus, Jasmin/Jelic, Marco (2015): Gutes besser machen – Potentiale ganzheitlicher Projektansätze in der Integrationsarbeit. In: Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik (Hg.): *Integration vor Ort. Praxiserfahrungen aus dem Ruhrgebiet*, S. 37.
- <sup>2</sup> Dangschat, Jens (2013): Stadt(teil)entwicklung zwischen Gentrification und „Renaissance“. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 4, S. 171.
- <sup>3</sup> Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2008): *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen*, Berlin.
- <sup>4</sup> Vgl. Weiß, Stephanie (2019): *Quartiere für Alle: Städtebauliche Strategien sozialer Inklusion in der Planung von Wohnquartieren*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 45.
- <sup>5</sup> Hervorzuhebende Autoren auf dem Gebiet der Quartiersforschung sind Professor Jens Dangschat und Dr. Olaf Schnur.
- <sup>6</sup> Schnur, Olaf (2014): *Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven*. In: Schnur, Olaf (Hg.): *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 36.
- <sup>7</sup> Vgl. Siebel, Walter (2015): *Nachbarschaft*. In: *weiter denken. Journal für Philosophie* 26, S. 12.
- <sup>8</sup> Hamm, Bernd (1973): *Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs*, Düsseldorf: Bertelsmann Fachverlag, S. 18.
- <sup>9</sup> Vgl. Siebel, Walter (2015): *Nachbarschaft*. In: *weiter denken. Journal für Philosophie* 26, S. 12f.
- <sup>10</sup> Ebd., S. 14.
- <sup>11</sup> Vgl. Schnur, Olaf (2013): *Renaissance des Lokalen. Quartiere im Fokus von Wissenschaft und Politik*. In: *Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Bericht zur Stadtentwicklung 2013. Quartiere im Fokus*, S. 1f.
- <sup>12</sup> Vgl. Roth, Roland (2018): *Integration durch politische Partizipation*. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 630f.
- <sup>13</sup> Schnur Olaf/Drilling, Matthias (2009): *Governance – ein neues Zauberwort auch für die Quartiersentwicklung?* In: Schnur Olaf/Drilling, Matthias (Hg.): *Governance der Quartiersentwicklung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13.
- <sup>14</sup> Vgl. Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2018): *Politische Steuerung in der Stadt*. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 80.
- <sup>15</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2019): *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Gütersloh, S. 88.
- <sup>16</sup> *Der interkulturelle Austausch im Quartier spielte auch schon im nationalen Integrationsplan eine Schlüsselrolle.*
- <sup>17</sup> Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2008): *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen*, Berlin, S. 19.
- <sup>18</sup> Vgl. Freuer, Carolin et al. (2019): *Nachhaltige Steuerung für die Vermeidung von Langzeitleistungsbezug: Begleitforschung zum Modellvorhaben „Mehrjährige Steuerung von Ziel 3“*. Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 26f.
- <sup>19</sup> Vgl. Roth, Roland (2018): *Integration durch politische Partizipation*. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 631.
- <sup>20</sup> Vgl. Schäffer, Verena (2012): *Urban-Governance-Prozesse zur Realisierung nachhaltiger Stadtquartiere am Beispiel des Modellquartiers Kronsberg in Hannover*. In: Drilling, Matthias/Schnur, Olaf (Hg.): *Nachhaltige Quartiersentwicklung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 125.

# INTERVIEW MIT REINHOLD SPANIEL

*Ehemaliger Sozialdezernent und Stadtdirektor der Stadt Duisburg,  
3. Juni 2019*



**Marco Jelic**

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn*

Reinhold Spaniel hat im Zuge seiner über 20-jährigen Tätigkeit für die Stadt Duisburg viel erlebt. Als Sozialdezernent war er oft als „Krisenmanager“ gefragt – ob Anfang der 1990er Jahre zu Zeiten des Jugoslawien-Krieges oder im Zuge der Bewältigung der jüngsten Zuwanderungssituationen. Spaniel ist ein Fachmann für Soziales und ein kommunaler Praktiker, der wie kaum ein anderer die soziale Situation in den Quartieren Duisburgs kennt. Im Jahr 2017 ging er in den Ruhestand. Wir haben nun im Rahmen des Forschungsprojekts mit dem Sozialdemokraten über die Herausforderungen gesprochen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter schwierigen sozialen Bedingungen in den Stadtteilen herzustellen, und die Probleme, die mit Armut, Arbeitslosigkeit und Migration einhergehen, zu lösen. Die praktische Perspektive, die klare, teils schonungslose Problemanalyse ist im Sinne der Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik ein Mehrwert, der dann theoriebasiert, abstrahiert und reflektiert in den wissenschaftlichen Diskurs einfließen muss, um auf dieser Grundlage lebensnahe Handlungsempfehlungen für die Arbeit vor Ort generieren zu können.

## **Glauben Sie, dass ein Bedarf besteht, die sogenannte Mehrheitsgesellschaft wieder verstärkt einzubinden?**

*Meine Wahrnehmung ist, sie reden ja von Mehrheitsgesellschaft, dass es diese in dieser Form gar nicht mehr gibt. Die klassische Mitte, so nenne ich sie mal, hat sich im Laufe der letzten Jahre immer weniger repräsentiert gefühlt in der Politik. Am Anfang meiner Zeit in Duis-*

*„MEINE WAHRNEHMUNG IST, SIE REDEN JA VON MEHRHEITSGESELLSCHAFT, DASS ES DIESE IN DIESER FORM GAR NICHT MEHR GIBT. DIE KLASSISCHE MITTE, SO NENNE ICH SIE MAL, HAT SICH IM LAUFE DER LETZTEN JAHRE IMMER WENIGER REPRÄSENTIERT GEFÜHLT IN DER POLITIK.“*

*burg war die Hochzeit des Jugoslawienkrieges und der Beginn der ersten Flüchtlingswelle, die sich aus unterschiedlichen Herkunftsländern zusammensetzte. Es war eine große Herausforderung für die Gesellschaft, aber diese war etwas anders zu bewältigen. Es gab auch damals keine große Bereitschaft in der Mehrheitsgesellschaft, diese Flüchtlinge aufzunehmen – geprägt durch Ängste und Vorurteile. Ich habe damals zum ersten Mal festgestellt, dass man mit Argumenten nicht mehr durchkommt. Aber es war, im Vergleich zur zweiten Welle in den letzten Jahren, besser zu bewältigen. Weil erstens nicht so viele Muslime dabei waren und zweitens die administrativen Bewältigungsstrategien leichter waren.*

*In der zweiten Welle, ungefähr ab 2012, kamen fast nur noch Muslime. Gleichzeitig, im Kontext des 11. Septembers, des IS und wechselseitiger Auseinandersetzung, herrschte gegenüber dieser Gruppe mehr Skepsis und Angst. Dazu hatten- was im politischen Diskurs unter-*

gangen ist – die Loveparade in Duisburg und der Flughafenbrand in Düsseldorf eine erhebliche Auswirkung. Die Brandvorschriften sind seit Düsseldorf erheblich verschärft worden und gleichzeitig gibt es eine Tendenz im Bauordnungsamt, nur noch absolut sichere Projekte zu genehmigen, was eine Folge der Loveparade ist. Dies steht im konkreten Bezug auf die Errichtung einer Containeranlage, die von der Idee bis zur Baugenehmigung durchschnittlich ein Jahr braucht.

### **Glauben Sie, dass die Verschärfung der Stimmung auch andere Ursachen hat?**

Ich würde nicht alle Stimmenanteile der AfD der Migration zusprechen – aber 70 bis 80 Prozent eindeutig. Ihre Erfolge kamen doch erst mit der Ausnutzung der Migrationsbewegung. Mein Eindruck ist, dass die etablierten Parteien sich weggeduckt haben. Oftmals, um es zu konkretisieren, war ich der Einzige, der sich auf diesen Bürgerversammlungen offen für die Unterbringung von Flüchtlingen ausgesprochen hat. Aber die „klassische“ Politik ist weggetaucht, selbst die Grünen haben klare Bekenntnisse vermieden.

### **Wie bewerten Sie die Rolle des Strukturwandels, spezifisch im Ruhrgebiet? Empfinden sich die Menschen als abgehängt? Wird Migration als Konkurrenz empfunden?**

Eindeutig, für mich ist das gelebte Realität. Stellen sie sich vor, jemand der hier groß geworden ist, verliert seinen Arbeitsplatz durch den Strukturwandel, verliert dadurch sein Selbstwertgefühl. Dann sieht er aber, dass – aus seiner Sicht – Massen an Fremden, deren Kultur er überhaupt nicht versteht, in das Land kommen. Durch dieses Fremde fühlt er sich bedroht. So jemandem kann man schwer vermitteln, dass er noch zur Mehrheitsgesellschaft gehört.

### **Hat sich in der Kommunikation etwas verändert? Ist die Entrüstungsdynamik eventuell auch etwas schneller als früher?**

Eindeutig. Anfang der 90er Jahre gab es diese Form der Kommunikation nicht. Heute verselbstständigen sich diese Prozesse zunehmend. Jeder gibt seinen Kommentar ab, ohne Rücksicht auf Etikette oder darauf ob es nur ein Gerücht ist. Es gibt auch eine verzerrte Darstellung der Realität: so werden vereinzelte Fälle, zum Beispiel Männer, die mit mehreren Frauen verheiratet sind, proportional häufiger in den Medien erwähnt, als gut integrierte Asylbewerber.

### **Einen Aspekt, den wir in den letzten Jahren im Ruhrgebiet beobachtet haben, ist die schwindende Bindekraft von etablierten Verbänden, wie zum Beispiel von Gewerkschaften und der Kirche. Welche Auswirkungen hat das?**

Die Bedeutung der beiden christlichen Konfessionen lässt bei uns nach. Es gibt immer weniger Mitglieder und mehr Austritte. Das ist objektiv so. Zwar gibt es hervorragende Arbeit von den Kirchen, aber ich habe in einigen Veranstaltungen feststellen müssen, dass auch Kirchenvertreter nicht in der ersten Reihe waren, um die ankommenden Migranten zu verteidigen. Ein polnischer Aussiedler war zum Beispiel nie ein Problem, weil er katholisch ist. Hingegen wird medial das Bild des Syrers, der mit vier Frauen verheiratet ist und 13 Kinder hat, verbreitet. Über die unauffälligen, die in der Mehrheit sind, wird jedoch kaum berichtet. Man kann sich doch wunderbar aufregen, wenn die BILD-Zeitung etwas von 4.800 Euro Sozialhilfe für einen Syrer schreibt.

### **Dringt man mit der Darstellung der Realität noch durch?**

Nein, nicht mehr die letzten drei, vier Jahre. Man kann doch trefflich über die Entscheidungen der Bundeskanzlerin in den Jahren 2015 und 2016 diskutieren. Schauen sie sich doch mal an, wie das gelaufen ist. Als Merkel gesagt hat: „Wir nehmen sie auf“, standen sie zuerst in München am Bahnhof mit Teddybären. So ging es los und wie ist es danach umgekippt? Das meine ich damit, wie es medial umkippen kann.

### **Wie beurteilen Sie die Neiddebatte, also das Gefühl der mangelnden Wertschätzung innerhalb der Bevölkerung, das mit dem Vorwurf verbunden ist, dass für die „Anderen“ mehr gemacht wird – nicht nur in Bezug auf Asylbewerber, sondern die generelle Migration im Ruhrgebiet?**

Das Ruhrgebiet kann Integration. Aber das war damals ein anderer Background. Katholische Polen, Italiener und Spanier, vielleicht noch ein kleiner Anteil an Jugoslawen. Die erste Welle an Migranten waren überwiegend Katholiken.

### **Finden Sie, dass sich gesellschaftsintegrierende Angebote vielleicht auch an die sprichwörtliche ältere Dame aus der Nachbarschaft richten sollten? Gerade, um dem Eindruck entgegenzuwirken, dass sich zu sehr auf die migrantischen Milieus konzentriert wird?**

*Ich denke, diese Leute wird man nicht mehr einfangen können. Welches Angebot, außer vielleicht einer Kaffeerunde, kann man denn machen? Da ist nichts mehr zu machen.*

### **Und für eine jüngere Zielgruppe?**

*Es gibt viele Projekte, aber das hat mit der medialen Auseinandersetzung mit dem Thema nichts zu tun. Das sind zwei verschiedene Dinge. In meiner früheren Zeit als Personaldezernent musste ich mir jedes Jahr von den lokalen Politikern anhören, warum ich nicht mehr Migranten für die Ausbildung bei der Stadt auswähle. Jedes Jahr erneut. Und jedes Jahr musste ich entgegennehmen, dass sich einfach nur so wenige beworben haben. Ich kann ja nur den einstellen, der sich bewirbt – und die Kriterien erfüllt. Ich kann ja niemanden nur aus dem Grund einstellen, weil er Migrant ist, er muss ja genauso Prüfungen bestehen. Das sind Trends, die nicht mal eben mit zwei Jahren Integrationspolitik umgekehrt werden können. Es gibt zum einen diejenigen, die hier aufgewachsen sind und perfekt Deutsch sprechen aber eben auch die sechzigjährige Oma, die nicht alleine einkaufen kann, obwohl sie hier schon vierzig Jahre wohnt.*

**Sehen sie eine Chance darin, wenn man auf die Menschen in ihren Quartieren direkt zugeht, um mögliche Brücken zu schlagen? Also stadtteilspezifische Angebote in Form von Festen oder vor Ort Gesprächen.**

*Hier in Duisburg läuft so etwas schon seit über 20 Jahren. Gerade im Duisburger Norden, da gibt es teilweise ein Straßenfest nach dem anderen. Dazu Quartiersarbeit, runde Tische, gibt es ja alles schon. Und das funkti-*

*oniert, zwar nicht immer, aber es funktioniert trotzdem gibt es immer noch auf beiden Seiten gewisse Vorbehalte, die – die Wahrheit liegt bekanntlich in der Mitte – von beiden verursacht werden. Auf der einen Seite der notorische Ausländerhasser und auf der anderen Integration hemmende Momente, die von den Migranten selber verursacht werden. Ich hatte vor 10 oder 15 Jahren einmal die Situation, dass mehrere türkische Jugendliche im Duisburger Norden ein Schwimmbad „terrorisiert“ haben. Das Schwimmbadpersonal wurde bedroht. Also haben wir Sozialarbeiter hingeschickt, Integrationsmaßnahmen probiert – leider ohne Ergebnis. Die jugendlichen Türken hat das nicht beeindruckt. Dann habe ich einen Türken zu mir eingeladen, Sozialarbeiter, perfektes Deutsch und gut integriert. Dem habe ich dann das Problem erklärt und ihn gefragt: „Was würdest du an meiner Stelle machen?“ Wissen Sie, was er gesagt hat? Der hat gesagt: „Was du da machst, bringt nichts.“ Ich sollte mir beim Arbeitsamt drei ABM-Kräfte holen, solche mit dickem Kreuz, Tätowierungen und dem bösen Blick, direkt zu den Jungs gehen und sagen: „Entweder hört das auf oder wir reden direkt mit eurem Vater und dem Hodscha, dass ihr die Familienehre beschmutzt.“ Und wissen Sie was? Innerhalb von einer Woche war Ruhe.*

**Liegt der Fokus mittlerweile vielleicht auch zu stark auf dem Thema Migration? Kommen damit Themen wie soziale Gerechtigkeit, Strukturwandel und Arbeitslosigkeit nicht zu kurz?**

*Man muss bedenken, dass die sozial Bedrängten seit über 15 Jahren unter Hartz IV leiden. Bisher war diese Seite auch eher unterbelichtet und kehrt erst jetzt in die politische Diskussion zurück. Wobei ich bestimmte Elemente der Hartz IV Politik nicht für verkehrt halte,*

„IN MEINER FRÜHEREN ZEIT ALS  
PERSONALDEZERNENT MUSSTE ICH MIR JEDES JAHR  
VON DEN LOKALEN POLITIKERN ANHÖREN,  
WARUM ICH NICHT MEHR MIGRANTEN FÜR DIE  
AUSBILDUNG BEI DER STADT AUSWÄHLE. UND JEDES JAHR  
MUSSTE ICH ENTGEGNEN, DASS SICH EINFACH  
NUR SO WENIGE BEWORBEN HABEN.“

zum Beispiel dieses Fördern und Fordern. Und auch die Sanktionen, die verhindern, dass dieses System ausgenutzt wird. Aber manche Entwicklungen, das muss man heute sagen, waren ein Fehler. „Ich-AG“ hörte sich toll an, war im Endeffekt aber Blödsinn. Wenn ich jemanden in die fünfte Fortbildung schicke, die auch wieder Geld kostet, was für eine Perspektive hat diese Person überhaupt? Keine! Zweiter Arbeitsmarkt, wobei mittlerweile eher dritter, wenn man ehrlich ist, was ist das denn für eine Perspektive? Und letztendlich wird dann in der politischen Diskussion, habe ich mir oft genug angehört, gesagt: „Schick ihn doch zum Straßenfegen.“ Im Endeffekt kostet so eine Maßnahme doch mehr als der Person einfach 500€ zu geben. Die Maßnahme muss evaluiert begleitet werden. Gleichzeitig benötigt er Arbeitskleidung, Betreuung, Versicherung und so weiter. Ich übertreibe vielleicht etwas, aber im Endeffekt kostet es mehr. Die Politiker in Berlin wissen doch gar nicht, was auf der Straße wirklich los ist. Was in der Vergangenheit beschlossen wurde, ist doch zum Teil Blödsinn.

**Wie erreiche ich die Menschen hier im Ruhrgebiet, die finanziell und politisch abgehängt, gar enttäuscht sind? Was ist Ihrer Ansicht nach ein politisches Mittel um diese Menschen wieder in die Mitte zu holen?**

Man muss ja kein Marxist sein, um zu verstehen, dass sich der Mensch durch seine Arbeit und sein Einkommen definiert. Wenn das nicht gegeben oder sogar bedroht ist, entwickeln sich Abwehrmechanismen. Ein einfaches Beispiel: Ein damaliger Nachbar von mir in Düsseldorf, klassischer SPD-Wähler, mit Ach und Krach die Eigentumswohnung finanziert, sagte, dass er nun nur noch die CDU wähle. Aus dem Grund, dass er nun eine Eigentumswohnung besaß, fühlte er sich nun dem Mittelstand zugehörig und hat sein Bewusstsein geändert. Wenn derjenige das Gefühl entwickelt hat, dass ihm jemand etwas wegnehmen will, wird auf etwas projiziert, dem man die Schuld geben kann. Häufig eben auf Migranten. Es war ja schon Thema bei der Wiedervereinigung. Plötzlich erhielten auch ehemalige DDR-Bürger eine Rente, obwohl sie in die Kasse niemals eingezahlt haben. Dieses Gefühl, dass man mehrere Jahrzehnte für seine Rente gearbeitet hat und andere diese scheinbar umsonst bekommen, wiederholt sich im Rahmen der heutigen Migrationspolitik. Dadurch entstehen auch Ängste und ein Gefühl, dass man schlechter behandelt wird.

**Gibt es Lösungsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene? Eventuell durch mehr Teilhabe in den Stadtteilen?**

„MAN MUSS JA KEIN MARXIST SEIN, UM ZU VERSTEHEN, DASS SICH DER MENSCH DURCH SEINE ARBEIT UND SEIN EINKOMMEN DEFINIERT. WENN DAS NICHT GEGEBEN ODER SOGAR BEDROHT IST, ENTWICKELN SICH ABWEHRMECHANISMEN.“

*Das läuft ja schon. Vom Straßenfest bis zur Bezirksvertretung und im Rat, die Partizipation im Migrationsbeirat, gibt es ja alles schon. Das läuft, hat aber nicht gereicht. Ich war ein paar Mal beim Migrationsbeirat, aber außer Grüppchenbildung und wer bekommt welchen Posten, wurde dort nicht viel gemacht. Ich will die Arbeit nicht schlecht reden, aber das ist nicht die Lösung. Ich bin da eher Kulturpessimist - wobei, sagen wir eher Realist.*

**Sollte daher nicht versucht werden das Gegenteil zu zeigen? Dass das Zusammenleben eben gut funktioniert? Muss die Stadt oder Kommune vielleicht die Menschen auch wieder mehr zusammenholen?**

*Das gibt es ja schon, die Kommune tut viel. Aber das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Was bringt es, wenn man alles Mögliche wie zum Beispiel ein Straßenfest organisiert, aber der Einzelne es nicht schafft, so etwas im konkreten Dialog mal rüberzubringen? Wenn jemand ein Ausländerhasser ist, bringt ein Straßenfest nicht viel, außer dass er vielleicht die Ausländer anpöbelt. Die gesamte Gesellschaft muss sich ändern und das sind Prozesse, die dauern eben über 50 Jahre.*

*Gleichzeitig haben wir in Duisburg hier ein spezifisches Problem seit 2010 oder 2011, nämlich Bulgaren und Rumänen. Die haben sich ungefähr verzehnfacht. Das*

*Problem ist: Duisburg hat ein niedriges Mietniveau. Dann kommen diese Menschen zum Teil in der Größe eines Dorfes. Mittlerweile prägen sie gesamte Stadtteile. Hinzu kommen soziale Verhaltensweisen, die inakzeptabel sind. Das muss man so deutlich aussprechen. Es gab zum Beispiel ein Haus, in drei Blöcke aufgeteilt, da wohnten ungefähr mal 100 bis 120 Leute. Als die dazukamen, waren es auf einmal 500 bis 1.000. Zum Teil haben sie mit über zwanzig Leuten in einer Wohnung gelebt. Ich habe mich damit zwei Jahre rumgeschlagen und am Ende die Häuser vom Besitzer abgekauft und saniert. Wenn Sie so eine Situation haben, brauchen Sie nicht über irgendwelche Arbeitsmarktprogramme reden. Da reichen auch keine Bürgerfeste. Das ist die Realität.*

### **Muss die Kommunalpolitik wieder mehr im Stadtteil sichtbar werden? Müssen die etablierten Parteien mehr Lösungen vor Ort anbieten?**

*Wer ist denn die Kommunalpolitik? Wenn Sie versuchen, dieses Problem zu lösen, auf welcher Ebene auch immer, wer ist denn da die Politik? Auf der einen Seite haben Sie – noch – die beiden großen Parteien, die sich wegducken. Dann die linken Parteien, die den Ansatz vertreten: „Da kommen Menschen, denen müssen wir helfen. Koste es, was es wolle.“ Sie wollen sogar, dass diese Leute zu uns kommen. Und dann gibt es noch die Parteien rechtsaußen, angefangen bei der AfD. Die sagen: „Keiner kommt mehr hier rein. Auch nicht die Leute*

*aus Osteuropa.“ Aber das geht ja nicht, das sind ja Europäer. Man kann ja nicht einfach so europäisches Recht ändern. Und wenn Sie so eine Veranstaltung besuchen, sind Sie sehr schnell alleine.*

### **War die Politik bisher mit dieser Thematik überfordert?**

*Ja. Und ich sage mal: Dieses große „Problem Osteuropa“ wurde völlig ignoriert.- also: bundespolitisch. Vor Ort wurde es schon lange erkannt. Die Leute in Berlin wissen doch gar nicht was hier abgeht. Als die Kanzlerin hier war, hat sie sich auch nicht die Bulgaren und Rumänen angesehen, sondern ein Integrationsprojekt in Marxloh. Und dann heißt es, die Integration in Deutschland sei perfekt. So werden diese Probleme in Berlin wahrgenommen.*

### **Können die Repräsentanten vor Ort dieses Problem nicht lösen?**

*Nein, wie können die denn das Problem mit den Bulgaren und Rumänen kommunalpolitisch lösen? Können sie nicht. Ich war ja lange der Vertreter von Oberbürgermeister Link und habe mit ihm auch oft darüber diskutiert, er ist ja auch nach Berlin gefahren und hat versucht, auf diese Thematik aufmerksam zu machen. Mit dem Verweis auf die Freizügigkeit ist da aber nichts zu machen. ■*

„WER IST DENN DIE KOMMUNALPOLITIK?  
WENN SIE VERSUCHEN, DIESES PROBLEM ZU LÖSEN,  
AUF WELCHER EBENE AUCH IMMER,  
WER IST DENN DA DIE POLITIK?  
AUF DER EINEN SEITE HABEN SIE –  
NOCH – DIE BEIDEN GROSSEN PARTEIEN,  
DIE SICH WEGDUCKEN.“

# II. DIE KOMMUNE, DIE STÄDTE, DAS QUARTIER

## HEIMAT GEMEINSAM GESTALTEN

*Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Kommunalpolitik  
als Fundament für das demokratische Gemeinwesen*



**Ina Scharrenbach**  
*Ministerin für Heimat, Kommunales,  
Bau und Gleichstellung des Landes  
Nordrhein-Westfalen*

Unsere Gesellschaft hat in den zurückliegenden Jahrzehnten eine beachtliche und in vielerlei Hinsicht gelungene Integrationsarbeit geleistet. Das begann bereits vor der Gründung der Bundesrepublik mit der Aufnahme der Millionen Menschen, die in Folge des Zweiten Weltkrieges ihre Heimat verloren hatten. Es setzte sich fort mit der Arbeitsmigration seit den 50er-Jahren und reicht bis zu den Geflüchteten, die heute bei uns Asyl suchen. Dabei galt und gilt immer: Das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen gelingt nicht von selbst und längst nicht immer reibungslos. Es verlangt den Hinzukommenden einiges an Integrationsbereitschaft ab, denn die aufnehmende Gesellschaft steht in der Verantwortung, für gerechte Chancen zu sorgen.

Seit den Jahrzehnten von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder wirken zwei starke Kräfte, die in der hiesigen Bevölkerung für die grundsätzliche Akzeptanz von Zuwanderung sorgten: zum einen die Tatsache, dass sich der Lebensstandard für alle tatsächlich und perspektivisch immer weiter verbesserte, und zum anderen der Umstand, dass die Integration über die Arbeitswelt recht gut funktionierte. Es gab auch frem-

„DABEI GALT UND GILT IMMER: DAS ZUSAMMENLEBEN UNTERSCHIEDLICHER KULTUREN GELINGT NICHT VON SELBST UND LÄNGST NICHT IMMER REIBUNGSLOS.“

denfeindliche Äußerungen bis hin zu fürchterlichen Gewalttaten, doch lange Zeit waren das – bei aller Dramatik im Einzelfall – Randerscheinungen.

Doch inzwischen sind scheinbare Sicherheiten ins Wanken geraten. Kaum jemand bleibt heute von der Ausbildung bis zum Renteneintritt bei demselben Arbeitgeber. In der Zeit von Globalisierung und Digitalisierung scheint sich die Welt immer schneller zu drehen und viele haben das Gefühl, nicht mehr mitzukommen. Und die Zugewanderten, das sind heute nicht mehr überwiegend die Kollegen am Arbeitsplatz, sondern Geflüchtete, die Kriegstraumata oder bittere Armut im Gepäck haben.

Der Verlust an Verlässlichkeit bildet den Nährboden für Populisten und für zutiefst undemokratische Gruppierungen. Sie machen sich die Zuwanderung zunutze und folgen mit einer ausgrenzenden Polemik nur ihrer eigenen Agenda: Ängste in der Bevölkerung schüren, das Vertrauen in die Demokratie aushöhlen und sich so Wählerstimmen für ihre nationalistische und letztlich autoritäre Politik erschleichen. Sie präsentieren vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Herausforderungen – und finden dort Gehör, wo Menschen das Gefühl haben, der Staat tue zu wenig für sie (aber umso mehr für die Fremden).

Es ist also eine drängende Frage, wie wir dieser Entwicklung wirkungsvoll entgegenzutreten können. Darauf wird es nicht die eine Antwort geben, sondern es sind verschiedene Aspekte, um die wir uns kümmern müssen. Dabei ist eines klar: Mit allgemeinen Aussagen über den Nutzen von Globalisierung und Digitalisierung oder über die Chancen der Zuwanderung werden wir kaum überzeugen. Stattdessen sollten wir im konkreten Lebensumfeld ansetzen, dort genau hinschauen und in den Dialog gehen.

Entscheidend ist es, zu vermitteln, dass Bürgerinnen und Bürger vielfältige Möglichkeiten haben, unser Gemeinwesen mitzugestalten. Das beginnt im Stadtviertel und reicht über die Kommune und die Landesebene bis ins nationale Parlament. Im wahrsten Sinne des Wortes naheliegend und daher überzeugend ist die Bürgerbeteiligung an Projekten vor der eigenen Haustür und in der unmittelbaren Umgebung. Doch es lohnt auch, für die demokratische Mitwirkung im kommunalen Ehrenamt zu werben – sei es als Ratsmitglied oder als sachkundiger Bürger.

Auf welcher Ebene auch immer: Wer die Erfahrung macht, in der Gesellschaft etwas bewegen zu können, der fühlt sich nicht abgehängt. Wer die Entwicklung aktiv mitbestimmen kann, der wartet nicht passiv darauf,

dass der Staat alles bis ins Kleinste organisiert. Wer sich selbst in der Gemeinschaft engagiert, der weiß: Demokratie ist ein mitunter sehr anstrengender Prozess – und zugleich die beste und menschlichste Art, unser Zusammenleben zu organisieren.

## WOHNEN IST DIE BASIS

Was kann nun die praktische Fach- und Sachpolitik tun, um das Vertrauen in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken und dem Prinzip der Mitwirkung in der Breite der Gesellschaft Geltung zu verschaffen? In Nordrhein-Westfalen haben wir mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung ein Ressort, das gleich mehrere Politikfelder bearbeitet, die hier relevant sind.

Wenn wir vom Individuum und seinen Grundbedürfnissen ausgehen, steht an erster Stelle das Thema Wohnen. Die Wohnungsfrage wird immer wieder als die soziale Frage unserer Zeit bezeichnet. Das ist durchaus zutreffend, denn vor allem für Haushalte mit geringerem Einkommen ist es derzeit schwierig, sich mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. In ganz Nordrhein-Westfalen wurden in den letzten Jahren zu wenig neue Wohnungen gebaut. Das gilt vor allem für die Städte, die den Zuzug von Einwohnern erleben. In den meisten Ballungsräumen Nordrhein-Westfalens, an den Universitätsstandorten und auch im Umland dieser Städte sind daher die Miet- und Kaufpreise für Wohnraum erheblich gestiegen.

Wer für dieses drängende Problem kurzfristig Abhilfe erwartet, dem fehlt es an Realitätssinn. Denn wenn auch sich alle eine zügige Verbesserung des Angebots wünschen, so muss man doch eingestehen: Für die Wohnungsfrage gibt es nicht die eine schnelle Lösung. Gerade weil das ein komplexes Thema ist, brauchen wir etwas Geduld und wir müssen an mehreren Schrauben gleichzeitig drehen.

„WENN WIR VOM INDIVIDUUM UND SEINEN GRUND-  
BEDÜRFNISSEN AUSGEHEN, STEHT AN ERSTER STELLE DAS  
THEMA WOHNEN. DIE WOHNUNGSFRAGE WIRD IMMER WIEDER  
ALS DIE SOZIALE FRAGE UNSERER ZEIT BEZEICHNET.“

## VORAUSSETZUNGEN FÜR MEHR NEUBAU

Damit hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zu Beginn dieser Legislaturperiode im Sommer 2017 unverzüglich begonnen und die Bauordnung der Vorgängerregierung noch vor dem Inkrafttreten gestoppt. Denn dieses Gesetz war dazu angelegt, über Vorschriften zu steuern – mit den ebenso absehbaren wie unerwünschten Folgen: Es wäre noch teurer, langsamer und schließlich weniger gebaut worden. Deshalb haben wir unnötige Regelungen gestrichen und am 1. Januar 2019 eine der bundesweit modernsten Bauordnungen in Kraft gesetzt. Sie ist die gesetzliche Grundlage dafür, dass mehr und zügiger gebaut werden kann.

Ebenso wichtig wie das rechtliche Fundament ist die Frage, wo überhaupt gebaut werden soll. Gerade in den Städten mit den angespannten Wohnungsmärkten sind auch die geeigneten Flächen knapp, und das blockiert den Neubau. Das Angebot an tatsächlich verfügbaren Grundstücken zu vergrößern lautet also das wohnungs-politische Gebot der Stunde.

Deshalb haben wir die Instrumente zur Aktivierung von Bauland deutlich erweitert und vor kurzem die Landesinitiative „Bau.Land.Leben“ gestartet. Damit bieten wir Kommunen und Grundstückseigentümern maßgeschneiderte Unterstützung an, um mehr Bauland zu erschließen und schneller bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu gehört, dass wir mit den Städten und Gemeinden Standorte für Wohnungsbau identi-

„MIT GÜNSTIGEN DARLEHEN  
UND HOHEN TILGUNGS-  
NACHLÄSSEN SORGEN  
WIR DAFÜR, DASS SICH  
DER BAU VON BEZAHLBAREN  
MIETWOHNUNGEN  
LOHNT – UND ZWAR AUCH  
IN DEN GROSS- UND  
UNIVERSITÄTSSTÄDTEN.“

fizieren und diese Baugebiete planerisch entwickeln. Die finanziellen Mittel dafür haben wir bereits spürbar aufgestockt und ab 2020 wollen wir sie verdoppeln, so dass demnächst jedes Jahr 200 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Auf den vom Land mit Geld und Know-how unterstützten Baugrundstücken sollen dann ansprechende Quartiere mit einem Anteil von mindestens 30 Prozent an öffentlich geförderten Wohnungen zu realisiert werden. Denn es geht ja gerade auch darum, bezahlbaren Wohnraum für die Bevölkerungsgruppen zu schaffen, die in den angespannten Märkten den üblichen Mietzins nicht aufbringen können.

Zugleich richten wir den Blick auf das Umland der Ballungsräume. Besonders in der Nähe von Haltepunkten der Straßen und Regionalbahnen lohnt es sich, gezielt nach potenziellen Baugrundstücken zu suchen. Das tun wir gemeinsam mit den Kommunen und mit der Deutschen Bahn. Wenn geeignete Flächen ausfindig gemacht worden sind, dann unterstützt das Land die städtebauliche Rahmenplanung mit einem Fördersatz von 50 Prozent.

## INVESTITIONEN IN WOHNUNGEN UND UMFELD

Für den Wohnungsbau selbst stehen in Nordrhein-Westfalen mit 1,1 Milliarden Euro pro Jahr so viele öffentliche Fördermittel zur Verfügung wie nie zuvor. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2022 sind das insgesamt 5,5 Milliarden Euro. Diese längerfristige Festlegung schafft Planungssicherheit für Investoren und Kommunen gleichermaßen, insbesondere auch für mehrjährige, größere Vorhaben.

Mit günstigen Darlehen und hohen Tilgungsnachlässen sorgen wir dafür, dass sich der Bau von bezahlbaren Mietwohnungen lohnt – und zwar auch in den Groß- und Universitätsstädten. Um den Wohnungsbau in diesen Städten zu forcieren, bieten wir hier erhöhte Förderbudgets an – wenn die Kommune zusichert, für eine gemeinsam vereinbarte Zahl an öffentlich geförderten Wohnungen zu sorgen. Hier wird Wohnraumförderung mit Baulandentwicklung kombiniert und die Investoren verpflichten sich, einen festen Anteil des Neubaus, zumeist ein Drittel, als preisgebundenen Wohnraum zu errichten. Somit gelingt es, gemischte Quartiere auch im Neubau zu entwickeln.

Dabei wird weitaus mehr gefördert als nur das Dach über dem Kopf. Bauliche Qualität und ein attraktives Wohnumfeld gehören selbstverständlich dazu, wenn heute mit öffentlich bezuschussten Darlehen ein neues Quartier angelegt wird. Nachbarschaftstreffs und gemeinsame Grünflächen sind ebenso Fördervoraussetzungen wie Barrierefreiheit und Energie-Effizienz.

So leistet die Wohnraumförderung einen beachtlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit der sozialen Mischung der Mieterschaft und mit baulichen Anlagen, die Begegnungen ermöglichen, werden diese Quartiere zu Ausgangspunkten für ein gelingendes gesellschaftliches Miteinander. In einer Wohnanlage, in der die Nachbarn in einer gepflegten grünen Umgebung verweilen können, gibt es Raum für echten menschlichen Austausch – also für „analoge“ Kontakte jenseits der Filterblasen und Echoräume der sozialen Netzwerke.

### **STADTERNEUERUNG HEISST AUCH: MITWIRKUNG IM QUARTIER**

Nach der Wohnung und der direkten Nachbarschaft ist der Stadtteil der nächste Radius, in dem sich Lebensqualität manifestiert. Wie eng die Wechselwirkung zwischen städtebaulicher Entwicklung, Einkommensverhältnissen und gesellschaftlichem Zusammenhalt ist, zeigt sich zum Beispiel in den traditionellen Arbeiterstadtteilen des Ruhrgebiets. Hier hat der wirtschaftliche Strukturwandel seit den 1980er Jahren einen sozialen Wandel nach sich gezogen. Der Anteil der Haushalte, die von Transferleistungen abhängig sind, stieg im jeweiligen Kommunalvergleich überdurchschnittlich an. Mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union und mit dem Zuzug von Menschen aus internationalen Kriegs- und Krisengebieten wuchsen die Herausforderungen noch einmal deutlich mehr.

Deshalb ist der Grundsatz der Städtebauförderung im Bund-Länder-finanzierten Programm „Soziale Stadt“ heute so aktuell wie beim Ursprung vor 20 Jahren: Die bauliche Erneuerung des öffentlichen Raums und die Gestaltung von attraktiven Freiflächen wird eng begleitet von einer „sozialen Ertüchtigung“ des Stadtteils. Das heißt: Es werden frei zugängliche Begegnungsräume für Bildung und Kultur geschaffen und die Kommunalverwaltung arbeitet mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, mit Vereinen, Wohlfahrtsverbänden und Religionsgemeinschaften zusammen, um das Miteinander im Stadtteil zu gestalten. Damit das funktioniert, müssen

„GERADE IN STADTTEILEN  
MIT EINER EINFACHEN  
BAUSUBSTANZ GIBT ES  
EINZELNE HAUSEIGENTÜMER,  
DIE WOHNRAUM IN  
EIGENTLICH UNZUMUT-  
BAREM ZUSTAND  
VERMIETEN.“

die Möglichkeiten der Mitwirkung passend zugeschnitten sein. Deshalb werden im Programm „Soziale Stadt“ auch Formate der Beteiligung gefördert, und mit einem Verfügungsfonds von 5 Euro pro Einwohner werden bürgerschaftlich entwickelte Projekte zur Aufwertung des Quartiers unterstützt. Die sichtbaren Ergebnisse der Stadterneuerung sind in diesen langfristigen Prozessen ebenso wichtig wie die Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger, dass sie gemeinsam Perspektiven für ihren Stadtteil entwickeln und tatsächlich Einfluss auf ihr gebautes und soziales Umfeld nehmen können.

### **PROBLEME KONSTRUKTIV LÖSEN**

Gerade in Stadtteilen mit einer einfachen Bausubstanz gibt es einzelne Hauseigentümer, die Wohnraum in eigentlich unzumutbarem Zustand vermieten. In diesen meist überbelegten Immobilien werden die Armut bzw. der prekäre Aufenthaltsstatus der zugewanderten Bewohnerinnen und Bewohner ausgenutzt, um hohe Renditen zu erzielen. Solche Problemimmobilien beeinträchtigen die Lebensqualität und das Image des gesamten städtischen Umfelds.

Es ist verständlich, dass die Anwohnerinnen und Anwohner frustriert sind und von Stadt und Staat Lösungen erwarten. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die Kommunen, dafür Strategien zu entwickeln und umzusetzen. So bietet die neue Landesbauordnung die Möglichkeit, ordnungsrechtlich gegen die Besitzer verwaarloster Immobilien vorzugehen. Weitere Optionen eröffnet das Wohnungsaufsichtsgesetz: Es

# „DIE STÄDTE UND GEMEINDEN BILDEN DIE LEBENSWELT DER MENSCHEN. WIE POLITIK UND IHRE FOLGEN WAHRGENOMMEN WERDEN, ENTSCHIEDET SICH ZUM GROSSEN TEIL AUF DIESER LOKALEN EBENE.“

gibt Mindeststandards der Wohnungsausstattung vor und ermöglicht es den Kommunen, Anordnungen zur Beseitigung von Missständen auszusprechen. Wenn unzumutbare Wohnverhältnisse vorliegen, kann die Kommune ein Gebäude für unbewohnbar erklären.

Neben diesen rechtlichen Vorgaben wird das Thema in einem Modellprojekt ganz konkret angegangen. Die elf teilnehmenden Städte erhalten für den Erwerb von Problemimmobilien und für die Beseitigung von Missständen Finanzmittel zu besonderen Konditionen. Im Austausch der Modellkommunen entstand bereits ein Mehrwert für alle betroffenen Städte: Es wurde eine Systematik erarbeitet, die auch für andere wegweisend sein kann. Dazu gehören zum Beispiel Erkenntnisse, wie Problemimmobilien typischerweise entstehen, und Empfehlungen zur ämterübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung. Zur Nachahmung zu empfehlen ist vor allem die gewandelte Sicht der beteiligten Kommunen: Sie sehen das Problem nunmehr als lösbare Aufgabe an, die im Sinne der Be- und der Anwohnerinnen bewältigt werden kann und muss.

Die skrupellose Immobilienbewirtschaftung ist eine von mehreren Herausforderungen, die vor allem mit der Zuwanderung aus den südöstlichen EU-Mitgliedstaaten im Zusammenhang stehen. Hier wirkt sich eine europäische Regelung dramatisch auf diejenigen Kommunen und Stadtteile aus, die ohnehin schon mit den Folgen des Strukturwandels ringen. Die Landesregierung koordiniert und unterstützt nicht nur bei den Fol-

gen für Städtebau und Wohnen, sondern auch in weiteren Bereichen wie Arbeitsmarkt, Kinderbetreuung und Schule. Vor allem adressieren wir das Thema auch bei der Bundesregierung und bei der Europäischen Union. Denn ein europäisch ausgelöstes Problem kann nicht allein auf kommunaler oder Landesebene gelöst werden.

## GELEBTE DEMOKRATIE SCHAFFT HEIMAT

Die Städte und Gemeinden bilden die Lebenswelt der Menschen. Wie Politik und ihre Folgen wahrgenommen werden, entscheidet sich zum großen Teil auf dieser lokalen Ebene. Hierhin müssen wir also unser Augenmerk zuerst richten, wenn wir der wachsenden Demokratieverdrossenheit etwas entgegenzusetzen wollen.

Damit die Kommunen handlungsfähig sind, damit sie die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten und darüber hinaus Gestaltungsspielraum haben, brauchen sie einen vernünftigen finanziellen Rahmen. Deshalb hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2017 die Zuschüsse an die Kommunen Jahr für Jahr erhöht. Doch die Städte, Gemeinden und Kreise sind auch selbst in der Verantwortung, Schulden zu tilgen und bei ihren Ausgaben Prioritäten zu setzen. Angesichts vieler Pflichtaufgaben ist das kein leichtes Unterfangen, und das Land arbeitet mit den Kommunen und deren Spitzenverbänden konstruktiv an Lösungen. Das gilt auch für die zum Teil hoch verschuldeten Städte im Ruhrgebiet, die ihre laufenden Kosten praktisch aus Dispositionskrediten finanzieren.

Die komplexen Angelegenheiten der kommunalen Haushalte sind nur ein Ausschnitt aus dem breiten Aufgabenspektrum der Selbstverwaltung der Städte, Gemeinden und Kreise. Dieses demokratische Grundprinzip, nach dem die Kommunen für ihre Angelegenheiten im Grundsatz eigenverantwortlich zuständig sind, wird zu einer immer größeren Herausforderung. Denn die ehrenamtliche Arbeit in den Räten kostet sehr viel Zeit und Kraft, und zugleich werden die Fragestellungen immer fachlicher und immer differenzierter. Die Ratsmitglieder tragen also eine immense Verantwortung für ihr Gemeinwesen, und sie tun das in ihrer Freizeit – oft zu Lasten des Familienlebens. Somit erscheint das kommunale Ehrenamt auf den ersten Blick nicht unbedingt erstrebenswert – dabei ist es ein Grundpfeiler der Demokratie.

In Nordrhein-Westfalen arbeiten Landtag und Landesregierung schon seit über zehn Jahren daran, das kommunale Ehrenamt attraktiver zu gestalten. Mit Regelungen zu Bildungsurlaub und Freistellungen beim Arbeitgeber, zu Kompensation von Verdienstausschlag und zur finanziellen Aufwandsentschädigung sind bereits spürbare Verbesserungen erreicht worden. Hier müssen und werden wir immer wieder neu schauen, wie wir die Hürden senken und die Bereitschaft zur Übernahme dieser Verantwortung unterstützen können.

Der beste Anreiz ist die Erfahrung, in der eigenen Stadt oder Gemeinde etwas bewirken zu können. Und je früher Menschen diese Erfahrung machen, umso nachhaltiger wirkt das. Deshalb sind die Kinder- und Jugendparlamente, die es in etwa jeder zehnten Stadt in Nordrhein-Westfalen und auch im Ruhrgebiet gibt, der beste Erprobungsraum für die Demokratie.

Wer die Gesellschaft aktiv mitgestaltet, fühlt sich nicht abgehängt. Dieser Grundsatz gilt für die Ebene der gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den Parlamenten ebenso wie für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Wichtig ist dabei auch die Rückkopplung zwischen dem Ehrenamt und dem Staat: Die Menschen, die sich in ihrer Stadt, in ihrem Quartier oder in ihrem Dorf einbringen, möchten mit ihrem Beitrag zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung von den gewählten und von den hauptamtlichen Politikerinnen und Politikern gesehen, gewürdigt und unterstützt werden.

Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen das Heimat-Förderprogramm aufgelegt. „Wir fördern, was Menschen verbindet“ lautet unser Grundsatz, und der erfährt im ganzen Land lebhaften Zuspruch. Die Vereine und Initiativen, die die Geschichte und die Traditionen ihrer Heimatorte dokumentieren und weiterentwickeln, die historischen Plätze erhalten oder das Ortsbild pflegen - tragen maßgeblich zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Dabei sind die Ergebnisse ihrer Arbeit ebenso wichtig wie der Entstehungsprozess.

Dazu eingeladen sind alle, die sich einbringen und das Gemeinwesen weiterentwickeln wollen – unabhängig von der Herkunft. Unser Heimatbegriff grenzt nicht aus, sondern er schließt alle ein, die sich einbringen und mitwirken möchten. Dann können im gemeinsamen Tun der Zusammenhalt und das Gefühl der Zugehörigkeit wachsen. Und das vermittelt die Orientierung und den ideellen Halt, den viele Menschen suchen – in den Dörfern und kleinen Städten ebenso wie in den Metropolen und Ballungsräumen.

Gerade in Perioden des Umbruchs, wenn sich die Daseinsbedingungen von Grund auf ändern, so wie es mit dem Ende des Steinkohlebergbaus im Ruhgebiet gerade der Fall ist, dann brauchen wir Raum und Zeit für die gemeinsame Standort-Bestimmung. Mit dem Projekt #heimatruhr, das im Herbst 2019 gestartet ist, fördern wir deshalb die kreative Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Zukunft des Reviers.

## FAZIT

Auf komplexe Veränderungen und Herausforderungen gibt es keine einfachen Antworten. Damit wir als Gesellschaft die Kraft haben, die Chancen von Globalisierung und Digitalisierung zu begreifen und zu nutzen, brauchen wir einen verlässlichen Rahmen für unsere Existenz. Der besteht zunächst einmal in angemessenem und erschwinglichem Wohnraum für den einzelnen Menschen und setzt sich fort in einem positiven städtebaulichen Umfeld. Auf der zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Ebene bilden das Wohnquartier, der Stadtteil und die Heimatgemeinde die Aktionsräume für das demokratische Miteinander. Politik muss deshalb Gelegenheiten für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Die aktive gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zu fördern ist eine Grundbedingung für den Fortbestand und für die Weiterentwicklung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. ■

„DER BESTE ANREIZ IST DIE ERFAHRUNG,  
IN DER EIGENEN STADT ODER GEMEINDE ETWAS BEWIRKEN  
ZU KÖNNEN. UND JE FRÜHER MENSCHEN DIESE ERFAHRUNG  
MACHEN, UMSO NACHHALTIGER WIRKT DAS.“

# PARTIZIPATION DURCH NACHBARSCHAFTSNETZE?

## Potentiale und sozialräumliche Disparitäten



**Rolf G. Heinze**  
Lehrstuhlinhaber für Allgemeine  
Soziologie, Arbeit und Wirtschaft  
der Ruhr-Universität Bochum



**Anna-Lena Schönauer**  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie,  
Arbeit und Wirtschaft der Ruhr-Universität  
Bochum



**Fabian Beckmann**  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am  
Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie,  
Arbeit und Wirtschaft der Ruhr-Universität  
Bochum

## QUARTIERE UND SOZIALRAUM-ORIENTIERTE POLITIKANSÄTZE

Sowohl in den Diskursen um eine Energiewende als auch die alternde Gesellschaft oder soziale Probleme rückt in den letzten Jahren die sozialräumliche Dimension verstärkt in den Mittelpunkt, wobei derzeit vor allem eine Fokussierung auf Wohnquartiere zu beobachten ist<sup>1</sup>. Auf wissenschaftlicher Ebene gibt es trotz vieler Quartiersdefinitionen keine fest in Theorie und Praxis verankerte sozialräumliche Abgrenzung. Konsens besteht aber darüber, dass mit dem Quartiersbegriff versucht wird, administrative Bezeichnungen wie Bezirk sowie Orts- oder Stadtteil zu umgehen und sich auf „gewachsene“, kulturell geprägte sozialräumliche Strukturen zu konzentrieren. Gerade weil der Begriff zumeist im politischen Kontext verwandt wird, ist zu Pragmatismus zu raten. Als Ausgangspunkt kann gelten: ein Quartier ist überschaubar (ein Dorf in der Stadt), basiert auf räumlichen und kulturell-sozialen Gegebenheiten (u. a. lokale Identität, hohe Interaktionsdichte, Aktivitäten bspw. in Vereinen) und zeichnet

sich durch eine eigenständige städtebauliche, infrastrukturelle und soziale Vielfalt aus. Im Siebten Altenbericht der Bundesregierung<sup>2</sup> wird das Quartier als spezifischer Sozialraum definiert, der

- sozial produziert beziehungsweise (um)gestaltbar ist,
- vielfältige (soziale) Funktionen erfüllt,
- überschaubar und primär lebensweltlich geprägt ist,
- die Wahrnehmungen und Handlungen der Bewohner beeinflusst und
- Identifikationspotenziale bietet.

Ein Grund für die wachsende Bedeutung quartiersnaher Lösungen für verschiedene soziale Problemlagen und Herausforderungen ist nicht zuletzt der veränderte Versorgungsbedarf aufgrund des demografischen Wandels. Mit der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft entstehen neue Herausforderungen an die Sicherstellung und Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Versorgung älterer Menschen. Neben der Unterstützung und Pflege innerhalb von Familien wird seit einiger Zeit vor allem die gegenseitige Hilfe und Unterstützung im Sozialraum der Nachbarschaften als ein Baustein eines neu und ganzheitlich gestalteten Pflegewesens gesehen. Manche Experten sehen in der organisierten Nachbarschaftshilfe (dem „Dritten Sozialraum“ neben Familie und staatlichen Sozialstaatsangeboten) sogar die zentrale Einheit der zukünftigen Sozialstaatlichkeit. Mit Blick auf die Lage älterer Menschen werden Konzepte benötigt, wie – auch

bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit – die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen sowie ein möglichst großes Maß an Selbständigkeit gewährleistet werden können. Hinsichtlich der Versorgung älterer Menschen spricht der Siebte Altenbericht der Bundesregierung folgerichtig das Leitbild der „sorgenden Gemeinschaft“ an. Diese sind vom Ziel her das gelingende Zusammenspiel von primären sozialen Netzwerken (Familien, Verwandt- und Nachbarschaft), bürgerschaftlichem Engagement, kommunalen und staatlichen Instanzen, Sozialorganisationen und professionellen Dienstleistern bei der Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Aufgaben.

Neben dem demografischen Wandel wird auch in aktuellen gesellschaftspolitischen Diskursen vermehrt das inklusive Potential des direkten nahräumlichen Wohnumfeldes betont, etwa mit Blick auf die Integration Geflüchteter „vor Ort“, analoger ebenso wie digitaler nachbarschaftlicher Netzwerke oder Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Allen Debatten gemein ist die Feststellung, dass angesichts eines erhöhten Risikos sozialer Spaltungen und gesellschaftlicher Frakturen<sup>3</sup> vor allem das sozialräumliche Nahumfeld Inklusion und Teilhabe ermöglicht, im schlechten Fall aber auch desintegrativ wirken kann. Dies umfasst „harte“ Faktoren wie die lokalen infrastrukturellen Rahmenbedingungen (ÖPNV, medizinische Einrichtungen etc.) ebenso wie „weiche“ Faktoren, etwa eine ausgeprägte Nachbarschaftshilfe oder die Ermöglichung eines Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühls.

Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund politisch-selektiver Entsolidarisierungen und des Bedeutungsgewinns rechtspopulistischer Bewegungen nicht nur in Deutschland wird betont, wie wichtig die Inklusion derjenigen ist, die sich von „der“ Politik hinsichtlich ihrer sozialen

Lebenswelten vernachlässigt, zurückgelassen und nicht hinreichend wahrgenommen fühlen<sup>4</sup>. Zweifelsfrei folgt hieraus nicht, dass nahraumorientierte Politik ein Allheilmittel gegen gesellschaftliche Zerfaserungen ist. Gleichwohl aber ist und bleibt das nahräumliche Umfeld – trotz, möglicherweise auch gerade aufgrund des Siegeszugs digitaler Technologien in nahezu allen Lebensbereichen – primäre Quelle für Teilhabe und zivilgesellschaftliche Partizipation<sup>5</sup>. Klatt und Walter sehen im nahräumlichen Wohnumfeld nicht zuletzt auch für die von ihnen als „Entbehrliche der Bürgergesellschaft“ bezeichneten Menschen einen wichtigen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation. „Der Nahbereich ist für die ‚Unterschicht‘ ungemein bedeutend. Anknüpfungspunkte für Engagement und Aktivität finden sich fast ausschließlich hier“.<sup>6</sup> In diesem Nahbereich konnten sie durchaus Engagementaktivitäten identifizieren, welche jedoch häufig eher informell und verdeckt und somit abseits institutionalisierter Partizipationsformen – etwa im Rahmen von Vereinsmitgliedschaften – geschehen. Insgesamt liegt der Schluss nahe, dass sich eine aktive Bürgergesellschaft nicht zuletzt in vitalen Quartieren manifestiert, die soziale Zugehörigkeit vermitteln, reziproke Hilfe bereitstellen und denen hierdurch eine ergänzende Funktion im Feld der Daseinsvorsorge zukommt.

Hieran ändert auch die anhaltende Individualisierung und gesteigerte Mobilität – gerade in jüngerer, gut gebildeten Alterskohorten – wenig. Zwar wurden hierdurch Leistungen und Erwartungen, welche die Nachbarschaft früherer Zeiten konstituierten, deutlich gelockert und umdefiniert. Dies bedeutet jedoch nicht das Ende der Nachbarschaft, vielmehr werden nachbarschaftliche Beziehungen und hiermit subsidiäre Arrangements zunehmend stärker individuell gestaltet. Es sind weitgehend selbst gewählte Beziehungen zu bestimmten Personen,

„EIN GRUND FÜR DIE WACHSENDE BEDEUTUNG  
QUARTIERSNAHER LÖSUNGEN FÜR VERSCHIEDENE  
SOZIALE PROBLEMLAGEN UND HERAUSFORDERUNGEN  
IST NICHT ZULETZT DER VERÄNDERTE VERSORGUNGSBEDARF  
AUFGRUND DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS.“

die in räumlicher Nähe zur eigenen Wohnung leben und bei denen die Privatsphäre des anderen respektiert und bei Bedarf Unterstützung gewährt wird. Mit diesen Veränderungsprozessen ist gleichzeitig jedoch auch ein prinzipielles Risiko zunehmender sozialräumlich vermittelter Disparitäten verbunden, die sich in einer Polarisierung von florierenden Quartieren mit guter sozialer Dienstleistungs- und Versorgungsstruktur sowie vitaler (Nachbarschafts-) Hilfe einerseits und abgehängten Quartieren mit infrastruktureller Ausdünnung sowie nur geringer Partizipation an Gemeinschaftsaktivitäten andererseits manifestieren können.

Eine Region, die exemplarisch für das skizzierte Risiko steht, ist das Ruhrgebiet. Hier zeigen sich vielfache sozialräumliche Disparitäten, die sowohl die Arbeitsmarkt- und individuelle Soziallage und SGB II-Quote als auch Kinderarmut, pro-Kopf-Verschuldung und Bildung betreffen und eine Polarisierung von Lebenschancen offenlegen<sup>7</sup>. Denn während in einzelnen Quartieren des Ruhrgebiets Dauerarbeitslosigkeit, Armut und soziale Exklusion über Generationen hinweg vererbt werden, finden sich ebenso Gewinner des Strukturwandels, die in unmittelbarer und mittelbarer Nähe zu Forschung und wissensintensiver Industrie arbeiten und kaum in das zum Teil skizzierte Bild des abgehängten Ruhrgebiets passen. Dies wirkt sich auch auf die Wohnsituation und die Entwicklung von Quartieren aus. Hinzu kommt, dass vor allem marginalisierte Gruppen von ihrem Wohnumfeld negativ beeinflusst und benachtei-

„ES SIND WEITGEHEND SELBST GEWÄHLTE BEZIEHUNGEN ZU BESTIMMTEN PERSONEN, DIE IN RÄUMLICHER NÄHE ZUR EIGENEN WOHNUNG LEBEN UND BEI DENEN DIE PRIVATSPHÄRE DES ANDEREN RESPEKTIERT UND BEI BEDARF UNTERSTÜTZUNG GEWÄHRT WIRD.“

ligt werden.<sup>8</sup> Gerade in Regionen wie dem Ruhrgebiet müssen folglich nahraumorientierte Politiken ansetzen, denn ihr Erfolg wird sich in ebensolchen herausfordernden Umfeldern entscheiden.

Aus diesem Grund wird in diesem Beitrag beleuchtet, wie die Menschen im Ruhrgebiet ihr direktes nahräumliches Wohnumfeld beurteilen, wie sie die gegenseitigen Unterstützungs- und Hilfsformen einschätzen und in welchem Maße sich Hinweise für soziale Selektivitäten hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Partizipation finden lassen. Die empirischen Befunde wurden im Rahmen des von 2015-2018 von der Brost-Stiftung geförderten Projektes „Soziales Engagement im Ruhrgebiet – Zum Aufbau neuer Kooperationsstrukturen zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik“ generiert. Die Ausführungen basieren auf einer quantitativen Online-Befragung, in dessen Rahmen 1.090 Bewohner des Ruhrgebietes im Mai 2016 unter anderem zu den oben genannten Themen befragt wurden<sup>9</sup>.

## EINSCHÄTZUNGEN ZUM NAHRÄUMLICHEN WOHNUMFELD UND BEURTEILUNG DER NACHBARSCHAFTSHILFE

Hinsichtlich der konkreten Wohnsituation wurden die Befragungspersonen zunächst um eine Einschätzung gebeten, wie zufrieden sie mit dem eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung sind und wie sie insgesamt ihre Wohnlage beurteilen. Die empirischen Befunde zeigen hierbei eine weit verbreitete Zufriedenheit unter den Menschen im Ruhrgebiet. Insgesamt sind 70 Prozent eher oder sehr zufrieden mit ihrem Haus bzw. der Wohnung und immerhin noch 60 Prozent schätzen ihre Wohnlage als gut oder sehr gut ein. Auffallend sind die recht hohen Anteile an ambivalenten Einschätzungen: rund jede fünfte Befragungsperson ist lediglich teilweise mit dem eigenen Haus/ der eigenen Wohnung zufrieden und ein ganzes Drittel beurteilt die eigene Wohnlage als durchschnittlich. Im Umkehrschluss zeigt sich folgerichtig, dass eine dezidierte Unzufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation nur gering ausgeprägt ist. Lediglich 9 Prozent sind mit den eigenen vier Wänden unzufrieden und 7 Prozent schätzen ihre Wohnlage als schlecht ein. Diese Befunde sind zum Teil auch dadurch erklärbar, dass auch das nahräumliche Wohnumfeld von den Befragungspersonen hinsichtlich verschiedener Facetten überwiegend positiv eingeschätzt wird (vgl. Abbildung 1).

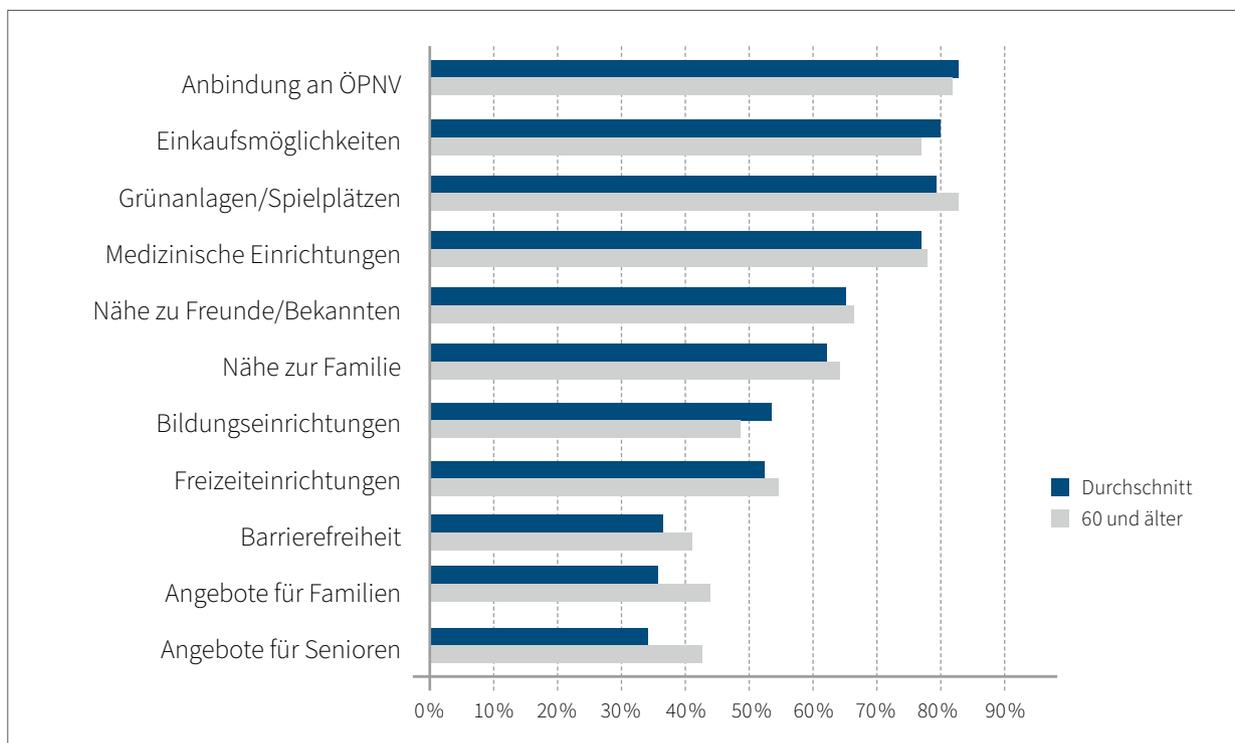


Abbildung 1: Einschätzung des Wohnumfeldes nach Alter, Anteile (sehr) guter Beurteilungen in Prozent  
Eigene Berechnung und Darstellung, n = 1.090

Äußerst positiv bewerten die Befragungspersonen allen voran die Anbindung an den ÖPNV. Trotz der anhaltenden Kritik an Planungsunzulänglichkeiten, Investitionsstaus und Schnittstellenproblematiken<sup>10</sup> deuten die Befunde darauf hin, dass subjektiv zumindest die Erreichbarkeit von Haltestellen und Bahnhöfen als gut beurteilt wird. Gleiches gilt für die Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten, Grünanlagen und Spielplätzen sowie zu medizinischen Einrichtungen. Der Strukturschwäche zum Trotz sehen viele Bewohner des Ruhrgebietes wesentliche Elemente der Daseinsvorsorge und Lebensqualität als in ihrem direkten Wohnumfeld gegeben an. Die Befunde geben daher keinen Anlass zur Hypothese, dass das Ruhrgebiet – zumindest im subjektiven Urteil der Befragungspersonen – von einem massiven Wegbrechen der Versorgungsinfrastruktur betroffen ist. Hierfür zuträglich ist sicherlich auch, dass es sich beim Ruhrgebiet um einen vorwiegend urbanen, dicht besiedelten Ballungsraum handelt, der Versorgungsengpässe unwahrscheinlicher macht als etwa in peripheren ländlichen Regionen.

Etwas verhaltener optimistisch, aber immer noch überwiegend positiv beurteilen die Befragungspersonen die Nähe zu Freunden und Bekannten, der Familie sowie zu

Bildungs- und Freizeiteinrichtungen. Gerade die Befunde zu sozialen Kontakten untermauern die in der Forschung häufig vorgefundene Argumentation, wonach Quartiere eben nicht bloß administrative und/oder städtebauliche Einheiten darstellen, sondern sozial aufgeladen sind und als Knotenpunkte für soziale Interaktion fungieren. Abschließend untermauern die Ergebnisse Handlungsbedarf mit Blick auf die Barrierefreiheit sowie Angebote für Senioren und Familien – zumindest, wenn man den subjektiven Urteilen der Befragungspersonen Glauben schenkt. Dieser Befund lässt insofern aufhorchen, als dass Barrierefreiheit eine zentrale städtebauliche Voraussetzung für integrative Quartiere darstellt und Familien sowie Senioren zumindest in der politischen Rhetorik ganz wesentliche Zielgruppen nahraumorientierter Politikansätze sind. Auffallend ist, dass über fast alle untersuchten Facetten hinweg ältere Personen eine positivere Beurteilung aufweisen als der Durchschnitt der Befragungspersonen. Zwar kann mithilfe der Daten nicht abschließend geklärt werden, ob dies möglicherweise auch mit anderen Anspruchshaltungen zusammenhängt; es zeigt jedoch, dass ältere Menschen keinesfalls überproportional häufig Versorgungsengpässe im nahräumlichen Wohnumfeld erleben.

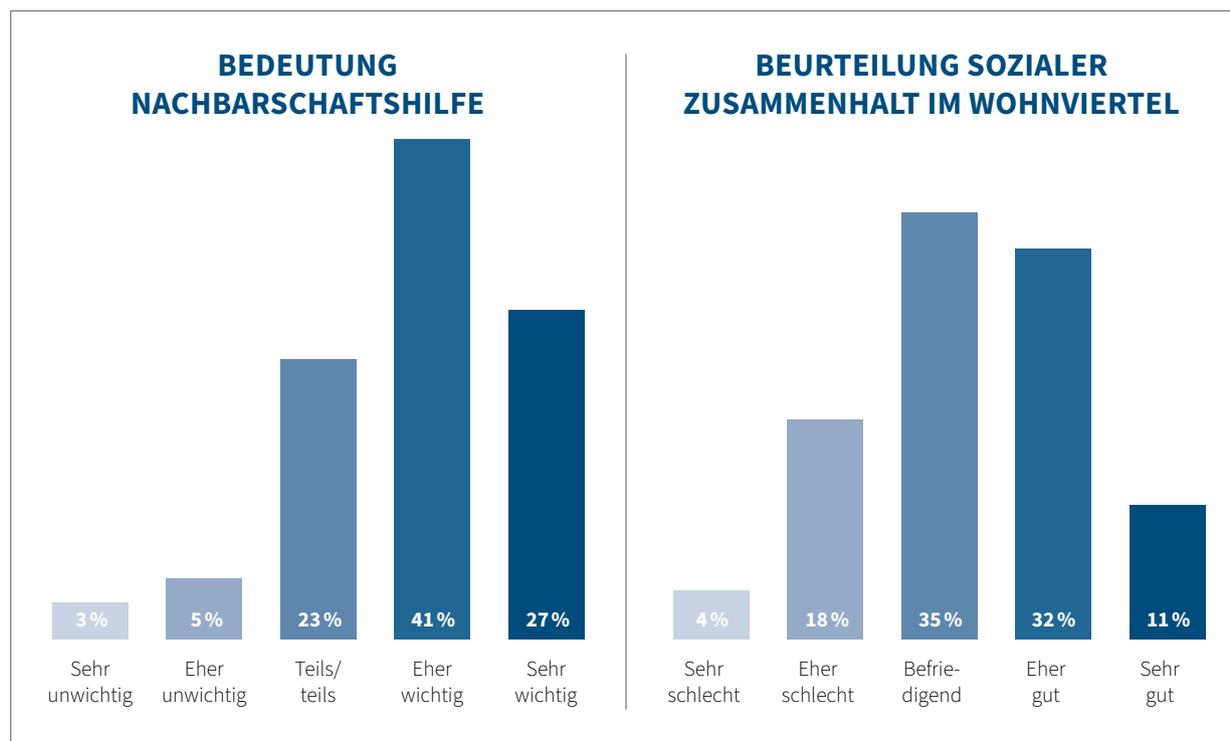
Neben diesen wohnraumorientierten und infrastrukturellen Aspekten wurden im Rahmen der Erhebung auch Einschätzungen zum sozialen Zusammenleben im Quartier erhoben. Die nachfolgende Abbildung 2 stellt die Ergebnisse hierzu dar.

Die Befunde zeigen, dass die gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft von einer Mehrheit der Befragungspersonen als eher (41 Prozent) oder sehr wichtig (27 Prozent) beurteilt wird. Etwas weniger als ein Viertel ist ambivalent eingestellt, wohingegen mit acht Prozent nur eine Minderheit der Befragungspersonen die gegenseitige Nachbarschaftshilfe als (eher) unwichtig einschätzt. Weitergehende Analysen zeigen zudem, dass eine Mehrheit der Befragungspersonen angibt, dass in ihrem Wohnumfeld tatsächlich Nachbarschaftshilfe vorzufinden ist. Hierbei handelt es sich überwiegend um Formen der gegenseitigen (75 Prozent) und selten der einseitigen passiven Hilfsleistungen. So geben neun Prozent an, sie selbst halfen anderen, wohingegen sich zwei Prozent als passive Empfänger von Nachbarschaftshilfe einstufen. 15 Prozent geben an,

man helfe sich in ihrer Nachbarschaft grundsätzlich nicht. Deutlich wird, dass eine Mehrheit der Menschen ein hilfsbereites Wohn- und Nachbarschaftsumfeld schätzt und im Lebensalltag der Menschen gegenseitige Nachbarschaftshilfe auch die Regel darstellt. Gleichwohl fällt die Beurteilung des sozialen Zusammenhalts im Wohnquartier deutlich verhaltener aus und wird von 22 Prozent als (eher) schlecht und von weiteren 35 Prozent als lediglich befriedigend beurteilt, wohingegen 43 Prozent zu einem positiven Urteil kommen. Deutlich wird, dass im Urteil der Befragungspersonen sozialer Zusammenhalt offensichtlich mehr beinhaltet als die gegenseitige – und mitunter auch lediglich sporadische – Hilfe.

Tiefergehende Befunde machen in diesem Zusammenhang aber auch deutlich, dass eine Institutionalisierung nachbarschaftlicher Hilfe – etwa durch Stadtteilbüros – gemischt beurteilt wird. Während 46 Prozent dies begrüßen würden, sprechen sich 54 Prozent gegen eine solche Form des „gesollten Wollens“ aus. Folglich scheinen nachbarschaftliche Hilfs- und

Abbildung 2: Bedeutung von Nachbarschaftshilfe und Beurteilung des sozialen Zusammenhalts im Wohnviertel



Eigene Berechnung und Darstellung; n = 1.090 (Nachbarschaftshilfe) und 1.015 (Zusammenhalt); „Kann ich nicht beurteilen“ als missing codiert

Sorgearrangements politisch nur begrenzt steuerbar, wohl aber sehr voraussetzungsvoll zu sein. Nachbarschaftshilfe – so könnte man resümieren – lässt sich daher nicht ausschließlich von oben verordnen, sondern ist gleichermaßen auf gewachsene persönliche Beziehungen und Vertrauen angewiesen. Die Befunde implizieren somit auch, dass sozialraumorientierte Politikansätze bedarfsorientiert und zielgruppenspezifisch ausgestaltet sein sollten. Beides – sowohl konkrete Bedarfe als auch bestimmte Zielgruppen – sind heterogen und divergieren zwischen unterschiedlichen Quartierstypen. Da Top-Down-Strategien häufig kritisch beäugt werden, kommt auch den individuellen Partizipationsmöglichkeiten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Dies wiederum kann, wie oben angemerkt, etwaige sozialräumliche Disparitäten – auch hinsichtlich der Nachbarschaftshilfe – verstärken, sofern das Partizipationsverhalten entlang unterschiedlicher sozialer Lebenslagen und individueller Ressourcenausstattungen divergiert. Dies wird im Folgenden näher thematisiert.

### **SOZIALELEKTIVE ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PARTIZIPATION**

Der angesprochene Zusammenhang zwischen der Ressourcenausstattung und dem Partizipationsverhalten von Individuen kann zunächst im Hinblick auf das Engagementverhalten der Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet untersucht werden. Die quantitativen Daten belegen, dass Personen mit einer höheren Ausstattung an Ressourcen – sprich einem höheren Bildungsabschluss oder einem höheren Einkommen häufiger sozial engagierter sind als Personen deren Ressourcenausstattung vergleichsweise schlechter ausfällt. So verfügen 56 Prozent der engagierten Personen über ein (Fach-)Abitur, wohingegen dieser Anteil unter den Nicht-Engagierten bei lediglich 40 Prozent liegt. Diese Diskrepanz zeigt sich ebenfalls mit Blick auf das gewichtete Haushaltseinkommen, welches in der Gruppe der Engagierten um 286 Euro höher liegt (1.794 Euro) als in der Gruppe der Nicht-Engagierten (1.508 Euro). Die objektiv schlechtere Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen spiegelt sich zudem in der subjektiven Wahrnehmung und Beurteilung der eigenen Lebens- und Soziallage wider. Demnach ordnet sich die Gruppe der Engagierten deutlich häufiger der Mittelschicht und oberen Mittelschicht zu (75 Prozent) als dies in der Gruppe der Nicht-Engagierten der Fall ist (60 Prozent).

„TIEFERGEHENDE BEFUNDE MACHEN IN DIESEM ZUSAMMENHANG ABER AUCH DEUTLICH, DASS EINE INSTITUTIONALISIERUNG NACHBARSCHAFTLICHER HILFE – ETWA DURCH STADTTEILBÜROS – GEMISCHT BEURTEILT WIRD.“

Die Unterschiede zwischen diesen Aktivitätsgruppen spiegeln sich nicht nur in den sozioökonomischen Lebenslagen wider, sondern offenbaren sich auch hinsichtlich ihrer Werthaltungen und politischen Orientierungen. Engagierte Personen weisen tendenziell häufiger eine eher postmaterialistische Wertorientierung auf (61 Prozent) als Nicht-Engagierte (52 Prozent) und auch mit Blick auf die politische Orientierung – gemessen anhand der Selbsteinschätzung auf einer Links-Rechts-Achse – zeigen sich insofern Unterschiede, als dass Engagierte häufiger (eher) linke politische Grundorientierungen (D neun Prozentpunkte) und seltener (eher) rechte aufweisen als Nicht-Engagierte (D sieben Prozentpunkte). Diese Grundorientierungen übersetzen sich auch in politische Handlungsabsichten, hier operationalisiert als Wahlabsicht (sog. Sonntagsfrage). In diesem Zusammenhang zeigen die empirischen Befunde, dass unter zivilgesellschaftlich nicht engagierten Personen 17 Prozent als Wahlabsicht die AfD angeben, wohingegen dieser Anteil unter den Engagierten mit 10 Prozent spürbar niedriger ausfällt. Wenngleich kausale Interpretationen mit Vorsicht zu genießen sind und andere Forschungsbefunde darauf hindeuten, dass auch soziokulturelle Faktoren eine AfD-Präferenz begünstigen können<sup>11</sup>, so legen die Befunde doch nahe, dass sich schwierige(re) sozioökonomische Lebenslagen, die auch subjektiv als solche wahrgenommen werden, auch in einer tendenziellen Präferenz für (rechts-)populistische Parteien niederschlagen können.

Eine tiefere Betrachtung des Zusammenhangs zwischen der Ressourcenausstattung, den Werte- und politischen Orientierungen sowie den Engagementaktivitäten ermöglicht eine multivariate Untersuchung mittels einer Clusteranalyse, mit deren Hilfe vier soziale Milieus identifiziert worden sind (vgl. Tabelle 1).<sup>12</sup>

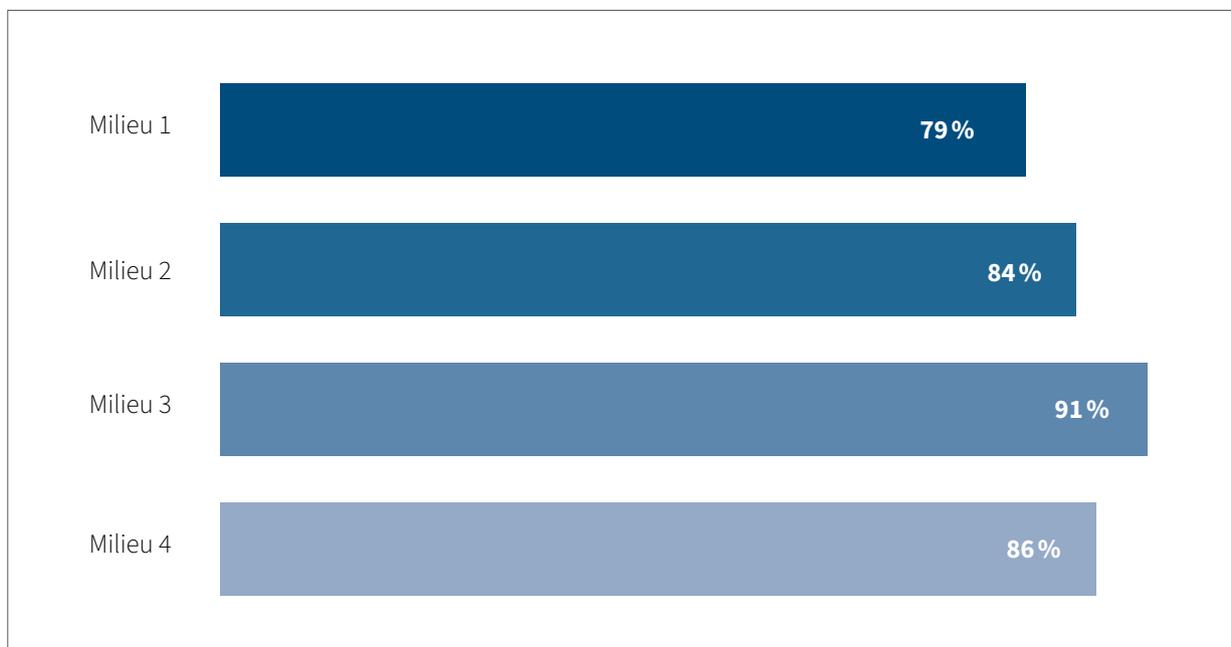
Die Milieus 1 und 2 zeichnen sich durch eine hohe Ausstattung mit Ressourcen aus, wobei Milieu 1 zudem eine in der Tendenz eher materialistische Werthaltung und eine eher rechte politische Orientierung aufweist. Dahingegen weisen Personen aus Milieu 2 eher postmaterialistische Werte und eine linke politische Orientierung auf. Milieu 3 entspricht in der Wert- und politischen Orientierung Milieu 2, verfügt aber insgesamt über eine bessere Ausstattung mit Ressourcen. Das letzte Milieu ist ebenfalls durch eine hohe Ressourcenausstattung gekennzeichnet, weist aber ähnlich wie Milieu 1 eine materialistische Werthaltung und eine tendenziell eher rechte politische Orientierung auf.

Die Betrachtung der Engagementaktivitäten in den verschiedenen Milieus zeigt deutlich, dass in Milieu 1 nicht nur die wenigsten Personen aktuell engagiert sind, sondern ebenso die Anteile an in der Vergangenheit Engagierten und jenen, die sich in Zukunft

engagieren möchten, am geringsten ausfallen. Damit scheint die Kombination aus einer niedrigen Ressourcenausstattung einerseits sowie einer eher materialistischen Werthaltung sowie einer rechten politischen Orientierung andererseits jene Merkmalskombination zu sein, welche mit einer sehr niedrigen Engagementbeteiligung einhergeht. Ändert sich nur eines dieser Merkmale, so steigt auch die Engagementaktivität deutlich an. Dies zeigen die Milieus 2 und 4. Beide Milieus weisen aktuelle Engagementquoten von etwa 45 Prozent auf. Milieu 2 weist zwar eine niedrige Ressourcenausstattung, dafür aber eine eher postmaterialistische Werthaltung sowie eine eher linke politische Orientierung auf. In Milieu 4 verhält es sich genau andersherum, ergo herrscht eine hohe Ausstattung mit Ressourcen und eine materialistische Werthaltung mit einer eher rechten politischen Orientierung vor. Besonders hoch fällt das Engagement dementsprechend aus, wenn die Merkmale in Richtung einer hohen Ressourcenausstattung, postmaterialistischer Werte und einer eher linken politischen Orientierung weisen. Dies ist in Milieu 3 der Fall, welches mit 65 Prozent die mit Abstand höchste Engagementquote aufweist. Auch die Anteile für vergangenes Engagement sowie für die Zukunft geplante Engagementaktivitäten fallen hier überproportional hoch aus.

Millieu	Ressourcenausstattung	Wert- & polit. Orientierung	Engagement	Vergangenes Engagement	Zukünftiges Engagement
1	niedrig	eher materialistisch, rechts	30%	36%	11%
2	niedrig	eher postmaterialistisch, links	44%	44%	18%
3	hoch	Postmaterialistisch, links	65%	61%	23%
4	hoch	materialistisch, rechts	48%	43%	14%

**Tabelle 1: Engagementaktivitäten nach geclusterten sozialen Milieus**  
Eigene Berechnung und Darstellung, n = 1.069 (aktuelles Engagement) und n = 599 (vergangenes und zukünftiges Engagement)



**Abbildung 3: Nachbarschaftshilfe nach Milieus**  
Eigene Berechnung und Darstellung, n= 985

Die Ergebnisse belegen somit eine ungleiche Partizipationsbeteiligung. In Anlehnung an die Ergebnisse von Klatt und Walter zu den Entbehrlichen der Bürgergesellschaft<sup>13</sup> kann die These formuliert werden, dass gerade in diesem Zusammenhang dem sozialen Nahraum, sprich dem Quartier, eine wichtige Bedeutung zukommt, da sich für die Unterschicht fast ausschließlich hier Anknüpfungspunkte für Engagement und Aktivität finden. Demnach müsste sich mit Blick auf die informelle Nachbarschaftshilfe eine deutlich stärkere Beteiligung und Aktivität der sozialschwächeren Milieus nachweisen lassen. Abbildung 3 veranschaulicht diese Aktivität in der Nachbarschaftshilfe für die verschiedenen sozialen Milieus.

Insgesamt zeigt sich über alle Milieus hinweg, dass die Aktivitäten im nahräumlichen Umfeld deutlich höher sind als „formale“ zivilgesellschaftliche Engagementaktivitäten. Somit scheint das nahräumliche Umfeld zunächst einmal den geeigneten Bezugsraum zur Integration sozial schwächerer Gruppen dazustellen, da der Nahraum für diese Gruppen Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Teilhabe bieten kann. Zugleich bestätigen die Ergebnisse aber auch den bereits oben herausgearbeiteten Befund, wonach ressourcenstarke Gruppen tendenziell zivilgesellschaftlich aktiver sind und ressourcenschwache Gruppen weniger an quar-

tiersbezogenen Hilfsaktivitäten partizipieren. Auch hier gilt dies insbesondere für Milieus mit einer post-materialistischen Wert- sowie einer eher linken politischen Orientierung. Die empirischen Befunde untermauern somit zwar die insgesamt weite Verbreitung von (informeller) Nachbarschaftshilfe über alle Milieus hinweg, wovon die generellen Diskrepanzen zwischen den Milieus jedoch unberührt bleiben, so dass sich durch das unterschiedliche Partizipationsverhalten der unterschiedlichen Milieus soziale Disparitäten durchaus verstärken können.

## CHANCEN UND GRENZEN DER SOZIALEN INTEGRATION IM QUARTIER

Quartiere sind durch ihren starken Nahraumbezug zentrale Quellen sozialer Teilhabe und Integration. Die empirischen Befunde untermauern eine insgesamt hohe Zufriedenheit der Bewohner des Ruhrgebiets mit ihrer Wohnumgebung, der infrastrukturellen Rahmenbedingungen sowie eine hohe Bedeutungszuschreibung von Nachbarschaftshilfe. Diese wird auch von einem großen Teil der Befragungspersonen aktiv gelebt, wobei deutlich wird, dass eine gewisse Skepsis gegenüber institutionalisiert-induzierter Hilfs- und Unterstützungsarrangements im nahräumlichen Wohnumfeld

## „NICHTSDESTOTROTZ IST ES TENDENZIELL DIE EBENE DES SOZIALRAUMS, IN WELCHEM RESSOURCENSCHWÄCHERE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN STÄRKER EINGEBUNDEN SIND ALS IN KLASSISCHEN FORMEN DES ENGAGEMENTS.“

vorzufinden ist. Ebenso machen die Ergebnisse deutlich, dass das Maß an Aktivität – sowohl bezogen auf „formales“ freiwilliges Engagement als auch auf informelle Nachbarschaftshilfe – zwischen verschiedenen Milieus divergiert. So sind es vor allem sozioökonomisch ressourcenstarke, postmaterialistisch und politisch eher links orientierte Personengruppen, die überproportional zivilgesellschaftlich aktiv sind, wohingegen vor allem ressourcenschwache soziale Gruppen mit materialistischen Wert- und rechten politischen Orientierungen nur verhältnismäßig schwach partizipieren. Soziale Ungleichheit manifestiert sich demnach auch im Bereich der politischen und zivilgesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation. Die Befunde untermauern nicht nur, dass ressourcenstarke Bevölkerungsgruppen besonders häufig ein zivilgesellschaftliches Engagement ausüben, sondern es zeigt sich auch, dass postmaterialistische Werthaltungen und linke politische Orientierungen unter zivilgesellschaftlich aktiven Personen deutlich stärker vertreten sind. Diese Gruppen verfügen somit über ein tendenziell besseres, zumindest aber umfangreicheres soziales und kulturelles Kapital, was sich auf der Ebene der Nachbarschaften nochmalig zu potenzieren scheint.

Nichtsdestotrotz ist es tendenziell die Ebene des Sozialraums, in welchem ressourcenschwächere Bevölkerungsgruppen stärker eingebunden sind als in klassischen Formen des Engagements. Die These von Klatt und Walter, gerade sozioökonomisch marginalisierte Gruppen vor Ort „abholen“ zu müssen, scheint sich auch mit Blick auf die vorliegenden Daten zu be-

stätigen. Trotz auch auf nahräumlicher Ebene bestehender Unterschiede zwischen ressourcenstarken und -schwachen Gruppen scheinen die Erfolgsaussichten für gesellschaftliche Integration und soziale Teilhabe letzterer Gruppe hier dennoch deutlich höher zu liegen als über „klassische“ Organisationen wie politische Parteien, Verbände und Vereine. Gleichwohl bleibt es offen und Aufgabe sowohl zukünftiger Forschung als auch politischer Akteure, auszuloten wie auch tendenziell marginalisierte soziale Gruppen stärker als bislang an zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen beteiligt werden können. Nur eine konsequente Einbindung und eine Überwindung segregierter Lebenswelten werden langfristig sowohl einem Auseinanderdriften der Gesellschaft als auch einer in der Tendenz exklusiven politischen Repräsentation der liberalen Modernisierungsgewinner entgegenwirken können. Dies gilt umso mehr in (gesellschafts-) politisch polarisierten Zeiten wie diesen.

Hinsichtlich der zukünftigen Quartierspolitik müssen erfolgversprechende Ansätze alle betroffenen Akteure im nahräumlichen Umfeld einbeziehen. Nötig sind hierbei integrierte Konzepte und neue Kooperationsformen, vor allem zwischen Wohnungsunternehmen, sozialen- und Gesundheitsdiensten, aber auch in der Kommune, in Selbsthilfeverbänden und bei bürgerschaftlich Engagierten. Gefordert ist ein intersektorales „Schnittstellenmanagement“.<sup>14</sup> Eine Herausforderung ist jedoch – insbesondere im Ruhrgebiet – dass sich einige Kommunen aufgrund der Überbelastungen außerstande sehen, derartigen Vernetzungsaufgaben aktiv nachzugehen, zumal ihnen die finanziellen Mittel dafür häufig fehlen. Dies kann Negativspiralen in Gang setzen, welche die bereits angesprochenen Polarisierungstendenzen verschärfen und städtische Verarmungsviertel nach sich ziehen können. Wirkungsvolle Quartiersförderung darf sich allerdings nicht in temporären Förderungen und Leuchtturmprojekten erschöpfen, sondern muss langfristig angelegte kooperative Lösungen und neue Finanzierungsmodelle erarbeiten. Die Nachfrage nach lokalen Versorgungs- und Hilfsstrukturen wird in nächster Zukunft durch die sozialstrukturellen Transformationsprozesse gerade auch im Ruhrgebiet stark anwachsen. Aus diesem Grund sind innovative Konzepte notwendig, die politisch-institutionelle „Silos“ aufbrechen und neue sorgende Gemeinschaften im Lokalen aufbauen. Nur so wird es möglich sein, Versorgungsengpässe sowie sozialräumliche Disparitäten hinsichtlich sozialer Teilhabe abzumildern. ■

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Vgl. exemplarisch die Beiträge in Schnur, Olaf (2014): *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- <sup>2</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2016): *Siebter Altenbericht. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften*, Berlin, S. 41.
- <sup>3</sup> Vgl. Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- <sup>4</sup> Vgl. Wuthnow, Robert (2018): *The Left Behind. Decline and Rage in Rural America*. Princeton: Princeton University Press.
- <sup>5</sup> Vgl. Heinze, Rolf G./Beckmann, Fabian/Schönauer, Anna-Lena (2019): *Digitalisierung des Engagements: Zwischen Hype und disruptivem Wandel*. In: Heinze, Rolf G./Kurtenbach, Sebastian/Üblacker, Jan (Hg.): *Digitalisierung und Nachbarschaft: Erosion des Zusammenlebens oder neue Vergemeinschaftung?* Baden-Baden: Nomos, S. 61-90.
- <sup>6</sup> Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*, Bielefeld: transcript, S. 194.
- <sup>7</sup> Vgl. Bogumil, Jörg/Heinze, Rolf G./Lehner, Franz/Strohmeier, Peter (2012): *Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet*. Essen: Klartext Verlag; Jeworutzki, Sebastian/Schräpler, Jörg (2019): *Strukturwandel gleich Bildungswandel? Auswirkungen des Strukturwandels auf die Bildungschancen der Kinder im Ruhrgebiet*. In: *STNDORT – Zeitschrift für angewandte Geographie* 43, S. 107-113.
- <sup>8</sup> Vgl. Kurtenbach, Sebastian (2017): *Leben in herausfordernden Wohngebieten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen/Klöckner, Jennifer (2008): *Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- <sup>9</sup> Für weitere Ergebnisse des Projektes vgl. u. a. Heinze, Rolf G./Beckmann, Fabian/Schönauer, Anna-Lena (2019): *Soziales Engagement im Ruhrgebiet. Bestandsaufnahme, Herausforderungen, Gestaltungsoptionen*. Ein Leitfaden. Brost Stiftung (Hg.), Essen sowie Beckmann, Fabian/Hoose, Fabian/Schönauer, Anna-Lena (2018): *„Wir hatten bis jetzt erstaunlich wenig mit Nazis zu tun“. Gesellschaftliche Stimmungen und ihre Wahrnehmung in der Flüchtlingshilfe*. In: Zajak, Sabrina/Gottschalk, Ines (Hg.): *Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld. Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete*, Baden-Baden: Nomos, S. 23-51.
- <sup>10</sup> Vgl. Beckmann, Fabian (2015): *Der öffentliche Personennahverkehr im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. Organisations- und Finanzierungsstrukturen, Kooperationsformen, Herausforderungen*. In: Bogumil, Jörg/Heinze, Rolf G. (Hg.): *Auf dem Weg zur Wissenschaftsregion Ruhr. Regionale Kooperationen als Strategie*, Essen, S. 151-204.
- <sup>11</sup> Lengfeld, Holger (2017): *Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69 (2), S. 209-232.; Schröder, Martin (2018): *AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich*. SOEPpapers Nr. 975, herausgegeben von Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- <sup>12</sup> Die Clusteranalyse ist ein multivariates Verfahren, mit dessen Hilfe man verschiedene Fälle (in diesem Fall Befragungspersonen) anhand vor vorgegebenen Kriterien gruppieren kann. Die Gruppierung folgt dabei dem Prinzip, möglichst ähnliche Fälle in einer Gruppe zusammenzufassen. In Vorbereitung ist eine Faktorenanalyse durchgeführt worden. In dieses Modell sind die Variablen „Beruflicher Abschluss“, „Gewichtetes Haushaltseinkommen“, „Subjektive Schichteinstufung“, „Wertorientierung“ und „politische Links-Rechts-Orientierung“ aufgenommen worden. Der erste Faktor umfasst die ersten drei genannten Variablen (Ressourcenausstattung) und der zweite Faktor die beiden letztgenannten Variablen (Wert- und politische Orientierung). Die Clusteranalyse wurde mittels hierarchischer Clusteranalyse nach der Ward-Methode durchgeführt. Die Messung der Abstände erfolgte über die quadrierte euklidische Distanz.
- <sup>13</sup> Vgl. Klatt/Walter a.a.O.
- <sup>14</sup> Vgl. zur Zusammenarbeit engagementfördernder Einrichtungen auch Wolf, André Christian/Zimmer, Annette (2012) *Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS sowie Grohs, Stephan/Schneiders, Katrin/Heinze, Rolf G. (2014): *Mission Wohlfahrtsmarkt*, Baden-Baden: Nomos.

# GEMEINSAM IM QUARTIER

*Miteinander im Alltag schafft Vertrauen  
und ein positives Integrationsklima*



**Bettina Bundszus**  
*Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend  
im Bundesministerium für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend*

Im letzten Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration 2018 wird auf der Basis repräsentativer Umfragen bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund festgestellt: Das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft wird überwiegend positiv wahrgenommen. Eingetrübt hat sich das Integrationsklima in den Jahren 2016 und 2017 (nur) dort, wo der Integrationsalltag nicht persönlich erlebt wird.<sup>1</sup> Die Feststellung, dass Integration sehr viel mit persönlicher Interaktion zu tun hat, ist auch eine Erfahrung, die wir in den Programmen und Projekten des BMFSFJ machen, die sich rund um das Thema „Integration“ drehen.

Das BMFSFJ fördert dabei sowohl Projekte und Maßnahmen, die auf die Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft zielen, als auch solche, mit denen jungen Menschen geholfen werden soll, die ihren Platz in der Mehrheitsgesellschaft noch nicht gefunden haben. Vor Ort ist ehrenamtliches Engagement dabei ein unverzichtbarer Erfolgsbestandteil.

Die Anteile freiwillig Engagierter in Deutschland sind bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedlich: Während sich 46,8 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund engagieren, beträgt die Engagementquote der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund (insgesamt) 31,5 Prozent. Dabei ist bei Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, der Anteil der Engagierten ähnlich hoch wie bei jenen ohne Migrationshintergrund. Bei den Menschen mit Migrationshin-

„DAS VOM BMFSFJ  
GEFÖRDERTE BUNDES-  
PROGRAMM ‚MENSCHEN  
STÄRKEN MENSCHEN‘  
IST EIN GELUNGENES  
BEISPIEL DER ENGAGEMENT-  
BEREITSCHAFT AUF  
LOKALER EBENE.“

tergrund, die zwar in Deutschland geboren sind, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, ist er deutlich geringer; am geringsten ist der Anteil der Engagierten bei Personen mit eigener Migrationserfahrung. Die Engagementbereitschaft bisher nicht-engagierter Personen ist bei Menschen mit Migrationshintergrund größer als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund.<sup>2</sup>

## MENSCHEN STÄRKEN MENSCHEN

Das vom BMFSFJ geförderte Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ ist ein gelungenes Beispiel der Engagementbereitschaft auf lokaler Ebene. Das Programm wurde 2016 ursprünglich als Patenschaftsprogramm für geflüchtete Menschen eingerichtet, um ihnen das Ankommen in Deutschland und die Integration in die Gesellschaft zu erleichtern. Es hat sich erfolgreich entwickelt und wird von über 500 Strukturen auf lokaler Ebene umgesetzt. Seit Programmbeginn konnten die 29 umsetzenden Programmträger und lokalen Einrichtungen rund 90.000 (Stand September 2019) Patenschaften stiften. Es lebt von dem Engagement und vom Mitmachen, genau wie unsere Demokratie vom Mitmachen und Mitbestimmen jedes Einzelnen lebt.

Ein Beispiel für das lokale Wirken des Patenschaftsprogramms ist der Bericht einer Bürgerstiftung in Köln. Die Projektkoordinatorin sieht einen ganz besonderen Erfolg der Chancenpatenschaften darin, dass sich ein „Schneeballprinzip des Engagements“ entwickelt: „Sehr viele Menschen, die durch die Patenschaft ein besseres Ankommen in der neuen Heimat erleben konnten, engagieren sich ebenfalls. Sie möchten etwas zurückgeben und sind in verschiedenen Initiativen aktiv, sie engagieren sich selbst als ‚Mentoren/Paten‘ für andere – das Engagement in den Chancenpatenschaften ist also ansteckend!“

Ein anderes Beispiel für die lokalen Wirkungen des Programms zeigte sich bei einem Vor-Ort-Besuch in Minden, wo eine ehemalige Teilnehmerin des Programms durch eine Patenschaft eine Arbeitsstelle im örtlichen Kirchenkreis erhalten hat und dort als Übersetzerin und Ansprechpartnerin für Engagement und Geflüchtete arbeitet.

Durch die erste programmbegleitende Wirkungsanalyse konnte festgestellt werden, dass das ehrenamtliche Engagement durch das Patenschaftsprogramm insgesamt gestärkt wird. 90 Prozent der befragten Freiwilligen können sich vorstellen, sich (weiterhin) regelmäßig ehrenamtlich zu engagieren und die Hälfte kann sich vorstellen, ihr ehrenamtliches Engagement noch weiter auszuweiten.

Aufbauend auf diesem Erfolg haben wir das Programm zu einem „Chancenprogramm“ weiterentwickelt. Mit Hilfe von bürgerschaftlichem Engagement sollen zusätzlich zu den Geflüchteten auch andere Menschen erreicht werden, denen eine Perspektive für die Zukunft fehlt und die durch bestehende Angebote schwer zu erreichen sind. Die Erweiterung des Programms zielt auch auf junge Menschen, die über noch keinen oder nur einen niedrigen Bildungsabschluss verfügen und schwierige persönliche Herausforderungen zu meistern haben.

## **NETZWERKPROGRAMM ENGAGIERTE STADT**

Einen neuartigen Weg geht das Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“: Es werden keine Projekte, sondern Kooperationen gefördert. In das Programm aufgenommen wurden in einem zweistufigen Auswahlverfahren 50 gemeinnützige, Engagement unterstützende

Organisationen aus Städten und Gemeinden, die bis Ende 2017 gefördert wurden. Das Programm basiert auf einer gemeinsamen Initiative des BMFSFJ, fünf Stiftungen (Bertelsmann Stiftung, BMW Stiftung Herbert Quandt, Herbert Quandt-Stiftung, Körber-Stiftung und Robert Bosch Stiftung) und einem Unternehmen (Generali Zukunftsfonds). Bürgerschaftliches Engagement in Kommunen und Gemeinden wird strategisch weiterentwickelt und nachhaltige Partnerschaften zur Engagementförderung zwischen öffentlicher Hand, Zivilgesellschaft und lokaler Wirtschaft werden initiiert und auf- bzw. ausgebaut.

In diesem Programm sind schon viele ausgezeichnete Aktivitäten entstanden: In Weißwasser gibt es die „Lausitzer Sterne“ – eine unentgeltliche Währung als Dank und Anerkennung dafür, dass man sich engagiert: Ein kostenloser Besuch im Tierpark oder im Schwimmbad; oder in Zwickau: Dort gab es angesichts eines genehmigten rechten Aufmarsches eine Kunstaktion gegen Rechts, die für viel öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt hat.

## **JUGEND STÄRKEN IM QUARTIER ALS BEISPIEL FÜR ERFOLGREICHE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALRAUM**

Die Begleitung junger Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf bedeutet Entwicklung von Zukunftsperspektiven in ein selbstbestimmtes Leben. Der jeweilige Sozialraum bzw. das Quartier spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Mit dem Programm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ von BMFSFJ und BMI werden Kommunen dabei unterstützt, Angebote für junge Menschen im Alter von 12 bis 26 Jahren mit besonderem Unterstützungsbedarf am Übergang von der Schule in den Beruf gemäß §13 SGB VIII zu entwickeln. Es berücksichtigt den Ansatz der Sozialraumorientierung durch Festlegung von Fördergebieten und durch Koordination der Angebote mithilfe einer kommunalen Stelle, die Mikroprojekte mit direkter Wirkung ins Quartier umgesetzt.

In der ersten Förderrunde wurden von 2015 bis 2018 Vorhaben in 175 Kommunen gefördert. 56.957 junge Menschen haben an den Projekten teilgenommen. Eine erfreulich hohe Anzahl von 59% aller Teilnehmenden hat nach ihrer Projektteilnahme eine schulische bzw.

berufliche Bildung aufgenommen oder einen Arbeitsplatz gefunden. In der laufenden zweiten Förderrunde von 2019 bis Mitte 2022 werden mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds, kommunalen Mitteln und Bundesmitteln Vorhaben in 161 Kommunen umgesetzt.

## **PASSGENAUE PROGRAMMGESTALTUNG FINDET AUF KOMMUNALER EBENE STATT**

Die Kommunen entscheiden dabei selbst, welche Hilfe vor Ort gebraucht wird und welche Bausteine (z.B. Case Management, Aufsuchende Jugendsozialarbeit, niedrigschwellige Beratung/Clearing z. B. in Anlaufstellen, in denen Jugendliche eine „Erstberatung“ erhalten) oder Mikroprojekte mit Mehrwert für das Gebiet und dessen Bewohner/-innen (z.B. Aufwertung öffentlicher Plätze, Stadtteilstiftung, Engagement für ältere Menschen) umgesetzt werden sollen.

Rund 70 Kommunen arbeiten dabei eng mit Schulen zusammen und bieten jungen Menschen Hilfe an, die nicht oder kaum noch am Schulunterricht teilnehmen (sog. schulabsente Schülerinnen und Schüler). Eine weitere Zielgruppe sind junge Menschen, die die Schule bereits verlassen haben, aber keine Anschlussperspektive für sich finden konnten.

Eine kommunale Koordinierungsstelle beim örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe steuert und koordiniert die Angebote, so dass mittels der „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ – Projekte bestehende Förderlücken geschlossen werden können. Eine enge Zusammenarbeit findet dabei mit freien Trägern der Jugendsozialarbeit, den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern, den (Berufs-)Schulen, dem Quartiersmanagement und den engagierten Wirtschaftsakteuren statt.

## **ARBEIT IM SOZIALRAUM**

In den ersten vier Förderjahren wurden bis 2018 rund 1.300 Mikroprojekte umgesetzt, in denen die Teilnehmenden einen Beitrag zur Aufwertung ihres unmittelbaren Umfeldes leisten. Die Mitarbeitenden in den Mikroprojekten unterstützen die Jugendlichen dabei, ihre Ideen zusammenzutragen und zu einer umsetzbaren Projektidee weiterzuentwickeln. Es werden bspw. Stadtteilgärten angelegt, Feste organisiert oder auch Stadtmöbel hergestellt. Die jungen Menschen, die auch aufgrund ihrer sozialen und individuellen

Problemlage/Situation von anderen Bewohnergruppen tendenziell eher kritisch wahrgenommen werden zeigen ihre positiven Seiten. Zugleich bringen sie sich durch die partizipative Ausrichtung der Mikroprojekte in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes ein, erfahren darüber Selbstwirksamkeit und erweitern ihre sozialen Kompetenzen durch die Zusammenarbeit in der Gruppe. Die gewonnenen Fähigkeiten wiederum befördern ihre Integration in die Schule/den Beruf und tragen zu ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und ihrer Bereitschaft zu eigenem ehrenamtlichen Engagement bei.

In den bislang umgesetzten Mikroprojekten wirkten auch Ehrenamtliche mit. So wurden bspw. in der Stadt Kempten und der Stadt Marl Projekte umgesetzt, in denen ehrenamtlichen Helfer junge geflüchtete Menschen beim Ankommen und Zurechtfinden im Alltag unterstützen, bspw. beim Einkauf, im Umgang mit Geld/dem Bankkonto, beim Kochen, usw. Im Kreis Offenbach wird ein Projekt umgesetzt, in dem junge Menschen Seniorinnen und Senioren aus dem Wohngebiet im Haushalt und Garten unterstützen. Durch den Kontakt zu den älteren Menschen lernen die Teilnehmenden unterschiedliche Lebensbiographien kennen, die ihnen als Orientierungspunkte bei der Entwicklung einer Perspektive für ihr Leben dienen können. Das Engagement für andere seitens der Jugendlichen wurde teilweise auch über die Projektdauer hinaus fortgeführt.

## **JUGENDMIGRATIONSDIENSTE**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert seit Jahrzehnten – zunächst bis in die 90er-Jahre mit dem Schwerpunkt der Integration von jungen Aussiedlerinnen und Aussiedlern – die Jugendmigrationsdienste. Heute arbeiten an 470 Standorten in ganz Deutschland neben den über 900 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den 550 Honorarkräften auch über 3.300 Ehrenamtliche, davon über 1.600 mit eigenem Migrationshintergrund<sup>3</sup>. Sie alle engagieren sich dafür, jungen Menschen mit Migrationshintergrund einen schnellen Zugang zu Schule, Ausbildung oder Beruf zu ermöglichen. Besonders seit 2015 hat sich die Arbeit verändert, da mit den jungen Geflüchteten, die in die JMD drängten und auch weiterhin drängen, viele andere Themen dazu kamen: Fragen zum Aufenthaltsstatus, zum Besuch von Sprach- und Integrationskursen, zur Anerkennung bereits im Heimatland erlangter Schulabschlüsse und weiterer Qualifikationen – aber auch

# „GERADE FÜR NEUZUGEWANDERTE JUGENDLICHE SIND KONTAKTE ZU EHRENAMTLICHEN HÄUFIG DER ERSTE BERÜHRUNGSPUNKT MIT EINHEIMISCHEN. SIE SIND, WIE WIR WISSEN, EIN GEWINN FÜR BEIDE SEITEN.“

Fragen zum Umgang mit Traumatisierungen, zum Familiennachzug und anderen ganz persönlichen Lebenslagen. Dies alles hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JMD trotz der von den Trägern bereitgestellten Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote nicht bewältigen können, wenn nicht unbürokratische Unterstützung von ehrenamtlicher Seite, z.B. durch Konversationsangebote, Alltagstrainings oder einfach bei der Begleitung zu Behörden und Einrichtungen, geleistet worden wäre. Diese Angebote sind wichtig, denn sie fördern einerseits das Ankommen der jungen Menschen in unserer Gesellschaft, zum anderen aber lassen sie erste persönliche Kontakte entstehen. Beim aufeinander Zugehen und Kennenlernen können so auch Ängste und Vorurteile abgebaut werden. Dies ist ein wertvoller Beitrag zur Rassismusprävention.

Einen besonderen Fokus aufs Quartier legt das vom BMFSFJ und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) seit 2017 an 16 Standorten geförderte Modellprojekt Jugendmigrationsdienst im Quartier (JMDiQ). Zielgruppe der Projekte sind die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers in den Gebieten des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt. Zur Stärkung der Nachbarschaften und Quartiere ist es vorgesehen, dass die Jugendmigrationsdienste über ihre bisherigen Aktivitäten hinaus auch das soziale Umfeld ihres Standorts in ihre Aktivitäten in den Quartieren einbeziehen.

Förderfähig ist dabei insbesondere z.B. die Peerarbeit mit begleiteten jungen Menschen und Flüchtlingen mit einem Mehrwert für das Quartier, aber auch die Durchführung generationsübergreifender Projekte, die gemeinsame Schaffung kreativer Gestaltungsspielräume oder die Beschäftigung mit dem Ziel des gegenseitigen Kennen- und Schätzenlernens.

In den vergangenen zwei Jahren konnten über 260 Mikroprojekte gefördert und erfolgreich durchgeführt werden. Die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen ist

dabei sehr gewinnbringend für das Modellprojekt, da sie häufig ein hohes Engagement und vielfältige Kenntnisse in das Projekt einbringen. Dabei wird z.B. auch die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen jungen Erwachsenen, die selbst Migrationserfahrungen haben und im Quartier aufgewachsen sind, genutzt, um einen Zugang zur Zielgruppe zu erreichen. Gerade für neuzugewanderte Jugendliche sind Kontakte zu Ehrenamtlichen häufig der erste Berührungspunkt mit Einheimischen. Sie sind, wie wir wissen, ein Gewinn für beide Seiten. Es sind also ganz niedrigschwellige Angebote, bei denen sich vor Ort Menschen begegnen können und an ihrer unmittelbaren Umgebung Verbesserungen bewirken. Dabei können dies greifbare Verbesserungen sein – etwa durch die Umgestaltung eines Platzes, das Aufräumen lokaler Schmutzecken oder das Anlegen einer gemeinsamen Nutzgartenfläche – oder auch Verständigungsanreize zur Verbesserung des sozialen Klimas durch einen Austausch zu einem lokalen Thema, einer gemeinsam erarbeiteten Tanzpräsentation oder die Gründung eines Chors.

## FAZIT

Alle diese Maßnahmen und Programme zeigen: Integration funktioniert am besten dort, wo engagierte Menschen in ihrer alltäglichen Umgebung auf Augenhöhe und partizipativ zusammen für eine bessere gemeinsame Lebenswelt arbeiten. Dies werden wir weiter unterstützen! ■

## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Vgl. SVR (2018): *Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018*, Berlin.

<sup>2</sup> Vgl. Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin, S. 601-634.

<sup>3</sup> *Alle Zahlen aus JMD (2018): Statistik 2018*. Servicebüro Jugendmigrationsdienste, Bonn.

# III. BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN

## 1. LOKALFORUM RUHRGEBIET: „ZWISCHEN STRUKTURWANDEL UND GESELLSCHAFTLICHER TRANSFORMATION – BESTANDSAUFNAHME IM RUHRGEBIET“ AM 29. MÄRZ

Am 29. März 2019 fand das erste Lokalforum Ruhrgebiet zum Thema „Zwischen Strukturwandel und gesellschaftlicher Transformation – Bestandsaufnahme im Ruhrgebiet“ statt. Im Rahmen des dreijährigen Projekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen“, das die Bonner Akademie im Auftrag der Brost-Stiftung unter der Schirmherrschaft vom NRW-Integrationsminister Dr. Joachim Stamp durchführt, bringt das bereits im Vorgängerprojekt bewährte Workshop-Format Praktiker, Experten und Multiplikatoren aus dem Ruhrgebiet zusammen, um, über Integrationshürden für die Mehrheitsgesellschaft, Lösungsansätze und Best-Practices zu diskutieren. Somit stellte die im Zuge dieses Forums debattierte Bestandsaufnahme einen erfolgreichen Auftakt der Veranstaltungsreihe dar, welche in den kommenden Workshops thematisch konkretisiert wird.



*Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bonner Akademie, begrüßt die Experten und Gäste.*



*Die Teilnehmer und Experten des ersten Lokalforums Ruhrgebiet.*

Im Rahmen seiner Begrüßung umriss **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bonner Akademie und Projektleiter, die Rolle des Wandels als gesellschaftliche Herausforderung, die sich besonders im Ruhrgebiet verdichtet und verschärft hat. Drei Entwicklungen seien dabei von besonderer Bedeutung: Das Ruhrgebiet stellt den wirtschaftlich stärksten Raum Deutschlands und Europas dar,

der wie kaum eine andere Region in der Republik vom Ausstieg aus der Kohle und dem damit verbundenen Strukturwandel betroffen ist. Gleichzeitig gilt es aber auch als Schmelztiegel, in dem Menschen verschiedener Herkunft zur Arbeit zusammenfanden und immer noch zusammenleben. Zuletzt herrschte historisch gesehen ein festes Vertrauen in gesellschaftsbindende Institutionen wie Volksparteien und Gewerkschaften,

das nun aufweicht. Dies bedeute aber auch, dass „Integration“ nicht nur auf Menschen mit Migrationshintergrund bezogen, sondern gesamtgesellschaftlich betrachtet werden sollte.

Den Strukturwandel im Allgemeinen griff anschließend **Prof. Dr. Jörg Bogumil** von der Ruhr-Universität Bochum in seinem Impulsvortrag auf. Dabei stellte er seine persönliche Einschätzung voran, dass seine Sichtweise auf die Entwicklung des Ruhrgebiets mittlerweile positiver als vor einigen Jahren ausfalle. Die Arbeitsentwicklung sei trotz des Stellenabbaus im Bergbausektor nicht so dramatisch, wie sie häufig dargestellt werde – vielmehr habe sich eine Transformation der Beschäftigungsstruktur hin zu einer ökologischen Wissensregion mit vielen Zukunftsfeldern (wie digitale Kommunikation oder Gesundheitswirtschaft) vollzogen. Allerdings gebe es auch Problemfelder: die kommunalen Altschulden und die zunehmende Segregation. Der Haushalt vieler Städte sei zwar häufig finanziell gesund, jedoch zwängen die hohen Altschulden den Kommunen ein finanzielles Korsett auf. Die Segregation wiederum sei vor allem auf soziale Probleme, nicht jedoch auf Migrationsprobleme zurückzuführen. Perspektivisch müsse man demnach eine Bildungsoffensive für die Chancengleichheit starten und außerdem die bereits funktionale Differenzierung der Arbeit im Ruhrgebiet fortsetzen, um einem Konkurrenz- und Rivalitätsdenken entgegenzuwirken.

Im Anschluss präsentierte **Jan Dinter** von der NRW School of Governance den Politischen Wandel des Ruhrgebietes. Sein Vortrag ging der zentralen Fragestellung nach, ob das Ruhrgebiet die neue Hochburg der AfD werden wird. Seine These lautete dabei, dass die Volksparteien heute nicht mehr über den breiten politischen Inhalt verfügten, der früher die Menschen an diese Parteien gebunden habe. Trotzdem sei es falsch, von einer Hochburg der AfD zu sprechen, da Stimmenabgabe für die AfD im Ruhrgebiet niedriger ausfiel als auf Bundesebene und sich die politische Grundstruktur nicht geändert hat. Viel mehr spiegele der Aufstieg der AfD eine hohe Zustimmung zu populistischen Grundeinstellungen wider – vor allem die politische Kultur des ‚kleinen Mannes‘, die langjährige Dominanz der SPD und der fast schon ruhrgebietstypische Niedergangsdiskurs hätten dem Populismus den nötigen Nährboden geboten.

In der darauf folgenden Diskussion wurde vor allem die Frage diskutiert, was ‚abgehängt-sein‘ eigentlich be-

deutet und ob sich diese – zumeist – Fremdzuschreibung irgendwie quantifizieren lasse. Prof. Dr. Kronenberg merkte dazu an, dass der Begriff ‚Abgehängter‘ zwar nicht akkurat sei, aber trotzdem eine tatsächliche, statistisch-nachweisbare sowie eine emotionale Zuschreibung möglich sei. Diese werde aber dadurch erschwert, dass bei den Betroffenen eine Diskrepanz zwischen objektiver Feststellung und emotionaler Gefühlslage vorliegen könne. Infolgedessen wurde tiefgreifend über die soziale Ungleichheit als Kernproblem, Chancengleichheit durch Bildung und der sozialen Segregation des Ruhrgebiets diskutiert, wobei die Experten ihre persönlichen Erfahrungen und Kenntnisse in die Diskussion einbrachten.

Den zweiten Teil des Lokalforums leitete **David Stroop**, Gewerkschaftssekretär bei der IG BCE im Bezirk Gelsenkirchen, durch einen Kurzvortrag über die Rolle der Gewerkschaften im Strukturwandel ein. Seine zentrale These lautete, dass der Begriff ‚Strukturwandel‘ verkürzt sei und wir stattdessen von einem Strukturwandel in den nächsten liefen. Bei diesem stetigen Wandlungsprozess könnten die Gewerkschaften als wichtiges Bindeglied zwischen der Politik und den Arbeitern fungieren, u. a. indem sie Identität und Werte vermittelten. Als problematisch bezeichnete er, dass eine Entwicklung weg von Betrieben, die mit dem Bergbau in Verbindung stehen, hin zu Hochtechnologie stattfinde. Dadurch ergebe sich ein Spannungsfeld zwischen den vielen hochqualifizierten Stellen gegenüber den niedrigqualifizierten.

Im zweiten Diskussionsteil wurden dann von den Experten auch konkrete Lösungen vorgestellt. Besonders wurde auf die Wichtigkeit der Quartiersarbeit hingewiesen, die für jedwede Form der Integration ein zentrales Fundament darstelle. In Form eines Quartiersbüros könne man so zum Beispiel Menschen erreichen, die ein klassisches Amt nicht erreicht. Jan Dinter stimmte diesem Ansatz zu und merkte zusätzlich an, dass die Politik gerade auf Stadtteilebene kaum sichtbar und damit wenig greifbar sei. Insofern könne ein Stadtteilbüro ohne Partei-Logo das Vertrauen der Menschen leichter gewinnen als die klassischen Angebote. Des Weiteren stand die Einbindung von Jugendlichen in die Gesellschaft im Mittelpunkt der Diskussion. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass es jungen Menschen ihre Perspektiven aufzuzeigen gelte, wenn man sie an ihr Umfeld binden wolle. Während des anschließenden Mittagsimbisses hatten die Multiplikatoren noch einmal die Möglichkeit, die diskutierten Themen weiter zu besprechen und sich untereinander zu vernetzen. ■

## WORKSHOP „ANGST – EINE DEUTSCHE GEFÜHLSLAGE?“ DER BAPP MIT DEM HAUS DER GESCHICHTE AM 9. MAI 2019

Am 9. Mai 2019 veranstaltete die Bonner Akademie in Kooperation mit dem Bonner Haus der Geschichte einen Workshop zum Thema „Angst – eine deutsche Gefühlslage?“ im Rahmen der gleichnamigen Sonderausstellung im Haus der Geschichte. Gemeinsam mit der Bildungsreferentin des Haus der Geschichte, Dr. Simone Mergen diskutierten die Teilnehmer nach einem Besuch der Ausstellung gemeinsam darüber, wie Ängste entstehen, wie sie sich verbreiten und wie sie medial verstärkt werden können. Der Workshop fand im Rahmen des Bildungsprojekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ statt, das die Bonner Akademie seit Februar 2018 zusammen mit der Brost-Stiftung durchführt.



*Workshop „Angst - eine deutsche Gefühlslage“, im Rahmen des Bildungsprojekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“, am 9. Mai 2019.*

Das neuartige, auf den direkten Dialog ausgelegte Format stieß bei den Teilnehmern auf großes Interesse. Eingeladen waren sowohl Teilnehmer aus Bonn und Umgebung als auch aus dem Ruhrgebiet, in gleicher Weise sowohl Studenten als auch Rentner, um eine möglichst heterogene Gruppe zustande zu bekommen und den Generationendialog zu fördern.

Nach der Begrüßung durch den Geschäftsführer der Bonner Akademie, **Dr. Stefan Brüggemann**, und die Projektkoordinatorin des Bildungsprojekts, **Sandra Butz**, gingen die Teilnehmer gemeinsam zum Haus der Geschichte, wo sie von der Bildungsreferentin **Dr. Simone Mergen** begrüßt wurden. In ihren einleitenden Worten gab Frau Dr. Mergen einen kurzen Überblick über Entstehungshintergrund und Konzeption der

Sonderausstellung und verwies auf den Unterschied zwischen individuellen und kollektiven Ängsten, die eine ganze Gesellschaft umtreiben können und auf denen der Fokus der Sonderausstellung liegt. Anhand der vier Themenkomplexe „Angst vor Zuwanderung“, „Angst vor Atomkrieg“, „Angst vor Umweltzerstörung“ sowie der „Angst vor Überwachung“ wird die Frage behandelt, woran sich in den letzten 60 Jahren kollektive Ängste in der deutschen Gesellschaft entzündet haben und wie sich der Umgang von Politik und Gesellschaft damit verändert hat. Einzelne Beispiele, wie die Flüchtlingskrise von 2015 und die Asylkrise Anfang der 1990er Jahre bieten zudem einen direkten Vergleich zu aktuellen Fragen unserer Zeit. Bereits während des Ausstellungsbesuchs ergaben sich immer wieder angeregte Gespräche zwischen den Teilnehmern.

Die anschließende Diskussion fand in den Räumen der Bonner Akademie statt. Unter der Moderation und Leitung von Frau Dr. Mergen entwickelte sich schnell ein intensiver Austausch über die Eindrücke und Informationen der Ausstellung. In Anknüpfung an die ausgangs gestellte Frage der Ausstellung, wovon die deutsche Gesellschaft im Jahr 2030 am meisten Angst haben wird, kristallisierten sich im Verlauf der Diskussion auch unter den Teilnehmern zwei Hauptbedrohungen heraus: die Angst vor dem Klimawandel sowie die Angst vor politischem Extremismus. Ein besonderer Fokus der Diskussion lag zudem auf der Rolle der Medien im Umgang mit kollektiven Ängsten. Die Medien haben einen großen Einfluss auf die Generierung und den Verlauf von Ängsten, fungieren bisweilen sogar als Angstverstärker. Eine

öffentliche Debatte über ein bestimmtes Thema findet meist immer dann statt, wenn die Medien den Unmut und die Sorgen einiger weniger Menschen aufgreifen und so mediale Aufmerksamkeit generieren. Verschwindet ein Thema mit der Zeit aus den Medien, scheint die kollektive Angst ebenfalls abzuflauen. Beispiele wie der NATO-Doppelbeschluss ab 1983 sowie die Volkszählung 1987 haben zudem gezeigt, dass Maßnahmen, die zuerst unter intensiver medialer Begleitung großen Widerspruch ausgelöst haben, später ohne große Gegenwehr doch umgesetzt werden konnten, als der Fokus der medialen und gesellschaftlichen Debatte auf anderen Themen lag. Kritisch gesehen wurden von den Teilnehmern auch die sozialen Netzwerke, in denen Ängste noch schneller und unkontrollierter verbreitet werden. ■



Die Teilnehmer des Workshops besichtigten die gleichnamige Ausstellung im Haus der Geschichte.



Die Koordinatorin des Bildungsprojekts, Sandra Butz, in der Diskussion mit einem Workshopteilnehmer.



Dr. Simone Mergen, Bildungsreferentin des Hauses der Geschichte, begrüßte die Teilnehmer.



Im Anschluss an den Ausstellungsbesuch diskutierten die Teilnehmer des Workshops in der Bonner Akademie.

## PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „SOZIALER KLEBSTOFF? DIE ROLLE DES FUSSBALLS IN DEUTSCHLAND“ AM 16. MAI 2019

Am 16. Mai 2019 waren Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern München, Clemens Tönnies, Aufsichtsratsvorsitzender Schalke 04, und Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof des Bistums Essen, zu Gast in der Bonner Akademie. Die Diskussionsveranstaltung fand im Rahmen des Bildungsprojektes „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft - Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ statt, das die Bonner Akademie seit Februar 2018 zusammen mit der Brost-Stiftung durchführt. Michael Bröcker, Chefredakteur der Rheinischen Post, führte durch den Abend, der den Titel „Sozialer Kitt unserer Gesellschaft? Die Rolle des Fußballs in Deutschland“ trug.

Die Begrüßung des Abends übernahm **Prof. Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie. „Alle Großgruppen der Gesellschaft, ob Kirchen, Vereine, oder Parteien, leiden an Verzerrung“, so Hombach, der daraufhin hervorhob, dass der Fußballclub jedoch nach wie vor für viele Heimat und Identifikation bedeute. Mit Blick auf die Besetzung des Podiums konstatierte er eine enge Verbindung zwischen dem Fußball und der "Spiritualität", welche man als Anwesender in einem Stadion spüren könne.

Die anschließende Diskussionsrunde eröffnete Moderator **Michael Bröcker** mit der Frage, ob der Fußball zu einer Art Ersatzreligion geworden sei. Obwohl man Religion und Sport nicht gleichsetzen dürfe, sagte **Bischof**

**Franz-Josef Overbeck** daraufhin, dass der Fußball heute eine Art der Vergemeinschaftung biete, wie sie früher die Kirche geleistet habe und somit Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten zusammenbringe. Im Anschluss wandte sich der Moderator an **Uli Hoeneß**, um über die Kommerzialisierung des Profifußballs zu sprechen. „Ohne Kommerz kann man bei den Großen nicht mitspielen“, so die Aussage des Bayern-Präsidenten. Dem stimmte **Clemens Tönnies** zu und ergänzte, dass mit der Professionalisierung eines Vereins die Kommerzialisierung nun einmal zwangsläufig einhergehe. Bezogen auf teure Spielerkäufe äußerte Franz-Josef Overbeck aus sozial-ethischer Perspektive kritische Töne: „Das sind Relationen, die nicht zusammenpassen, da entsteht eine Geschäftsebene, bei der



Die Referenten des Abends Clemens Tönnies, s.E. Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Michael Bröcker, Uli Hoeneß am 16. Mai. (v.l.n.r.)

der Mensch zur Ware wird.“ Auf die Frage hin, ob es eine „rote Linie“ gebe, die man nicht überschreiten dürfe, sagte Hoeneß, dass es wichtig sei, dass die Bundesliga ihren aktuellen Status beibehalten müsse und nicht von internationalen Wettkämpfen zurückgedrängt werden dürfe. Tönnies verwies auf ausschreitende Fußballfans, gegen die man sich positionieren müsse: „Rivalität ist top, aber gegen Gewalt müssen wir alle konsequent eintreten. Dafür steht unser Leitbild.“ Auch im weiteren Verlauf des Abends wurden teils (selbst-)kritische Töne angeschlagen. Auf dem Podium wurden ebenso Korruptionsvorwürfe gegenüber der FIFA diskutiert wie auch die überhöhte Öffentlichkeitswirkung der Spieler, auf die ein zu hoher medialer Druck ausgeübt werde.

Auf die Frage aus dem Publikum, ob sich der Fußball seines gesellschaftlichen Einflusses überhaupt bewusst sei, verwies Hoeneß auf das bereits hohe soziale Engagement seines Vereines, sah aber dennoch Potential nach oben: „Wir müssen bei den Möglichkeiten, die wir haben, mehr tun.“ Tönnies bezog die Frage explizit auf das Ruhrgebiet. Die "Ruhrpott"-Vergangenheit sei mit Blick auf den Aufbau nach dem Krieg und den durch den Strukturwandel bedingten Niedergang einzigartig in seiner Geschichte. Er sehe deshalb eine große gesellschaftliche Verpflichtung vor Ort, die der Verein sehr ernst nehme. Dem stimmte auch Ruhrbischof Overbeck zu, der eine gemeinsame Aufgabe von Fußball und Kirche erkannte. ■



*Der Präsident der Bonner Akademie, Prof. Bodo Hombach, während der Begrüßung und Einführung in den Abend.*



*Der Präsident des FC Bayern Münchens, Uli Hoeneß, während der Debatte.*



*Clemens Tönnies, Aufsichtsratsvorsitzender des FC Schalke 04, hielt ein Plädoyer gegen Gewalt ausschreitender Fans.*



*Clemens Tönnies, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof des Bistums Essen und Michael Bröcker, Chefredakteur der Rheinischen Post, im Gespräch.*

## WORKSHOP: „IDENTITÄT UND SOZIALER ZUSAMMENHALT – ZUR GESELLSCHAFTLICHEN BEDEUTUNG DES FUSSBALLS IM RUHRGEBIET“ IM DEUTSCHEN FUSSBALLMUSEUM IN DORTMUND AM 4. JULI 2019

Einen passenderen Tag hätte es fußballhistorisch kaum gegeben: genau 65 Jahre nach dem Wunder von Bern und dem ersten Weltmeistertitel für die Bundesrepublik Deutschland veranstaltete die Bonner Akademie am 4. Juli 2019 einen Workshop zum Thema „Identität und sozialer Zusammenhalt – Zur gesellschaftlichen Bedeutung des Fußballs im Ruhrgebiet“ im Deutschen Fußballmuseum in Dortmund. Gemeinsam mit Lars Philipp, Projektleiter des Bildungsprogramms im Deutschen Fußballmuseum, diskutierten die Teilnehmer im Anschluss an eine thematisch passende Führung durch die multimediale Ausstellung über das Potenzial des Fußballs hinsichtlich sozialem Zusammenhalt und die soziale Verantwortung des Fußballs sowohl auf Amateurs- wie auch auf Profiebene. Der Workshop fand im Rahmen des Bildungs- und Forschungsprojekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ statt, das die Bonner Akademie seit Februar 2018 zusammen mit der Brost-Stiftung durchführt.



*Workshop „Identität und sozialer Zusammenhalt - Zur gesellschaftlichen Bedeutung des Fußballs im Ruhrgebiet“ im Deutschen Fußballmuseum in Dortmund am 4. Juli 2019.*



*Lars Philipp, Projektleiter des Bildungsprogramms im Deutschen Fußballmuseum, führt die Teilnehmer durch die Ausstellung.*



*Teilnehmer unterschiedlicher Generationen in einem angeregten Gespräch über das Wembley-Tor 1966.*



*In der Ausstellung erwartete die Teilnehmer 140 Jahre deutsche Fußballgeschichte - unter anderem das Wunder von Bern.*

Nach der positiven Resonanz zum ersten Workshop im Rahmen des Projekts ging das neuartige, auf den direkten Dialog ausgerichtete Format in die zweite Runde. Mit dem Ziel, erneut eine möglichst heterogene Gruppe zustande zu bekommen und den Generationenialog zu fördern, waren Interessierte aller Altersschichten eingeladen, von Studenten über Berufstätige bis hin zu Rentnern.

Nach der Begrüßung durch **Sandra Butz**, Projektkoordinatorin des Bildungsprojekts, startete die Führung durch das Deutsche Fußballmuseum, die die Teilnehmer durch 140 Jahre deutsche Fußballgeschichte und die schönsten und bewegendsten Fußballmomente führte. Immer wieder hob **Herr Philipp**, Projektleiter des Bildungsprogramms des Deutschen Fußballmuseums, die enge Verknüpfung der gesellschaftlichen Entwicklun-

gen in Deutschland mit der Entwicklung des deutschen Fußballs hervor. Ganz im Sinne des Projekts der Bonner Akademie ging Herr Philipp immer wieder auf die besondere Bedeutung des Fußballs für und im Ruhrgebiet ein – von den ersten Zeckenklubs bis hin zu den berühmten Kindern des Ruhrgebiets wie Helmut Rahn und Manuel Neuer. Nirgendwo in Deutschland spielt der Fußball eine so große Rolle wie im Ruhrgebiet: Im Ruhrgebiet gibt es deutschlandweit die meisten Zuschauer, die meisten aktiven Spieler sowie die größte Dichte an Vereinen, Plätzen und Stadien. Für die Menschen im Ruhrgebiet ist der Fußballverein mehr als nur reine Freizeitbeschäftigung; Der Fußball und seine Vereine bedeuten Heimat und Identifikation; nach dem Niedergang der Montanindustrie, ist es nun der Fußball, der einen Großteil zur regionalen Identität und Kultur beiträgt.

Neben der besonderen Bedeutung des Fußballs für Identität im Ruhrgebiet lag der Fokus in der anschließenden Diskussion vor allem auf der sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung des Fußballs. Zwischen den Teilnehmern entwickelte sich ein reger Austausch der eigenen Erfahrungen und eine engagierte Diskussion.

Einig waren sich die Teilnehmer vor allem über die besondere Rolle des Amateurfußballs hinsichtlich Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Im Amateurfußball und den vielen kleinen Vereinen ruhe ein großes Potenzial, das jedoch aufgrund von finanziellen Problemen nicht ausgeschöpft werden könne. Wie auch in der Gesellschaft diagnostizierten die Teilnehmer eine wachsende Entfremdung des (Profi-)Fußballs zu seiner Basis – in

diesem Falle den Fans und den kleinen Vereinen. Auch in der Debatte zeigte sich deutlich, dass der Fußball immer auch die gesellschaftliche Entwicklung sowie ihre Probleme abbildet, im Guten wie im Schlechten.

Durch die immer stärker werdende gewinnorientierte Ausrichtung der Vereine und Verbände rücke der tatsächliche Fußball sowie seine Stärke als gesellschaftsübergreifendes Bindeglied immer mehr in den Hintergrund. Kritik übten die Teilnehmer in diesem Zusammenhang vor allem am DFB und der FIFA, die sich zwar öffentlichkeitswirksam mit großen Kampagnen gegen Rassismus und Rechts-Extremismus als große moralische Instanz positionieren würden, gleichzeitig aber mit bspw. der Vergabe der WM nach Katar diesbezüglich eine große Inkonsequenz beweisen würden. ■



*Der Workshop fand im Rahmen des Projekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft“ statt, das die Bonner Akademie gemeinsam mit der Brost-Stiftung durchführt.*



*Im Anschluss an den Ausstellungsbesuch diskutierten die Teilnehmer über die soziale Verantwortung des Fußballs.*

## PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „JUGEND IN BEWEGUNG“ AM 09. OKTOBER 2019

Am 9. Oktober 2019 fand in Hörsaal XVII des Hauptgebäudes vor ca. 200 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Jugend in Bewegung. Zum Verhältnis von jugendlichem Protest und etablierter Politik in Zeiten des Wandels“ statt. Egal, ob auf der Straße wie bei den klimapolitischen „Fridays for Future“-Demonstrationen oder viral im Netz durch Hashtags wie #metwo zu Alltagsrassismus und Diskriminierung – die Jugend scheint politisierter denn je, sie artikuliert lautstark, selbstbewusst und öffentlichkeitswirksam ihren Protest, um der etablierten Politik „Beine zu machen“ und Versäumnisse aufzuzeigen. Außerhalb von Parlamenten und Parteistrukturen setzen Jugendbewegungen Themen auf die politische Agenda. Themen, die ihre digitale wie analoge Lebenswelt und ihre Zukunft betreffen.



*Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und Projektleiter, begrüßt die Teilnehmer.*



*Die Referenten des Abends Daniel Dejcman, Susana dos Santos Herrmann, Daniela Milutin (Moderation), Ali Can, Prof. Dr. Clemens Albrecht, Luca Samlidis (v.l.n.r.).*

Sie wollen nicht, dass dabei über ihre Köpfe entschieden wird, sie wollen gehört werden und die Politik zum Handeln auffordern. Die etablierten Parteien und die verantwortlichen Akteure in Bund und Ländern können nun im Sinne der Responsivität die Forderungen aufnehmen, kanalisieren und umsetzen. Doch es stellt sich die Frage, wie sehr Politik auf außerparlamentarische Jugendbewegungen – viral oder analog – ein- bzw. zugehen kann und wo sich auch programmatische, institutionelle und sogar intergenerationelle Konfliktlinien ergeben. Auf diese Zusammenhänge ging der Projektleiter **Prof. Dr. Volker Kronenberg** in seinem Einführungsstatement ein. Zweifellos sei es außerordentlich wichtig, die junge Generation in den Blick zu nehmen, wenn es um die Frage nach der Akzeptanzkrise der repräsentativen Demokratie geht. Dem Wesenskern repräsentativer Demokratie entsprechend, stehe auch der Jugend eine politische Vertretung zu. Diese Vertretung für zukünftige Generationen sei gerade in der Demokratie, die ihrem Selbstverständnis nach Macht aus guten Gründen immer nur auf Zeit vergibt, elementar wichtig. Er referierte entsprechende Daten zum Rück-

gang des parteipolitischen Engagements junger Menschen und kontrastierte dies mit den Zahlen aus der jüngsten Shell-Studie ein sehr wachsendes politisches Bewusstsein der jungen Generation.

Diese Vorlage nahm die langjährige verdi-Pressesprecherin und Journalistin **Daniela Milutin** dankbar auf und leitete im Folgenden eine muntere Debatte. Der Student **Luca Samlidis** nahm als Repräsentant der FridaysForFuture-Bewegung Bonn teil und erläuterte aus seiner Sicht die Grundlagen seines politischen Engagements in der Bewegung. Ihm war wichtig zu betonen, dass er keinesfalls Bürgerinnen und Bürger für ihre vielfältigen und unterschiedlichen Lebensstile kritisieren wolle, sondern vielmehr die politischen Strukturen, die die falschen Anreize setzten. Wenn Fliegen eben vergleichsweise günstig und Bahnfahrten entsprechend teuer sei, könne man dem Einzelnen keinen Vorwurf machen, wenn dieser sich für das ökologisch schlechtere Fortbewegungsmittel entscheide. Die Politik sei hier gefragt, andere Rahmenbedingungen zu setzen. Dass der jugendliche Druck auf der Straße, die Politik



*Ali Can schilderte, wie er auf die Idee kam, eine Kampagne zum Thema Alltagsrassismus unter dem Label #metwo zu initiieren.*



*Das Publikum im Hörsaal XVII der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn folgte angeregt dem Austausch der Referenten auf dem Podium.*



*Prof. Clemens Albrecht, Professor für Soziologie an der Universität Bonn*

zum Handeln bewegt habe, wertet der junge Aktivist nur bedingt als Erfolg, da das „Klimaschutzgesetz“ hinter seinen Erwartungen und Forderungen liege.

Die SPD-Abgeordnete **Susanne dos Santos Herrmann**, MdL knüpfte daran an und führte aus, dass auch sie in ihrer Familie mit ihrem Nachwuchs leidenschaftlich und kontrovers diskutiere. Politik sei in einer Demokratie aber eben auch immer das Abwägen

von unterschiedlichen Interessenlagen, das Ringen im Mehrheiten und letztlich auch das Aushandeln von Kompromissen. Ihr war es daher besonders wichtig, zu betonen, dass auch die sozialen Aspekte bei der Klimadebatte berücksichtigt werden müssen – insbesondere um gesamtgesellschaftliche Akzeptanz zu erzielen. Der Autor und Aktivist **Ali Can** widmete sich mit der Migration einem weiteren großen Thema, dass die junge Generation bewegt. Er schilderte sehr plastisch, wie er auf die Idee kam, die aus den USA im Kontext feministisch-emanzipatorischer Zusammenhänge herüberschwappende Welle zum #metoo in eine Kampagne zum Thema Alltagsrassismus unter dem Label #metwo einzubringen, um Diskriminierungserfahrungen sichtbar zu machen. Er nahm dabei kein Blatt vor den Mund, was insbesondere die persönliche Angriffe auf ihn anging, bekräftigte aber zugleich die großen Erfolge, die die heutige Generation in diesem Zusammenhang erzielt habe, wenn es darum geht, ein Bewusstsein für Rassismus zu entwickeln und aktiv dagegen vorzugehen. Er plädierte dafür, kulturelle Vielfalt und plurale Identitäten im Einwanderungsland Deutschland als Reichtum zu begreifen, anstatt auf Abschottung und Ausgrenzung zu setzen.

**Daniel Dejman**, im Studierendenparlament und im Senat der Universität Bonn vertreten, ließ das Publikum an den verschiedenen Themen teilhaben, die die Bonner Studierenden in der Hochschulpolitik aktuell bewegen. Von der Anwesenheitspflicht bis zur aktuellen Hochschulgesetznovellierung skizzierte er die Möglichkeiten und auch die Grenzen des hochschulpolitischen Engagements.

Der Soziologe **Prof. Dr. Clemens Albrecht** scheute sich nicht, mit klaren Statements und gelegentlichem ironischen Unterton die Debatte zu bereichern und den jüngeren Podiumsvertretern den einen oder anderen Selbstwiderspruch vorzuhalten. Einig waren sich die Podiumsteilnehmer, dass die Stimme der jungen Generation gehört werden müsse und dass diese sich wohl auch absehbar eher in situativen Bewegungen und weniger in klassischem parteipolitischen Engagement zu Gehör bringen werde. Darin sahen die Podiumsteilnehmer sowohl Chancen, aber auch Herausforderungen für die repräsentativ verfasste Demokratie. Fakt ist, dass die Politik für die drängenden Zukunftsherausforderungen Lösungen anbieten muss – Lösungen, die auch die Interessen der jungen Generation berücksichtigen. Denn die Jugend ist mehr denn je: „in Bewegung“. ■

## 2. LOKALFORUM RUHRGEBIET: „DIE BEDEUTUNG DER QUARTIERSARBEIT FÜR DIE INTEGRATION DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT“ AM 11. OKTOBER 2019

Am 11. Oktober 2019 fand das 2. Lokalforum Ruhrgebiet zum Thema „Die Bedeutung der Quartiersarbeit für die Integration der Mehrheitsgesellschaft“ statt. Im Rahmen des Projekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen“ diskutierte das Projektteam gemeinsam mit Praxisexperten und Multiplikatoren aus dem Ruhrgebiet, ob und wie die Quartiersarbeit dazu beitragen kann, die Menschen vor Ort in ihr soziales Umfeld zu (re-)integrieren. Dabei stellten die Teilnehmer auch ihre Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele vor, die zu einem besseren Verständnis über die Mechanismen und Funktionsweise dieser lokalen Ebene beitragen konnten.

In seiner Begrüßung wies **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und Projektleiter, darauf hin, dass die Bestandsaufnahme für das Ruhrgebiet gemischt sei: man müsse die Erfahrungen dort nicht als Schwarz/Weiß – sondern als Grautöne interpretieren. In wenigen anderen Regionen Deutschland bündelten sich so viele gesellschaftliche Entwicklungen wie unter dem „Brennglas Ruhrgebiet“. Die Ängste und Verunsicherungen der Menschen dort führten zu einer Suche und einer regelrechten Sehnsucht nach dem, was (vermeintlich) einmal gewesen ist. Hierbei komme die Quartiersarbeit ins Spiel, die als „zentraler Baustein fürs Nachdenken, wie Politik funktionieren kann“ fungiere. Schon vor über 200 Jahren spielte dieses Thema eine Rolle bei Alexis de Tocqueville, der in Form der Kommunen bereits die Notwendigkeit von Quartiersarbeit andeutete. Heutzutage sei ein kohärenter und wirksamer Plan zur Entwicklung der Stadtteile essentiell, wenn man dem Strukturwandel und seinen Effekten entgegenwirken wolle.

Im Anschluss daran leitete **Paul Hendricksen** vom Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen seinen Vortrag mit der übergeordneten Frage ein, ob die Quartiersarbeit überhaupt über die richtigen Ansätze zur Integration der Mehrheitsgesellschaft verfüge. Zwar ließe die Fülle an Leitbegriffen, die im Zusammenhang mit der Quartiersarbeit stehen – wie etwa Stadtteilentwicklung, Quartiersarbeit, Gemeinwesenarbeit, etc. – darauf schließen, dass der Stadtteil eine gewisse Renaissance erlebt hat, auch weil man im Stadtteil heterogene Gruppen erreichen kann, an denen rein zielgruppenorientierte Methoden häufig scheiterten. Trotzdem dürfe man die Möglichkeiten der Quartiersarbeit nicht überschätzen, da es sich nicht um einen kurzfristigen Prozess zum Feuerlöschen handele, sondern



Am 11. Oktober 2019 fand das 2. Lokalforum Ruhrgebiet zum Thema „Die Bedeutung der Quartiersarbeit für die Integration der Mehrheitsgesellschaft“ statt.



Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und Projektleiter, begrüßt die Teilnehmer.

um langjährige Arbeit, die nicht selten in der sogenannten Projektitis ende. Wichtig sei es dabei, die Integration der Mehrheitsgesellschaft gesamtgesellschaftlich anzugehen, d.h. die wohlhabenderen südlichen Stadtteile im Ruhrgebiet mit einzubeziehen. Abschließend formulierte der Referent die These, dass Probleme in den Stadtteilen existieren, die die Quartiersarbeit nicht lösen könne – dafür sei sie aber in der Lage, demokratische Prozesse im Stadtteil transparenter zu machen.

In einem zweiten Impulsvortrag beleuchtete **Andreas Beilein** von der Stadtentwicklung der Stadt Datteln die Möglichkeiten und Herausforderungen für Praktiker. Dabei betonte er, dass für Kommunen, Länder und den Bund Förderprogramme als zentrales Mittel für die Stadt(teil)entwicklung zählten. Typischerweise sollten diese auf „die Herzen der Bewohner abzielen“ und durch eine Top-Down-Strategie die Aufwertung des Stadtteils – etwa durch vielfältige Akteursbeteiligung oder Baumaßnahmen – erreichen. Dabei bemängelte er aber, dass soziale Integrationsansätze zumeist schwach ausgeprägt seien, da sie in den Projektbeschreibungen allenfalls als investitionsbegleitende Maßnahmen gelistet würden. Die größten Vorteile für die Menschen in den Quartieren entstünden aber dadurch, dass tatsächlich „Kümmerer“ vor Ort kommen, um sich den Problemen der Menschen greifbar anzunehmen, und dass solche Projekte meist auch mit positiver Berichterstattung verbunden seien. Zuletzt beantwortete der Referent die Frage, ob Integration auf Stadtteilebene gelingen könne, mit der These, dass Stadtentwicklungsprogramme lediglich die engagierte Mittelschicht erreiche, nicht aber den beängstigten Kleinbürger. Trotzdem könne sie weitere Anknüpfungspunkte schaffen, die für eine erfolgreiche Integrationspolitik relevant sind.

In der nachfolgenden Diskussion konnten die teilnehmenden Expertinnen und Experten ihre Einschätzungen und Erfahrungen kundtun. Zunächst wurde dabei die Frage aufgeworfen, was Mehrheitsgesellschaft eigentlich bedeute. Schaut man sich die Zahlen von Menschen mit Migrationshintergrund in Stadtteilen wie Duisburg-Hochfeld an, dann müsse man hinterfragen, wer eigentlich wo hinein integriert werden solle. Umso mehr werde dann deutlich, dass eine einseitige Integrationspolitik nicht funktionieren kann, sondern dass ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz notwendig sei. Problematisch sei natürlich auch die Finanzierung

von Initiativen und Projekten, hinter denen nicht die Öffentliche Hand als Geldgeber steht. Gerade als Einzelkämpfer habe man es hierbei schwer, weshalb der Ausbau eines größeren Netzwerks unerlässlich sei. Letztendlich zögen finanzielle Engpässe aber auch immer den negativen Effekt nach sich, dass man etwa als Sozialarbeiter niemals eine Garantie für spürbare Verbesserungen geben könne.

Neben den Problemen und Herausforderungen stimmten die Diskutanten allerdings auch der Aussage zu, dass es enorm wichtig sei, auch positive Bilder aus dem Stadtteil zu vermitteln. Das Aufzeigen von schönen Orten im Quartier könne zu einer erhöhten Identifikation mit dem Stadtteil und damit auch zur Förderung der Nachbarschaft dienen. Dabei kommen die „Stadtteilkümmerer“ aber nicht darum herum, die Menschen im Stadtteil direkt anzusprechen: dies müsse zum Teil von Haustür zu Haustür geschehen, aber auch andere Instrumente wie Stadtteilbüros oder Stadtteilzeitungen könnten zu dem Aufbau eines Vertrauensverhältnisses beitragen – offizielle Stellen wie von den Kommunen, von Universitäten oder von Ämtern hingegen würden oft Misstrauen erwecken und damit in der Ansprache der Zielgruppe wenig Erfolg haben.

Zuletzt wurde noch über die vom Projektteam aufgeworfene Frage debattiert, was in den jeweiligen Stadtteilen passieren würde, wenn die Projekte und Initiativen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Nacht verschwinden würden. Daraufhin lautete die Antwort, dass zunächst das Ehrenamt darunter leiden würde und dass auch ein erheblicher Anteil der Kommunikationsinfrastruktur innerhalb des Stadtteils wegfielen. Effektiv würden diese Initiativen bereits Aufgaben übernehmen, die eigentlich der Politik und Verwaltung zufielen, so dass ohne sie die Kommunen viel stärker aktiv werden müssten. ■



*Die Möglichkeit zum Austausch wurde von den Teilnehmern des Expertenworkshops intensiv genutzt.*



*Andreas Beilein von der Stadtentwicklung der Stadt Datteln während seines Impulsvortrags.*



Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Vizekanzler Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Matthias Döpfner sowie Bundespräsident a.D. Christian Wulff und Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



[www.bapp-bonn.de](http://www.bapp-bonn.de)



[www.facebook.com/bapp.bonn](https://www.facebook.com/bapp.bonn)



[www.twitter.com/BonnerAkademie](https://www.twitter.com/BonnerAkademie)





Brost  
Stiftung

**BA PP**  
BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK